

# Magisterarbeit

Titel der Magisterarbeit

## Der Informationsdienst der Revolutionären Sozialisten Österreichs

Verfasser

Mathias Schuster Bakk. phil.

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Dezember 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Magisterstudium Publizistik- u.  
Kommunikationswissenschaft

Betreuer:

Univ. Prof. Fritz Hausjell



<b>1. Einleitung .....</b>	<b>5</b>
<i>1.1 Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse.....</i>	<i>5</i>
<i>1.2 Untersuchungsablauf und Gliederung der Arbeit.....</i>	<i>6</i>
<i>1.3 Theoretischer Referenzrahmen.....</i>	<i>9</i>
<b>2. Historisches Umfeld.....</b>	<b>10</b>
<i>2.1 Die Sozialdemokratische Partei im Ständestaat.....</i>	<i>10</i>
2.1.1 Der 15. Juli 1927 und die Folgen .....	11
2.1.2 Februar 1934.....	15
2.1.3 Der Weg in die Illegalität - Die RS .....	18
<i>2.2 Das österreichische Pressewesen von 1930 bis 1938.....</i>	<i>21</i>
2.2.1 Die erste Republik.....	21
2.2.2 Austrofaschismus .....	24
2.2.3 Nationalsozialismus.....	34
<b>3. Die politische Flugschrift .....</b>	<b>43</b>
<i>3.1 Die illegale Presse der RS.....</i>	<i>43</i>
3.1.1 Repressionen.....	44
3.1.2 Die Vielzahl der RS-Publizistik.....	45
3.1.3 Herstellung illegaler Druckschriften.....	46
3.1.4 Tarnung bzw. Sicherheitsmaßnahmen der RS .....	50
3.1.5 Transport und Verbreitung der illegalen Publizistik der RS ....	53
3.1.6 Finanzierung.....	56
<i>3.2 Funktionen der illegalen Presse.....</i>	<i>57</i>
<i>3.3 Der „Informationsdienst der RS“ als Nachrichtenquelle.....</i>	<i>64</i>
<b>4. Methode der qualitativen Inhaltsanalyse .....</b>	<b>66</b>
<i>4.1 Definition der Methode.....</i>	<i>66</i>
<i>4.2 Qualitative vs. quantitative Analyse .....</i>	<i>68</i>
<i>4.3 Aufgabenfelder der qualitativen Analyse.....</i>	<i>70</i>

4.4 Gütekriterien der qualitativen Inhaltsanalyse.....	71
4.5 Methodische Vorgehensweise.....	73
<b>5. Der „Informationsdienst der RS“ .....</b>	<b>75</b>
5.1 Allgemein .....	75
5.2 „I. Mitteilungen“ .....	77
5.2.1 „Aussenpolitische Rundschau“ .....	78
5.2.2 „Internationale Arbeiterbewegung“ .....	79
5.2.3 „Wirtschaftliche Rundschau“ .....	80
5.3 „II. Propagandadienst und Nachrichten“ .....	81
5.4 Beilagen des „Informationsdienstes“ .....	83
<b>6. Resümee.....</b>	<b>85</b>
<b>7. Anhang.....</b>	<b>87</b>
7.1 Beispiel: „Informationsdienst der RS“ vom 14. April 1936.....	87
7.2 Tabelle.....	91
7.3 Literaturverzeichnis.....	102
<b>Abstract .....</b>	<b>104</b>
<b>Lebenslauf .....</b>	<b>105</b>

# 1. Einleitung

## 1.1 Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse

Mit der Ernennung von Engelbert Dollfuß zum Bundeskanzler im Jahr 1932, begann für Österreich eine Zeit der radikalen politischen Veränderung. Sich auf das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz berufend, formte Dollfuß, nach dessen Ermordung 1934 dann Kurt Schuschnigg, das demokratische System nach und nach in ein ständestaatliches faschistisches Herrschaftssystem um.

Nach den Februarkämpfen und den diesen voraus gegangenen Verboten von KPÖ, NSDAP und Freidenkerbund wurde 1934 auch die Sozialdemokratische Partei verboten. In den Untergrund gedrängt, gründete sich aus sozialdemokratischen Nebenorganisationen die Vereinigte Sozialistische Partei Österreichs (VSPÖ), die dann Ende 1934 zu den Revolutionären Sozialisten Österreichs wurden. Die Revolutionären Sozialisten (RS) bestanden bis zum Jahr 1938.<sup>1</sup>

Was die RS besonders kennzeichnet ist die Produktion und Verbreitung einer Vielzahl von periodisch erscheinenden politischen Flugschriften, zu denen auch der „Informationsdienst der Revolutionären Sozialisten“ gehörte. Diese Flugschrift wurde von den RS in den Jahren 1934 bis 1937 verfasst und verteilt. Unter höchstem persönlichen Risiko wurden diese beinahe periodisch erscheinenden Druckwerke im Dienste des Widerstandes produziert.<sup>2</sup>

Aber nicht nur das Verbot der Parteien zwang die RS aus dem Untergrund heraus zu publizieren, sondern auch die radikale Beschneidung der Pressefreiheit. Unbestritten groß ist von jeher die Bedeutung der Presse bzw. deren Kontrolle für die Politik und die Machthaber.

---

<sup>1</sup> Vgl. Wisshaupt, Walter: Wir kommen wieder! Eine Geschichte der Revolutionären Sozialisten Österreichs 1934-1938. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1967, S. 11.

<sup>2</sup> Vgl. Pelinka, Peter: Erbe und Neubeginn: Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934 – 1938. Europa-Verlag, Wien 1981, S. 146.

Mit Einschränkungen, wie die Vorzensur oder das Kolportageverbot, wurde im österreichischen Ständestaat die freie Presse geknebelt und versucht die Macht der Medien zu vereinnahmen. Im Jahr 1933 erließ Dollfuß eine Verordnung, die besagte, dass Druckereien, die verbotene Parteien unterstützten, die Gewerbe genehmigung entzogen wird. Das betraf die Parteiorgane der KPÖ, die am 19. Mai 1933 und jene der NSDAP, die am 19. Juni 1933 verboten wurden. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften wurden im Februar 1934 verboten. Insgesamt wurden 27 Verordnungen zum Pressewesen erlassen, die allesamt eine starke Einschränkung der Pressefreiheit bedeuteten. Diese Verordnungen trafen in erster Linie die Presseorgane der beiden „linken“ Parteien, der KPÖ („Die Rote Fahne“) und der Sozialdemokraten („Arbeiter Zeitung“).<sup>3</sup>

In die Illegalität gedrängt, formierten sich die RS und nahmen den publizistischen Kampf gegen das Regime auf. Eine Vielzahl von periodischen Druckschriften wurde herausgebracht, um die Parteimitglieder aufzuklären und die Unrechtmäßigkeit der Regierung aufzuzeigen. Bei diesem Kampf spielte der „Informationsdienst der RS“ eine wesentliche Rolle, diente er doch als Nachrichtenquelle für alle weiteren erscheinenden Druckschriften der RS.

Bei dieser Arbeit fällt das Hauptaugenmerk einerseits auf die Aufbau- und Ablauforganisation, also die Zusammenstellung und Arbeitsweise der RS, der Produktion der politischen Flugschriften der RS selbst sowie auf die inhaltliche Schwerpunktsetzung des „Informationsdienstes der RS“. Ziel ist es ein umfassendes Bild über die Organisation, wie auch einen vollständigen thematischen Überblick über die Inhalte der einzelnen Ausgaben zu erhalten.

## **1.2 Untersuchungsablauf und Gliederung der Arbeit**

Im Rahmen dieser Arbeit wird der Versuch unternommen eine aussagekräftige Analyse als auch eine umfassende Darstellung der Inhalte und der Organisation der periodisch erscheinenden Flugschrift der RS mit dem Titel „Informationsdienst der RS“, zu

---

<sup>3</sup> Vgl. Wisshaupt, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch. Univ. Diss., Wien 1950. Wisshaupt, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch. Univ. Diss., Wien 1950, S. 11.

erarbeiten. Um sich diesem Forschungsobjekt theoretisch annähern zu können, ist es unumgänglich sich mit der politischen Entwicklung, aber vor allem auch mit der Entwicklung des Pressegesetzes in Österreich, auseinanderzusetzen.

Weiters zählt das Forschungsobjekt zu den illegalen Druckwerken, die in Österreich während der Herrschaft des Austrofaschismus produziert und verteilt wurden. Somit müssen für eine theoretische Annäherung an das Konzept der politischen Flugschrift an sich schon kommunikationswissenschaftliche Erklärungsmodelle herangezogen werden.

Es wird eine Einkreisung des Forschungsproblems durchgeführt, um dieses schließlich in seiner Komplexität verstehen und einordnen zu können. Hierfür werden einerseits kommunikationswissenschaftliche Erkenntnisse und Theorien, wie zum Beispiel bei der Erörterung der Funktionen der illegalen Presse, herangezogen, andererseits wird aber auch auf geschichtswissenschaftliche Erkenntnisse zurückgegriffen. Diese Verbindung der Erkenntnisse zweier Forschungsrichtungen, der Kommunikationswissenschaft und der Geschichtswissenschaft, bilden also die Grundlage dieser Arbeit, die eindeutig der historischen Kommunikationsforschung zuzuordnen ist.

Am Fachbezug dieser Arbeit kann nun kein Zweifel mehr bestehen. Dennoch stellt sich die Frage, ob es überhaupt von wissenschaftlicher Relevanz ist, diese Flugschriften zu untersuchen.

Die historische Kommunikationsforschung beschäftigt sich mit Forschungsobjekten, die mehr oder weniger weit in ihrer zeitlichen Verortung zurück liegen. Daraus resultiert das Problem, dass die historische Kommunikationsforschung, aber nicht nur ausschließlich sie, als einzige kommunikationswissenschaftliche Forschungsrichtung an besonders geringer Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für ihre Forschungsergebnisse zu leiden hat. Die durch eine sehr umfangreiche aber oberflächliche historische Schulbildung gesättigte Mehrheit der Bevölkerung kann sich scheinbar nur schwer für neue historische Erkenntnisse begeistern. Dies scheint eine schwere Ausgangssituation für alle Forscher zu sein, die sich in diesem Feld betätigen. Dennoch ist es auch die Verantwortung der Forscher diese Aufmerksamkeit zu erzeugen. Es kann davon

ausgegangen werden, dass gerade Kommunikationswissenschaftler hier ein besonderes Know-how besitzen.

Die Arbeit ist folgendermaßen gegliedert. Das Kapitel 2, Historisches Umfeld, beinhaltet eine historische Betrachtung der Sozialdemokratischen Partei unter der Herrschaft des ständestaatlichen Regimes sowie einen Überblick über das österreichische Pressewesen der Jahre 1930 bis 1938. Im Zuge dieser Arbeit wird vom Allgemeinen zum Besonderen, also zum tatsächlichen Forschungsobjekt gearbeitet und somit der Forschungsstand immer enger gefasst.

Im Kapitel 3, die Politische Flugschrift, wird einleitend allgemein die illegale Publizistik in Österreich im Austrofaschismus erörtert, um dann schließlich den Forschungsstand über die illegale Publizistik der RS darzustellen. Hier werden besonders die Ergebnisse aus der Dissertation von Franz Suppan erörtert, welche auch als Ausgangspunkt für diese Arbeit zu verstehen sind.

Das Kapitel 4 erklärt die Methode der Inhaltsanalyse anhand wissenschaftlicher Literatur und diskutiert eine qualitative Herangehensweise an das Forschungsproblem. In diesem Kapitel wird der angewandte Forschungsablauf genau beschrieben, um eine gewisse Transparenz der Untersuchung zu gewährleisten.

Im Kapitel 5, der „Informationsdienst der RS“, werden abschließend die Ergebnisse der Analyse präsentiert und die forschungsleitende Fragestellung beantwortet. Im darauf folgenden und letzten Kapitel 6 folgt ein kurzes Resümee der Arbeit.

### 1.3 Theoretischer Referenzrahmen

Die theoretische Grundlage dieser Arbeit beruht auf zwei soziologischen Theorien. Die Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas und der Systemtheorie von Niklas Luhmann. Diese beiden Theorien als analytischen Rahmen für eine kommunikationshistorische Forschungsarbeit zu wählen erscheint zweckmäßig, da sich hier kommunikationstheoretische Ansätze mit Gesellschaftstheorie verknüpfen lassen.

Sowohl für Habermas als auch für Luhmann ist Kommunikation von grundlegender Bedeutung wenn es um soziale Organisation geht. Dennoch ist das Konzept von Kommunikation und die Funktion von sozialer Kommunikation unterschiedlich.

Volker Depkat beschreibt einen so konstruierten theoretischen Rahmen für historische Kommunikationsforschung wie folgt: „Insgesamt also zielt der Habermas'sche Begriff des kommunikativen Handelns darauf, soziales Handeln von den Intentionen, Werten und Normen der Akteure her zu rekonstruieren. Er kultiviert damit für seine Analyse eine interne Perspektive, die den jeweiligen, aus konkreten historischen Konstellationen erwachsenden, subjektiv gemeinten Sinn kommunikativer Akte zu verstehen versucht. Die Systemtheorie kultiviert demgegenüber eine externe Perspektive, also die Perspektive eines unbeteiligten Beobachters, der Kommunikation als ein System von Funktionen und Relationen begreift, deren Relevanz in den Mechanismen des Systems selbst gründet.“<sup>4</sup>

Es geht allgemein gesprochen um eine Ordnung des Forschungsobjekts in seinem Umfeld, und das im historischen Kontext. So kann einerseits die Systemtheorie mit Hilfe ihrer Ordnungscharakteristika helfen, die verschiedenen Systeme in Verbindung zu bringen und andererseits die Theorie des kommunikativen Handelns auf der Ebene der Motive und Werte eine theoretische Fundierung bieten.

---

<sup>4</sup> Depkat, Volker: Kommunikationsgeschichte zwischen Mediengeschichte und der Geschichte sozialer Kommunikation. Versuch einer konzeptionellen Klärung. In: Spiess, Karl-Heinz: Medien der Kommunikation im Mittelalter. Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2003, S.18.

## 2. Historisches Umfeld

### 2.1 Die Sozialdemokratische Partei im Ständestaat

Die Sozialdemokratische Arbeiter Partei Österreichs (SDAPÖ) war im europäischen Vergleich eine der erfolgreichsten, da es ihr gelang eine einheitliche Linie zu verfolgen. In Deutschland, Tschechoslowakei, Ungarn, Frankreich und Italien war die Arbeiterbewegung gespalten oder uneins, was in vielen Fällen zur Stärkung der Kommunistischen Parteien führte.<sup>5</sup> Die SDAPÖ konnte vor allem in Wien große reformerische Erfolge verzeichnen, wo sie mit Hilfe ihres immensen „Bildungs-, Erziehungs- und Organisationsapparats“<sup>6</sup> immer mehr Wähler gewinnen konnte. Es bildeten sich vor 1927, bis auf die Ausnahme der „Neuen Linken“, keine Oppositionsgruppen heraus, weil es der Parteiführung gelungen war gegensätzliche Positionen innerhalb der Organisation zu vereinen. Dieser Fähigkeit verdankte es die Partei auch, dass ein Anwachsen der KPÖ verhindert werden konnte.

Es gab zum Beispiel grobe Differenzen zwischen Max Adler und Karl Renner, da beide weit von einander entfernte Standpunkte vertraten. Dennoch herrschte eine Atmosphäre der Kompromissbereitschaft so lange die praktische Arbeit der Partei als erfolgreich zu bezeichnen war und sich die Auseinandersetzung auf einer theoretischen Ebene stattfand.

Die Priorität der Partei lag bei der Lösung von Problemen und Beseitigung von Missständen, die sich aus dem Alltag der Arbeiter ergaben. Es wurden Maßnahmen, wie zum Beispiel die Betriebsräte, die für Mitbestimmung der Arbeiter sorgen sollten und zu dieser Zeit revolutionär waren, eingeführt. Ebenso wurden der Achtstundentag und der Arbeiterurlaub eingeführt sowie eine Verbesserung der Krankenversicherung erreicht.<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Vgl. Leichter, Otto: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs revolutionäre Sozialisten 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1968, S. 26-27.

<sup>6</sup> Pelinka, Peter: Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1981, S. 2.

<sup>7</sup> Leichter, Otto: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs revolutionäre Sozialisten 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1968, S. 27-28.

Was die SDAPÖ politisch so erfolgreich machte war also ihre Einigkeit, die sie vielen anderen sozialdemokratischen Bewegungen voraus hatte und ihre Konzentration auf die praktische Parteiarbeit. Sie verband „eine vom marxistischen Anspruch ausgehende Klassen- und Staatstheorie mit der Meinung [...] die Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat, die Errichtung der proletarischen Hegemonie könne grundsätzlich auf demokratische Weise vor sich gehen.“<sup>8</sup>

### *2.1.1 Der 15. Juli 1927 und die Folgen*

Der 15. Juli 1927 war der Anfang vom Ende der sozialdemokratischen Partei, da sich plötzlich wesentliche Schwächen der Führung offenbarten. Als am 14. Juli 1927 der Freispruch für die Schützen von Schattendorf – zwei Angehörige des rechtsextremen Frontkämpfer-Verbandes hatten zwei Menschen erschossen – verkündet wurde, gab es am Tag darauf eine spontane und unorganisierte Demonstration von Arbeitern. Diese fühlten sich von dem Urteil provoziert, war es doch nicht der erste gewaltsame Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Faschisten gewesen.<sup>9</sup> Die aufgebrachte Menge, die unter anderem von einem Artikel der „Arbeiter Zeitung“ angehalten wurde doch auf die Straße zu gehen, war führungslos und die Funktionäre der Partei oder des Schutzbundes hatten keinerlei Erfahrung, was in solchen Situationen zu tun sei. Die Parteiführung nahm zu diesem Zeitpunkt noch keine klare Position zu den Vorfällen ein und überließ die Menge sich selbst.

„Die Ratlosigkeit der an heftige, aber gewaltlose parlamentarische Auseinandersetzungen gewohnten führenden Parteifunktionäre dokumentierte aber nicht nur eine Führungsschwäche der SDAPÖ und die Konsequenz einer zwischen Verbalradikalität und zögernd-reformistischer Praxis schwankenden Politik, sondern auch eine gewisse Abgehobenheit der Führung von der Basis der Masse.“<sup>10</sup>

---

<sup>8</sup> Pelinka, Peter: Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1981, S. 2.

<sup>9</sup> Vgl. Leichter, Otto: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs revolutionäre Sozialisten 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1968, S. 31.

<sup>10</sup> Pelinka, Peter: Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1981, S. 4.

Die Situation eskalierte, als ein paar Arbeiter den Justizpalast in Brand steckten und die Menschenmenge der Feuerwehr den Weg versperrte. Der damalige Wiener Bürgermeister Karl Seitz, versuchte persönlich den Weg für den Löschzug frei zu machen. Kurz darauf eröffnete die Polizei das Feuer, woraufhin 85 Zivilisten und vier Polizisten getötet wurden. Nun war die Partei gezwungen zu reagieren, da sie vor allem in den Augen der Regierung Verantwortung für das Geschehene trug.<sup>11</sup> Die Führung der Partei und der Gewerkschaft riefen einen Generalstreik aus, um so die Arbeiter von der Straße in die Betriebe zurück zu holen.

Die Folgen des 15. Juli 1927 waren für die sozialdemokratische Partei schwer und man könnte auch von einer internen Krise sprechen. Das Selbstbewusstsein der Partei war geschwächt und die Mitglieder versprachen sich nun nicht mehr so viel von den auf demokratischem Wege erreichten Erfolgen, welche die Partei bisher auszeichnete und einte. In einer Reichskonferenz am 23. Juli wurde eine „stärkere Zentralisierung der Partei gefordert“<sup>12</sup> und die Schuld für die tragischen Vorfälle bei der unkontrollierten Masse gesucht.

Hinzu kam, dass die interne Kritik an dem politischen Weg, den die Partei seit 1920 eingeschlagen hatte, immer lauter wurde und nun auch die Einigkeit innerhalb der Bewegung, auf die sie so stolz waren, zu schwinden begann. Als erstes formierte sich eine Gruppe um Ilena Duczynska, die vor allem das zögerliche Vorgehen der Parteiführung gegen den sich auf dem Vormarsch befindlichen Faschismus kritisierte.<sup>13</sup> Im Linzer Programm von 1926 wurde die Wehrhaftigkeit der Arbeiter beschlossen. Dies bedeutete, dass die Arbeiter, sollte die Republik von faschistischen oder monarchistischen Tendenzen bedroht werden, sich zur Wehr setzen werden.<sup>14</sup>

---

<sup>11</sup> Vgl. Leichter, Otto: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs revolutionäre Sozialisten 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1968, S. 31-32.

<sup>12</sup> Pelinka, Peter: Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1981, S. 5.

<sup>13</sup> Vgl. Pelinka, Peter: Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1981, S. 6-7.

<sup>14</sup> Vgl. Leichter, Otto: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs revolutionäre Sozialisten 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1968, S. 37.

Dieser Zustand war laut der Meinung mancher Parteimitglieder bereits erreicht und so forderten diese ein klares Bekenntnis zum Linzer Programm und die Ergreifung geeigneter Maßnahmen zur Abwehr der drohenden Gefahr durch den Faschismus. Die Leitung der Partei unternahm zu diesem Zeitpunkt noch nichts und ließ die oppositionellen Stimmen gewähren. Als die so genannte „Duczynska-Gruppe“<sup>15</sup> aber durch eine Flugblattaktion, bei der sie die sozialdemokratischen Arbeiter ermutigte den Heimwehraufmarsch in Wiener Neustadt zu verhindern, in den Augen der Parteispitze den Bogen überspannte, wurden sie aus der Partei ausgeschlossen.

„Ab dem 15. Juli 1927 muß die Sozialdemokratie Schritt um Schritt in parlamentarischen und außerparlamentarischen Auseinandersetzungen zurückweichen und begegnete dieser Entwicklung nicht mit offensiven Mobilisierungsmaßnahmen, wie sie etwa im Linzer Programm zur Verteidigung der gefährdeten Demokratie vorgesehen waren, sondern mit verbalradikalen Appellen, die zum tatsächlichen Kräfteverhältnis in immer größere Diskrepanz gerieten.“<sup>16</sup>

Diese zögernde Haltung gegenüber dem Einsatz von Gewalt kann einerseits als positiv gewertet werden, wenn das Festhalten an Prinzipien des demokratischen Kampfes als Tugend bezeichnet wird. Andererseits stellt sich die Frage, ob der Lauf der Geschichte hätte anders aussehen können, hätte die österreichische Arbeiterbewegung schon früher offensive Maßnahmen ergriffen, um sich gegen faschistische Strömungen zu wehren. Fest steht, dass die Ereignisse des 15. Juli 1927, und hier vor allem das Anwachsen der Kritik von Innen, die SDAPÖ stark schwächten.

Die Kommunistische Partei versuchte diese Gelegenheit zum eigenen Vorteil zu nutzen und konzentrierte sich entgegen vergangener Strategien - die SDAPÖ und die KPÖ verfolgten zuvor das Ziel einer Einheitsfront - von nun an ausschließlich auf „das Herausbrechen oppositioneller Gruppen aus der Sozialdemokratie.“<sup>17</sup>

---

<sup>15</sup> Pelinka, Peter: Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1981, S. 10.

<sup>16</sup> Pelinka, Peter: Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1981, S. 9.

<sup>17</sup> Pelinka, Peter: Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1981, S. 11.

Nachdem vom September bis Dezember 1930 Carl Vaugoin als Bundeskanzler die Regierung gemeinsam mit der Heimwehr bildete, gelang es der SDAPÖ bei der Nationalratswahl im November 1930 die stärkste Fraktion zu werden. Unter dem Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Otto Ender, bildeten die Christlich-sozialen eine Koalition mit dem Schober-Block, ein Wahlbündnis, das vom ehemaligen Bundeskanzler Schober aus dem Nationalen Wirtschaftsbund und dem Landbund gebildet wurde. Die Regierung Ender blieb nur bis 1931 bestehen und nachdem auch Bundeskanzler Buresch an der wirtschaftlichen Lage Österreichs, die durch die „Creditanstaltkrise“<sup>18</sup> noch wesentlich verschlimmert wurde, scheiterte, übernahm Ignaz Seipel das Amt des Bundeskanzlers.

Entgegen aller Erwartungen bot Seipel der sozialdemokratischen Partei die Zusammenarbeit in einer Koalitionsregierung an.<sup>19</sup> Hier lässt sich der äußerst widersprüchliche Kurs den die SDAPÖ-Führung eingeschlagen hat am besten darstellen. Es war wohl der einzige Zeitpunkt zu dem es der Partei möglich gewesen wäre die politische Situation in Österreich zu entschärfen und die Eskalation, die dann im Februar 1934 folgen sollte, abzuwenden. In Anbetracht der Tatsache, dass die Strategie der Parteileitung darin bestand auf dem demokratischem Pfad zu bleiben, ist es eher unverständlich, dass dieses Angebot abgelehnt wurde.

Das Misstrauen gegenüber dem christlich-sozialen Seipel sowie eine grundsätzliche Schwächung der SDAPÖ, die bei der immer stärker werdenden nationalsozialistischen Bewegung sehr ungünstig war, führten letzten Endes zur Entscheidung.<sup>20</sup> 1932 starb Seipel und ein anderer christlich-sozialer, Engelbert Dollfuß, übernahm die Regierungsführung. Schnell zeichnete sich ab, dass Dollfuß wenig Interesse hatte, die parlamentarische Ordnung beizubehalten.

---

<sup>18</sup> Leichter, Otto: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs revolutionäre Sozialisten 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1968, S. 39.

<sup>19</sup> Vgl. Leichter, Otto: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs revolutionäre Sozialisten 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1968, S. 41.

<sup>20</sup> Vgl. Leichter, Otto: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs revolutionäre Sozialisten 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1968, S. 41.

Die Beibehaltung des Kurses führte beinahe zu einer Spaltung der Partei und definitiv zu einem langsamen Auflösen der Partei. Die SDAPÖ musste immer mehr politische Verluste gegen die Regierung hinnehmen und erhoffte sich immer noch durch parlamentarische Maßnahmen eine Veränderung der Situation.<sup>21</sup> Auch als der Schutzbund verboten und aufgelöst wurde, dieselben Schritte gegen die Heimwehr aber nur unvollständig durchgeführt wurden, wurde dies von der Parteileitung akzeptiert.

„Das permanente Zurückweichen der Parteispitze fand seine Fortsetzung nach den Protestaktionen gegen die Verschärfung der Vorzensur gegen die Arbeiter Zeitung noch im März und drückte sich in den Hoffnungen aus, durch Verhandlungen mit der Regierung zu einer Verfassungsreform zu kommen.“<sup>22</sup>

Es bildeten sich innerhalb der Partei ein rechter Flügel, der starken Einfluss auf die Parteiführung hatte sowie ein linker Flügel, der wiederum auf die Grundsätze des Linzer Programms hinwies. Nach dem Auflösen des Nationalrates durch Dollfuß und der schon oben erwähnten Maßnahmen erstarkte die linke Opposition innerhalb der Partei wieder. Auch wenn sich diese Gruppe nicht von der Partei löste, begann sie sich auf die Arbeit in der Illegalität vorzubereiten.

„Die schlechte ökonomische Lage der Arbeiterklasse, die defensive Kampfpolitik des Schutzbundes und die jahrelange widerspruchsvolle Politik der sozialdemokratischen Parteiführung hatten dazu beigetragen, daß die Masse des Proletariats nicht in die Kämpfe des Februar 1934 eingriffen.“<sup>23</sup>

### *2.1.2 Februar 1934*

Die oben beschriebene Situation, in der sich die Partei befand, war unter anderem ein Grund dafür, dass im Moment, in dem die Wehrhaftigkeit der Arbeiterschaft gefragt

---

<sup>21</sup> Vgl. Pelinka, Peter: Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1981, S. 22.

<sup>22</sup> Pelinka, Peter: Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1981, S. 21-22.

<sup>23</sup> Pelinka, Peter: Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1981, S. 31.

war, nichts zu klappen schien. Allem voran – der Auslöser der Februarkämpfe – eine polizeiliche Durchsuchungsaktion des Linzer Parteihauses. Auf der Suche nach einem Waffenversteck des Schutzbundes und mit dem Auftrag den Parteisekretär und Schutzbundkommandanten von Oberösterreich, Richard Bernaschek, zu verhaften, stürmten Polizeibeamte am Morgen des 12. Februar 1934 das Parteihaus. Bernaschek hatte kurz zuvor von der Parteiführung den Befehl zur Vermeidung jeglicher gewaltsamer Zwischenfälle erhalten.<sup>24</sup> Bauer dachte, der Moment in dem die Regierung von sich aus die Kampfhandlungen eröffnen werde und der Sozialdemokratie die ultimative Legitimation für den Kampf geben würde, stehe unmittelbar bevor. Bernaschek, unter großem Druck stehend, befahl seinen Männern zu den Waffen zu greifen und Widerstand zu leisten. Als er verhaftet und abgeführt wurde fielen die ersten Schüsse im Hof des Parteihauses.

„Als Bauer die Nachricht von dem Linzer Vorfall erhielt, war er sich sofort über die Folgen klar: die Regierung würde die seit langem gesuchte Gelegenheit rücksichtslos ausnützen; dem Linzer Zwischenfall würden Zusammenstöße in anderen Orten Österreichs folgen; die in vielen Wiener Betrieben herrschende Unruhe würde auf die Kampfnachricht hin zu Streiks, die Aufregung der Schutzbündler und das herausfordernde Auftreten der bewaffneten Heimwehr und der Polizei auch in Wien unvermeidlich zu Schießereien führen.“<sup>25</sup>

Grundsätzlich hatte Bauer mit seiner Vermutung recht, nur dürfte seine Vorstellung über den Ausgang der Kampfhandlungen bestimmt anders ausgesehen haben. Nach dem letzten Treffen der Parteispitze in einer geheimen Wiener Wohnung wurde der schon vorher beschlossenen Kampfleitung die Kontrolle über die kämpfenden Truppen gegeben. Diese schien hingegen aller Erwartungen sehr unvorbereitet und so kam es zu mehreren, für einen positiven Ausgang ungünstigen Vorfälle.

---

<sup>24</sup> Vgl. Buttinger, Joseph: Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung. Verlag für Politik u. Wirtschaft, Köln 1953, S. 12.

<sup>25</sup> Buttinger, Joseph: Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung. Verlag für Politik u. Wirtschaft, Köln 1953, S. 16.

Als wohl größtes Problem sind sicherlich die schlechten oder nicht vorhandenen Kommunikationswege der Kampfleitung zu den Schutzbundkommandanten zu sehen. Diese versammelten zwar ihre Männer an den beschlossenen Punkten, erhielten jedoch keinerlei Anweisungen über ein weiteres Vorgehen. Ein weiterer Punkt war die schlechtere oder fehlende Bewaffnung der Truppen. Auf Grund von vorausgegangenen Verhaftungswellen, bei denen einige Vertrauensmänner verhaftet wurden, konnten von diesen die Standorte der versteckten Waffenlager nicht an die Kommandanten weitergegeben werden.<sup>26</sup> Ebenso gelang es nicht den Generalstreik, der als Signal zum Aufstand für die gesamte Arbeiterschaft dienen sollte, auszurufen.

Es kam lediglich in ein paar Wiener Gemeindebezirken und nur einer Hand voll anderen Orten in Österreich zu bewaffneten Widerstandshandlungen. Die unkoordinierten Truppen übten in erster Linie Einzelaktionen aus, da sie untereinander und mit der Kampfleitung nicht in Kontakt standen. Die meisten Kampfhandlungen fanden dort statt, wo die Schutzbündler mit Waffen versorgt wurden und waren ausschließlich defensive Aktionen.<sup>27</sup> Neben den Fehlern der militärischen und politischen Führung ist auch die wirtschaftliche Situation Österreichs und vor allem die große Arbeitslosigkeit als Grund das Scheitern zu erwähnen. Die Arbeiterschaft war zermürbt und hatte größten Teils den Kampfgeist eingebüßt. Leichter schreibt, dass einige Arbeiter, die nachts mit der Waffe in der Hand die Gemeindebauten und Arbeiterheime vor den Regierungstruppen verteidigten, am Morgen in ihre Betriebe zurückkehrten, aus Angst ihre Arbeitsplätze zu verlieren.<sup>28</sup> Den Glauben an einen Erfolg in ihrer Sache hatten diese Arbeiter bereits verloren.

Nachdem Dollfuß das Bundesheer einschaltete, das durch die Artillerieschüsse auf den Karl-Marx-Hof eine traurige Berühmtheit erlangte, war die militärische Unterlegenheit des Schutzbundes besiegelt. Am 15. Februar 1934 ergaben sich die letzten Schutzbündler in Wien, womit nicht nur der Bürgerkrieg, sondern auch die

---

<sup>26</sup> Vgl. Buttinger, Joseph: Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung. Verlag für Politik u. Wirtschaft, Köln 1953, S. 24-26.

<sup>27</sup> Vgl. Leichter, Otto: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs revolutionäre Sozialisten 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1968, S. 83-84.

<sup>28</sup> Leichter, Otto: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs revolutionäre Sozialisten 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1968, S. 83.

Sozialdemokratische Partei ihr Ende fand. Die SDAPÖ, ihre Unterorganisationen und freien Gewerkschaften sowie ihre Zeitungen wurden verboten.

„Als die Regierung am 15. Februar den Widerstand des Schutzbundes gebrochen, die wichtigsten Führer der Partei verhaftet und ihren legalen Riesenapparat zerschmettert hatte, war der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs für immer vom politischen Schauplatz verschwunden.“<sup>29</sup>

### *2.1.3 Der Weg in die Illegalität - Die RS*

Mit der Niederschlagung des Februaraufstandes durch Regierungstruppen kam nun auch das Verbot der SDAPÖ und zwang die sozialdemokratische Bewegung in den Untergrund. Während die Kommunisten wie auch die Nationalsozialisten schon eine illegale Organisation aufgebaut hatten, sah sich die SDAPÖ nun mit gänzlich anderen Umständen und Herausforderungen konfrontiert.

„Der Auflösung der Sozialdemokratie folgte die der Freien Gewerkschaften, die Zerstörung aller Kultur- und Sportorganisationen der Arbeiterschaft, auch wenn sie mit Politik an sich nie etwas zu tun gehabt hatten“.<sup>30</sup>

Die Parteiorganisation der Sozialdemokraten wurde von der Regierung zerstört und Funktionäre festgenommen. Durch die Auflösung der zahlreichen Vereine wurde ein wichtiges Kommunikationsmedium der Arbeiterbewegung zerstört, da die nicht-politischen Vereine Orte waren, an denen die Vertrauensmänner, die Funktionäre mit den Arbeitern in Kontakt traten und ein Bewusstsein für die sozialistische Idee schaffen konnten.

Es gab schon vor den Februarereignissen Versuche sich auf die Arbeit in der Illegalität vorzubereiten. Die Gruppe Funke, die von Leopold Kulcsars geführt wurde, versuchte

---

<sup>29</sup> Buttinger, Joseph: Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung. Verlag für Politik u. Wirtschaft, Köln 1953, S. 38.

<sup>30</sup> Leichter, Otto: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs revolutionäre Sozialisten 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1968, S. 107.

nach dem Ansatz der so genannten Kadertheorie Maßnahmen zu treffen. Die Partei sollte im Gegensatz zur Vorstellung einer Massenbewegung auf kleinen Gruppen aufgebaut werden. Nach dem 12. Februar 1934 stellte sich allerdings heraus, dass die Vorbereitungen die Kulcsars Gruppe vornahm, der veränderten Situation nicht gerecht wurden. Die illegale Arbeit in der Zeit der Legalität vorzubereiten stellte sich als unmöglich heraus.

Manche Organisationen der Arbeiterbewegung wurden weniger stark sanktioniert als andere. Hier waren es vor allem die Jugendorganisationen. Da die Jugendlichen polizeilich nicht so bekannt waren und daher auch kaum im Fokus der Polizei standen, konnten sie ihre Arbeit fortsetzen.

„Es war auch verständlich, daß die Jugendlichen von der Romantik illegaler und konspirativer Tätigkeit angezogen wurden. Sie sprangen nun in die Bresche. Der Zusammenhalt der Jugendorganisationen war in manchen Teilen Österreichs keinen Augenblick lang unterbrochen; hier bestand geradezu Kontinuität von legaler und illegaler Organisation“<sup>31</sup>

Die Parteiführung war gezwungen nach Brünn, in die Tschechoslowakei, zu flüchten und gründete mit Otto Bauer und Julius Deutsch an der Spitze das Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokratie (AlöS). In einer Ausgabe der „Arbeiter Zeitung“ schrieb Otto Bauer, dass das AlöS nicht den Anspruch auf Führung der Partei erhebt. Es sollte als Organ der illegalen Bewegung die Arbeiter im Untergrund unterstützen.

Es sind grob zwei Aufgaben die es für das Auslandsbüro zu erfüllen gab. Einerseits stellte es den Auslandstützpunkt dar, von dem aus die Arbeit derer, die eine Untergrundbewegung in Österreich aufbauen sollten, unterstützt werden musste. Andererseits galt es die geretteten materiellen Güter der Partei zu verwalten und das Ansehen der Bewegung, vor allem im Ausland, zu pflegen.<sup>32</sup>

---

<sup>31</sup> Leichter, Otto: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs revolutionäre Sozialisten 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1968, S. 118.

<sup>32</sup> Vgl. Wisshaupt, Walter: Wir kommen wieder! Eine Geschichte der Revolutionären Sozialisten Österreichs 1934 - 1938. Verlag d. Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1967, S. 15.

Zu dieser Zeit versammelten sich in Wien ehemalige Redakteure der „Arbeiter Zeitung“ an ihrer Spitze Oscar Pollak und Otto Leichter und gründeten das so genannte Schattenkomitee. An diesem Komitee beteiligt waren Oscar und Marianne Pollak, Otto und Käthe Leichter, Marmorek Schiller und Jacques Hannak. Sie bildeten den Kern des Schattenkomitees, der als erster Baustein der illegalen sozialistischen Bewegung in Österreich zu sehen ist. Dieses Komitee sollte nicht die Führung der Bewegung übernehmen, sondern nur den Anstoß liefern und den Weg bereiten. Sie sollten die Organisation aufbauen.

„Eine unbestimmt große Anzahl von Gruppen, jede bestehend aus fünf Personen soll gebildet werden. Die Organisationsform der Partei sollte pyramidenförmig sein, wobei sämtliche Fünfergruppen die Basis der Pyramide zu bilden hatten. Über verschiedenen Mittelstufen sollte sich als Spitze der Pyramide eine so genannte zentrale Fünfergruppe erheben.“<sup>33</sup>

Die „zentrale Fünfergruppe“ bestand vorwiegend aus jungen Parteifunktionären, welche die Parteihochschule besucht hatten. Karl Holoubek, Roman Felleis, Manfred Ackermann, Ludwig Kostroun und Franz Rauscher. Diese Gruppe bildete später das Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten Österreichs.<sup>34</sup>

„Auf tagelangen Wanderungen durch die Stadt, auf der Suche nach Verbindungen und Berichten machte man die Erfahrungen, daß nach der Unterdrückung der Arbeiterpresse das dringende Bedürfnis nach Nachrichten sich rapide verbreitete.“<sup>35</sup>

---

<sup>33</sup> Wisshaupt, Walter: Wir kommen wieder! Eine Geschichte der Revolutionären Sozialisten Österreichs 1934 - 1938. Verlag d. Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1967, S. 17.

<sup>34</sup> Vgl. Wisshaupt, Walter: Wir kommen wieder! Eine Geschichte der Revolutionären Sozialisten Österreichs 1934 - 1938. Verlag d. Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1967, S.16-18.

<sup>35</sup> Leichter, Otto: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs revolutionäre Sozialisten 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1968, S. 137.

## 2.2 Das österreichische Pressewesen von 1930 bis 1938

„Das Zeitungswesen ist immer eng verknüpft mit der allgemeinen politischen Lage, nicht nur mit der Lage im Inneren des Landes, sondern auch mit der Stellung, die das betreffende Land im politischen Kräfteverhältnis der Völker einnimmt.“<sup>36</sup>

### 2.2.1 Die erste Republik

Mit dem Ende der Monarchie und dem damit verbundenen Verlust von Staatsterritorium, verlor auch die Wiener Presse einen großen Teil des bisherigen Absatzgebietes.<sup>37</sup> Für die Wiener Zeitungen waren Böhmen, Mähren, Ungarn, Südtirol und Krain als Absatzmärkte von großer Bedeutung, deren Verlust jedoch unterschiedlich gewertet wird.<sup>38</sup> Jagschitz sieht keine bedrohliche Situation für das österreichische Pressewesen, trotz der Einbuße im Bereich der Reichweite der Blätter. Csoklich hingegen spricht bei seinen Ausführungen gar von „existenzbedrohenden Schwierigkeiten“<sup>39</sup>, die durch den Zusammenbruch der Monarchie auf die österreichische Presse zukamen.

Trotz der unterschiedlichen Einschätzung der politischen bzw. territorialen Veränderungen und deren Bedeutung für die österreichische Zeitungslandschaft steht fest, dass bei einem Verlust von Absatzgebieten solcher Größe, bei dem auch Produktionsstätten betroffen waren, eine komplett andere Marktsituation vorlag, auf welche die Zeitungen reagieren mussten. Neben diesen neuen herausfordernden Gegebenheiten führte auch die neue innenpolitische Situation zu einer Veränderung in den Bundesländern, nämlich zum Anwachsen konkurrierender Blätter. So mussten die Wiener Blätter auch dort Einbußen verzeichnen.

---

<sup>36</sup> Wisshaupt, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch. Univ. Diss., Wien 1950, S. 1.

<sup>37</sup> Raisp, Egon: Die Wiener Tagespresse 1848-1950. Univ., Diss., Wien 1952, S. 114.

<sup>38</sup> Vgl. Jagschitz, Gerhard: Die Presse in Österreich von 1918-1945. In: Bobrowsky, Manfred/Duckowitsch, Wolfgang/Haas, Hannes (Hg): Medien- und Kommunikationsgeschichte. Ein Textbuch zur Einführung. Braumüller Verlag, Wien 1987, S. 118.

<sup>39</sup> Csoklich, Fritz: Presse und Rundfunk. In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Band 2, Styria Verlag, Graz 1983 S. 715.

Die wichtigste Veränderung für das Pressewesen der ersten Republik war das „Preßgesetz“ von 1922, welches gesetzlich eine Pressefreiheit festlegte.<sup>40</sup> Noch in den letzten Tagen der Monarchie wurde von der provisorischen deutsch-österreichischen Nationalversammlung der Beschluss gefasst, dass „jede Zensur als dem Grundrecht des Staatsbürgers widersprechend“<sup>41</sup> zu betrachten ist und darauf hin die damals herrschende Zensur aufgehoben. Auf der Basis dieses Beschlusses wurde dann 1922 das „Preßgesetz“ erlassen, das sechs Bereiche umfasste. Es beinhaltete u.a. gewerberechtliche und verwandte Bestimmungen, Bestimmungen über Ordnung und Verfahren in Pressesachen und regelte die Verantwortlichkeit für strafbare Handlungen, die durch den Inhalt eines Druckwerkes begangen wurden.

Die Wiener Zeitungen waren trotz der Veränderungen, die oben schon erläutert wurden, auflagenstärker als die Zeitungen in den Ländern. Obwohl diese im Vergleich zu den Blättern in der Hauptstadt wesentlich mehr Neugründungen zu verzeichnen hatten, konnten sie die Wiener Zeitungen an Quantität und Qualität nie erreichen bzw. überholen.

In seiner Forschungsarbeit zur Wiener Presse nennt Raisp vier Zeitungstypen, die zeitlich gesehen vor der Herrschaft des austrofaschistischen Regimes in Österreich auftraten. An erster Stelle führt er die Parteipresse an, zu der Raisp sozialdemokratische, christlich-soziale, grossdeutsche, nationalsozialistische, kommunistische Blätter sowie Blätter von kleineren Bewegungen, die keine Parteien waren, wie zum Beispiel die Heimwehr oder die Zionisten, zählen. An zweiter Stelle stehen die liberalen Blätter, die aus der traditionellen Grosspresse und der Mehrheit der Boulevardblätter bestanden und in weiterer Folge die Regierungspresse und die unpolitischen Blätter.<sup>42</sup>

Für die Zeit des österreichischen Ständestaates ändert Raisp seine Ordnung der Zeitungstypen. Hinsichtlich der politischen Stellung der Zeitungen zur Regierung und unter

---

<sup>40</sup> Vgl. Paupie, Kurt: Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1848-1959. Band 1, Braumüller, Wien 1960, S. 45-46.

<sup>41</sup> Jagschitz, Gerhard: Die Presse in Österreich von 1918-1945. In: Bobrowsky, Manfred/Duckowitsch, Wolfgang/Haas, Hannes (Hg): Medien- und Kommunikationsgeschichte. Ein Textbuch zur Einführung. Braumüller Verlag, Wien 1987, S. 117.

<sup>42</sup> Vgl. Raisp, Egon: Die Wiener Tagespresse 1848-1950. Univ. Diss., Wien 1952, S. 116.

Berücksichtigung des Verbotes der Parteipresse fasst er folgende vier Gruppen zusammen: Die Regierungspresse, die liberal gefärbten Blätter, die national gefärbten Blätter und die illegale Oppositionspresse.<sup>43</sup>

Die Regierungspresse, verkörpert durch die „Wiener Zeitung“, hatte in der ersten Republik weniger Bedeutung als zuvor, da die regierungsbildenden Parteien eigene Presseorgane hatten und diese für die Verbreitung ihrer Politik nutzten. Paupie fasst den Begriff der Parteipresse sehr weit und ordnet die von 1918 bis 1933 erscheinenden Blätter nach ihrem politischen Charakter folgendermaßen:<sup>44</sup>

*Radikale Zeitungen:*

Abend, Deutschösterreichische Tageszeitung, Freiheit, Neues Wiener Journal, Kleines Blatt, Montagsblatt, Rote Fahne, Welt am Montag.

*Gemäßigte Zeitungen (mit gelegentlich radikalen Äußerungen):*

Arbeiter Zeitung, Morgen, Wiener Neueste Nachrichten, Reichspost, Kleines Volksblatt.

*Gemäßigte Zeitungen:*

Allgemeine Zeitung, Illustriertes Wiener Extrablatt, Mittagszeitung, Montag, Montagspost, Montagszeitung, Neue Zeitung, Neue Freie Presse, Stunde, Neues Wiener Tagblatt, Volkszeitung, Weltblatt.

*Sehr gemäßigte Zeitungen:*

Wiener Zeitung, Illustrierte Kronenzeitung.

Ab 1918 verlor die Großpresse im Gegensatz zur Parteipresse an Bedeutung, sodass beide eine gleichrangige Stellung einnahmen. Ebenfalls erfolgreich waren die Boulevardblätter, denen es mit ihren reißerischen Schlagzeilen gelang, ihre Reichweite ständig zu erhöhen. Nennenswert für diese Zeit ist die Entwicklung der Sportzeitung, die teilweise sogar täglich erscheinende Ausgaben hatte sowie der stetig wachsende Markt für die Wochenpresse.<sup>45</sup> Da die Tagespresse immer mehr dazu überging nur mehr Nach-

---

<sup>43</sup> Vgl. Raisp, Egon: Die Wiener Tagespresse 1848-1950. Univ. Diss., Wien 1952, S. 117.

<sup>44</sup> Vgl. Paupie, Kurt: Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1848-1959. Band 1, Braumüller, Wien 1960, S. 42-43.

<sup>45</sup> Vgl. Raisp, Egon: Die Wiener Tagespresse 1848-1950. Univ. Diss., Wien 1952, S. 116.

richtenträger zu sein und immer weniger Nachrichten in feuilletonistischer Form kommentierte, verlagerte sich die Nachfrage nach dieser Tradition auf die Wochenzeitungen. Unter diesen rechtlichen Bedingungen wuchs die Zeitungslandschaft stetig und selbst nach der Auflösung der ersten Republik, mit dem Inkrafttreten der ständischen Verfassung im Jahr 1934, wurde dem kein abruptes Ende gesetzt. Allein im Jahr 1933 erschienen 26 Tageszeitungen und kam es zu 23 Neugründungen, hauptsächlich von Boulevardblättern, die keine lange Lebensdauer aufwiesen.<sup>46</sup> Dennoch ist hier bei der geschichtlichen Darstellung des österreichischen Pressewesens ein klarer Strich zu ziehen, und ein weiterer Abschnitt zu beginnen.

### *2.2.2 Austrofaschismus*

Seit dem Mai 1932 war Engelbert Dollfuß, der Mitglied der Christlich-sozialen Partei war, Bundeskanzler Österreichs. Dieser Zeitpunkt kann als Ausgangspunkt für die weiteren Veränderungen in der österreichischen Pressepolitik angenommen werden, obwohl erst 1933 die ersten einschneidenden Verordnungen erlassen wurden. Schon im Jahr seines Amtsantrittes stellte Dollfuß Überlegungen zur Zensur der Presse an, um so sein eigenes und das Ansehen der Regierung zu schützen.<sup>47</sup>

Durch eine Geschäftsordnungskrise, die den Nationalrat handlungsunfähig machte, indem sie die drei Nationalratspräsidenten zum Rücktritt zwang, erlangte die Regierung Dollfuß autoritären Charakter. Er erließ basierend auf dem Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz des Jahres 1917 mehrere Notverordnungen, die das Parlament nun vollständig ausschalten sollten. Mit Erfolg wurden diese Verordnungen durchgesetzt, die unter anderem ein Versammlungsverbot, ein Aufmarschverbot und die Zeitungszensur beinhalteten.<sup>48</sup> Begründet wurden diese Maßnahmen mit der Bedrohung

---

<sup>46</sup> Vgl. Paupie, Kurt: Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1848-1959. Band 1, Braumüller, Wien 1960, S. 56.

<sup>47</sup> Vgl. Jagschitz, Gerhard: Die Presse in Österreich von 1918-1945. In: Bobrowsky, Manfred/Duckowitsch, Wolfgang/Haas, Hannes (Hg): Medien- und Kommunikationsgeschichte. Ein Textbuch zur Einführung. Braumüller Verlag, Wien 1987, S. 122.

<sup>48</sup> Vgl. Wisshaupt, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch. Univ. Diss., Wien 1950, S. 6.

der immer stärker werdenden nationalsozialistischen Partei, welche die Sicherheit des Landes gefährdete.

Die Beseitigung der Opposition war ein wesentlicher Punkt auf der Agenda Dollfuß, da er nur so seine Vorstellung von einem autoritären Ständestaat umsetzen konnte. So wurde am 26. Mai 1933 die Kommunistische Partei und am 19. Juni desselben Jahres die NSDAP verboten. Beiden Parteien blieb nun nurmehr der Gang in den Untergrund übrig, wo es vor allem den Nationalsozialisten gelang ihren Einfluss auf die Bevölkerung weiter auszubauen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil sie mit der Unterstützung der deutschen Partei rechnen konnten.<sup>49</sup>

Mit der Gründung der Vaterländischen Front nahm die Militarisierung der Gesellschaft zu und gipfelte am 12. Februar 1934 in einem Aufstand der Sozialdemokraten, der zu einem dreitägigen Bürgerkrieg führte und von den Regierungstruppen blutig niedergeschlagen wurde. Nach Beendigung der Kampfhandlungen wurde die Sozialdemokratische Partei verboten sowie der Wiener Gemeinderat und der Wiener Landtag aufgelöst.<sup>50</sup> Die ständische Verfassung, das eigentliche Ziel Dollfuß, trat erst am 1. Mai 1934 in Kraft, womit die Verwandlung Österreichs in einen autoritären Ständestaat abgeschlossen war.

„Zu Beginn des Jahres 1933 war die von der österreichischen Verfassung garantierte Pressefreiheit auf allen Gebieten noch vollkommen intakt und das österreichische Pressegesetz vom Jahre 1922 vollständig in Gültigkeit.“<sup>51</sup>

Wie oben geschildert traten mit der Machtübernahme Dollfuß siebenundzwanzig Verordnungen in Kraft, von denen die wichtigsten in diesem Abschnitt anhand des wissenschaftlichen Forschungsstandes genauer beleuchtet werden. Zunächst sollte mit eben diesen Verordnungen, die gemächlich eine nach der anderen verlautbart wurden,

---

<sup>49</sup> Vgl. Ross, Dieter: Hitler und Dollfuß. Die deutsche Österreich-Politik 1933–1934. Leibniz Verlag, Hamburg 1966, S. 47-48.

<sup>50</sup> Vgl. Wisshaupt, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch. Univ. Diss., Wien 1950, S. 7.

<sup>51</sup> Wisshaupt, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch. Univ. Diss., Wien 1950, S. 14.

der Einfluss des Regimes auf die Zeitungen gesichert werden und dann mit der Schaffung von verschiedenen Behörden das System gefestigt werden. Es wurde weder die Pressefreiheit aus der Verfassung gestrichen, noch die Zensur direkt eingeführt. Die Veränderungen des Pressegesetzes sollten möglichst unauffällig und ohne viel Aufmerksamkeit zu erregen vonstatten gehen.

### *Vorzensur*

Die Einführung der Vorzensur, welche die Abgabe der „Pflichtstücke eines Druckwerkes“ bis zu zwei Stunden vor der Verbreitung vorsah, war eine der ersten Verordnungen. Sollte ein bestimmtes Druckwerk bereits wegen Verstoßes gegen das Gesetz von einem Gericht beschlagnahmt worden sein, so konnte der Bundeskanzler selbst über die Einschaltung der Vorzensur entscheiden. Auch die Druckerei konnte, sollte sie ein beschlagnahmtes Druckwerk produziert haben, gezwungen werden, alle in dieser Druckerei in den Druck gehenden Werke bis zu zwei Stunden vor Druckbeginn bei der örtlichen Zensurbehörde abzugeben. Ein Gesetzesverstoß war gegeben, wenn es durch „Verletzung des vaterländischen, religiösen oder sittlichen Empfindens“ zu einer „Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ kam.<sup>52</sup> Ebenso war es verboten die eigene Regierung, eine ausländische Regierung bzw. deren Mitglieder in der Presse zu beleidigen.

Bei eingehender Betrachtung des Begriffs des vaterländischen, religiösen oder sittlichen Empfindens ist eindeutig erkennbar, dass es sich hierbei nicht um eine klar definierte Vorschrift, sondern um einen dehnbaren Begriff handelte. Es war für die Führung des autoritären Regimes sehr einfach, Zeitungen deren Berichterstattung zu kritisch oder gar oppositionell war, aus dem Weg zu räumen.

### *Plakatierungs- und Flugblattverordnung*

Nicht nur die Zeitungen fielen unter die Kontrolle der Regierung, sondern auch die Flugblätter und Plakate waren von den Verordnungen betroffen. Die Erzeugung von Druckwerken, bildlicher Darstellungen, Schriften oder die Verbreitung von Flugblättern

---

<sup>52</sup> Wisshaupt, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch. Univ. Diss., Wien 1950, S. 15.

wurden unter Strafe gestellt, sofern diese die „Ordnung an öffentlichen Orten zu stören, den öffentlichen Anstand zu verletzen oder ungebührlicherweise störenden Lärm zu erregen“<sup>53</sup> in der Lage waren.

Auch diese Verordnung war so formuliert, dass die Regierung Dollfuß genug Spielraum in der Auslegung hatte, um gegen politische Gegner vorzugehen.

#### *Verbot der oppositionellen Parteien*

Das Verbot der KPÖ am 19. Mai 1933, der NSDAP am 19. Juni und der SPÖ am 12. Februar 1934 wirkten sich ebenfalls stark auf das österreichische Pressewesen dieser Tage aus. Jede dieser Parteien unterhielt eine Parteizeitung, die eine wichtige Rolle in der damaligen Zeitungslandschaft spielten. „Die Rote Fahne“ (KPÖ), die „Deutsch-Österreichische Tageszeitung“ (NSDAP) und die „Arbeiter Zeitung“ (SPÖ) mussten ihr Erscheinen, wenn auch nicht alle umgehend, einstellen.

#### *Kolportageverbot*

Mit der „Verordnung betreffend besondere Maßnahmen gegen den Mißbrauch der Pressefreiheit“ (BGBl. Nr. 217 vom 10. Juni 1933) konnte ein Kolportageverbot über eine Zeitung bzw. Zeitschrift verhängt werden. Unter Kolportage fiel die Verbreitung einer Zeitschrift über Straßenverkauf, „Zeitungsver schleißer“ sowie Hauszustellung. Sollte eine Zeitung „wegen Hochverrat, Störung der öffentlichen Ruhe, Religionsstörung, Herabwürdigung der Verfügung von Behörden, Aufwiegelung gegen Staats- und Gemeindebehörden und Verbreitung falscher beunruhigender Gerüchte oder Vorhersagen“<sup>54</sup> bereits zweimal beschlagnahmt worden sein, konnte dieses Verbot für drei Monate ausgesprochen werden.

Durch dieses Verbot waren die Verleger auch gezwungen ihre Zeitungen auf dem Postweg zu verbreiten, was im Wien dieser Zeit kaum gebräuchlich war.<sup>55</sup> Nach wie vor

---

<sup>53</sup> Wisshaupt, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch. Univ. Diss., Wien 1950, S. 18.

<sup>54</sup> Wisshaupt, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch. Univ. Diss., Wien 1950, S. 18-19.

<sup>55</sup> Vgl. Wisshaupt, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch. Univ. Diss., Wien 1950, S. 19.

waren die nun verbotenen Formen der Verbreitung die gängigsten. Sowohl durch eine Beschränkung der Vertriebsmöglichkeiten als auch durch finanzielle Mehrbelastung versuchte die Regierung die Zeitungen auf ihren Kurs zu bringen. Denn im Falle des Postabonnements mussten die Zeitungsherausgeber die doppelten Versandgebühren bezahlen.

Im Jänner 1934 wurde dieses Verbot dahingehend verschärft, dass die wenigen verbliebenen Wiener Blätter, die noch auf der Straße verkauft werden durften, ein Kolportageverbot erhielten. Es war nun den „Sicherheitsdirektoren“<sup>56</sup> möglich ein solches Verbot vorübergehend oder für immer zu verhängen.

#### *Pflichtabdruck von amtlichen Nachrichten*

Ebenfalls im Juni 1933 wurde eine Verordnung erlassen, die noch mehr Einfluss auf die Berichterstattung der Zeitungen nahm. Diese zwangen Herausgeber dazu, der „Veröffentlichung amtlicher Verlautbarungen in den Zeitungen“ nachzukommen. Betroffen waren Zeitungen, die mindestens einmal pro Woche erschienen, wobei Fachzeitschriften, die sich nicht mit politischen Themen befassten, ausgenommen waren. Die amtlichen Meldungen mussten vollständig und ohne Gegenbemerkungen seitens der Redaktion übernommen werden und durften optisch anderen wichtigen Meldungen nicht untergeordnet werden.<sup>57</sup>

Es handelte sich hierbei um die erste Verordnung, mit der die Regierung direkt Einfluss auf die Inhalte der Zeitungen nehmen konnte. Nun konnten die Zeitungen als direktes Sprachrohr der Regierung missbraucht werden. Auch wenn es nicht mehr möglich war gegen die Regierung zu schreiben oder Missstände aufzuzeigen so blieb ihnen zumindest noch die Möglichkeit bestimmte Dinge nicht zu erwähnen.

#### *Entzug der Gewerbeberechtigung*

---

<sup>56</sup> Wisshaupt, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch. Univ. Diss., Wien 1950, S. 24.

<sup>57</sup> Vgl. Wisshaupt, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch. Univ. Diss., Wien 1950, S. 21.

Die Verordnung vom 7. Juli 1933 „über die Entziehung der Gewerbeberechtigung wegen Förderung der verbotenen Betätigung einer Partei“ (BGBl. Nr. 315/1933) zielte in erster Linie darauf ab die Verbreitung und Vervielfältigung der Parteizeitungen zu unterbinden. Dementsprechend waren Druckereibesitzer und Verleger die angesprochenen Personen, denen so eine Verbreitung von nationalsozialistischen und kommunistischen Blättern, unmöglich gemacht werden sollte.<sup>58</sup>

„Auf diese Weise zwang sie die Druckereien, den Zeitungen die Druckaufträge zu kündigen, und diese mußten ihr Erscheinen selbst einstellen.“<sup>59</sup>

Die Regierung Dollfuß versuchte auf diesem Weg den Anschein der stets vorhandenen Pressefreiheit zu wahren und verbot keine bestimmten Zeitungen, sondern es sollten die Druckereien daran gehindert werden unliebsame Druckwerke zu produzieren.

#### *Titelverordnung*

Diese Verordnung bestimmte, dass keine Überschriften bzw. Zwischenüberschriften verwendet werden durften, die nichts mit dem Inhalt der Zeitung zu tun hatte. Es folgten auch genaue Vorgaben was die Größe und Schriftart der Zeichen, wie auch die Länge der Überschriften betraf.

Grund für diese Verordnung war die Sensationspresse sowie die „getarnten NS-Zeitungen, die nur durch Straßenverkauf vertrieben wurden und durch schreiende Balkenlettern, die meist allein die erste Seite ausfüllten und mit dem Inhalt gar nichts gemein hatten“<sup>60</sup>, auffielen.

#### *Verbot ausländischer Zeitungen*

Das Verbot ausländischer Zeitungen wurde in erster Linie erlassen, um gegen die deutschen Zeitungen vorzugehen, die Stimmung für die NSDAP machten. Es konnte

---

<sup>58</sup> Vgl. Wisshaupt, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch. Univ. Diss., Wien 1950, S.21.

<sup>59</sup> Wisshaupt, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch. Univ. Diss., Wien 1950, S. 22.

<sup>60</sup> Wisshaupt, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch. Univ. Diss., Wien 1950, S.23.

aber für jede ausländische Zeitung verhängt werden, die eine in Österreich verbotene Partei unterstützte. Ab 14. März 1934 bis 1936 wurden alle deutschen Zeitungen in Österreich verboten.<sup>61</sup>

Den ausländischen Einfluss auf die österreichische Presse gab es nicht erst im Ständestaat und nicht nur von deutscher Seite. Schon seit 1919 versuchten Frankreich, die Tschechoslowakei, Deutschland und Italien, mit Hilfe der österreichischen Presse, Einfluss auf die politische Entwicklung zu nehmen. So wollte Frankreich ein kleines selbstständiges Österreich, als die weitläufige Meinung war, dass Österreich zu klein und zu schwach war und nur durch einen Anschluss an Deutschland überlebensfähig sei. Auch die tschechoslowakischen Interessen lagen bei einem kleinen Österreich, wobei hier auch das Bestreben gegen ein Wiederaufleben der Monarchie eine zentrale Rolle spielte. Im Ständestaat nahm die deutsche Propaganda überhand und Italien versuchte dagegen zu wirken.<sup>62</sup>

Aber nicht nur durch Verordnungen versuchte Dollfuß die Presse nach seinen Wünschen und Idealen zu lenken und jede kritische Stimme zu unterdrücken. Es waren auch strukturelle Veränderungen, wie die Schaffung bzw. Anpassung von Ämtern und Behörden notwendig, um Verordnungen, wie z.B. die Vorzensur, auch gewährleisten zu können. Es sollen nun noch der Bundespressdienst und dessen Funktionen sowie die amtliche Nachrichtenstelle und der Heimatdienst kurz besprochen werden.

### *Bundespressdienst*

Der Bundespressdienst hatte die Aufgabe die „publizistischen Interessen der gesamten Staats-, Wirtschafts- und Kulturpolitik der Regierung zu vertreten“.<sup>63</sup> Er unterstand dem Kanzler persönlich und hatte für die tägliche Berichterstattung sowie die Überprüfung des Nachrichtendienstes zu sorgen.

---

<sup>61</sup> Vgl. Wisshaupt, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch. Univ. Diss., Wien 1950, S. 23.

<sup>62</sup> Vgl. Jagschitz, Gerhard: Die Presse in Österreich von 1918-1945. In: Bobrowsky, Manfred/Duckowitsch, Wolfgang/Haas, Hannes (Hg): Medien- und Kommunikationsgeschichte. Ein Textbuch zur Einführung. Braumüller Verlag, Wien 1987, S. 119.

<sup>63</sup> Jagschitz, Gerhard: Die Presse in Österreich von 1918-1945. In: Bobrowsky, Manfred/Duckowitsch, Wolfgang/Haas, Hannes (Hg): Medien- und Kommunikationsgeschichte. Ein Textbuch zur Einführung. Braumüller Verlag, Wien 1987, S. 47.

### *Die amtliche Nachrichtenstelle*

Die amtliche Nachrichtenstelle ging aus dem „k.k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau“<sup>64</sup> hervor und bestand seit 1. Jänner 1922. Sie unterstand bis 1938 direkt dem Bundeskanzler, wobei der Bundespressedienst für die politische Kontrolle zuständig war. Im April 1933 sicherte sich die Regierung Dollfuß, durch die Neubesetzung der wichtigsten Posten mit regierungstreuen Journalisten, den Einfluss auf den Nachrichtendienst. Die amtliche Nachrichtenstelle war wohl die erfolgreichste Einrichtung zur Kontrolle der Presse, da sie als einzige Stelle über ausländische Meldungen verfügte und somit bestimmen konnte, welche Nachrichten von Aussen an die österreichischen Zeitungen weitergegeben wurden.

### *Heimatdienst*

Im November 1933 wurde das „Bundesamt für Propaganda“ mit dem Wirkungsbereich einer defensiven und offensiven innerösterreichischen Propaganda gegründet, welches später im Jahr 1934 in den Heimatdienst umgewandelt wurde. Aufgaben des Heimatdienstes war die „Abwehr der staatsfeindlichen Propaganda, die Aufklärung der Bevölkerung über die staats- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung“<sup>65</sup>, wie auch die Verbreitung der ständischen Idee. Stark nach dem Vorbild des nationalsozialistischen Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda entworfen, erreichte der Heimatdienst jedoch nie eine ähnliche Effizienz.

„Durch die Entwicklung einer Pressekammer mit Gesetz vom 18. Juli 1936 sollte nun das Zeitungswesen in den ständischen Aufbau eingeführt werden.“<sup>66</sup>

Die Idee dieser Organisationsform der Pressekammer stammte schon aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, wurde aber bis zu diesem Zeitpunkt nie ausgearbeitet und beschlossen. Die Kammer sollte alle am Zeitungswesen beteiligten Arbeitgeber und

---

<sup>64</sup> Jagschitz, Gerhard: Die Presse in Österreich von 1918-1945. In: Bobrowsky, Manfred/Duckowitsch, Wolfgang/Haas, Hannes (Hg): Medien- und Kommunikationsgeschichte. Ein Textbuch zur Einführung. Braumüller Verlag, Wien 1987, S. 48.

<sup>65</sup> Wisshaupt, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch. Univ. Diss., Wien 1950, S.51.

<sup>66</sup> Wisshaupt, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch. Univ. Diss., Wien 1950, S. 32.

Arbeitnehmer in einer Körperschaft zusammenführen. Es wurden schon bestehende Verbände und Gewerkschaften in der Pressekammer zusammengefasst. So waren das von Arbeitgeberseite der „Verband der Herausgeber der österreichischen Tageszeitungen“ und der „Verband der Herausgeber der österreichischen Wochenzeitungen und Zeitschriften“ sowie von der Arbeitnehmerseite die „Gewerkschaft der Journalisten Österreichs“, die „Gruppe der Zeitungsbeamten in der Gewerkschaft der gewerblichen Angestellten“ und die „Gewerkschaft der Arbeiter in den graphischen Betrieben“.<sup>67</sup>

Die Kontrolle der Presse durch die bereits geschilderten Maßnahmen war in den Augen der Regierung nicht zufrieden stellend. Lag es doch letztendlich an der Arbeitsweise der einzelnen Behörden, wie streng die Verordnungen eingehalten wurden. Wie oben schon mehrmals angesprochen, waren die gesetzlichen Vorgaben mit sehr dehnbaren Begriffen versehen, die einen einheitlichen Vollzug der Verordnungen erschwerten. Die staatlichen Zensurbehörden konnten mit der laufend ansteigenden Zahl an illegalen Druckwerken nicht mehr mithalten und seine Aufgaben nicht mehr vollständig erfüllen.

„Dem publizistischen Mehrfrontenkampf gegen die illegalen Nationalsozialisten, illegalen Kommunisten, illegalen Sozialdemokraten und revolutionären Sozialisten und illegalen Gewerkschafter waren die österreichischen Sicherheitskräfte nicht gewachsen.“<sup>68</sup>

Am 11. Juli 1936 wurde das so genannte „Juli-Abkommen“ zwischen Österreich und dem Deutschen Reich geschlossen, das Österreich die Selbstständigkeit gegenüber Deutschland formell zugestand und im Gegenzug die Nationalsozialisten in Österreich amnestierte. Die Anerkennung des österreichischen Ständestaates war aber auch in gewisser Weise eine Unterordnung gegenüber Deutschland, das Österreich eigentlich als zweiten deutschen Staat anerkannte. Das Abkommen brachte vor allem Vorteile für Deutschland, da die beiden Vertrauensmänner Hitlers, die in das Kabinett Schuschnigg

---

<sup>67</sup> Vgl. Wisshaupt, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch. Univ. Diss., Wien 1950, S. 34.

<sup>68</sup> Jagschitz, Gerhard: Die Presse in Österreich von 1918-1945. In: Bobrowsky, Manfred/Duckowitsch, Wolfgang/Haas, Hannes (Hg): Medien- und Kommunikationsgeschichte. Ein Textbuch zur Einführung. Braumüller Verlag, Wien 1987, S. 125.

eingesetzt wurden, mit Regierungsaufgaben betraut wurden und so großer Einfluss aus Deutschland ausgeübt werden konnte.<sup>69</sup>

Im Februar 1938 kam es zu einem Treffen zwischen Bundeskanzler Schuschnigg und Adolf Hitler, bei dem das „Berchtesgadener Abkommen“ unterzeichnet wurde. Darin wurde beschlossen, dass der Nationalsozialist Seyß-Inquart als Innenminister in der österreichischen Regierung eingesetzt werden sollte und dass den Nationalsozialisten, nach dem ihnen schon Amnestie gewährt wurde, nun auch die Betätigung in der „Vaterländischen Front“ erlaubt werden sollte. Nach der Rückkehr Schuschnigg's aus Berchtesgaden, kündigte er eine Volksabstimmung zur Unabhängigkeit Österreichs an, die am 13. März 1938 abgehalten werden sollte. Daraufhin reagierte Hitler mit dem Einmarsch in Österreich.<sup>70</sup>

„Die längst vorbereiteten Einmarschpläne wurden ausgelöst, die internationale Lage war für das Deutsche Reich günstig, und in Österreich selbst war kein Widerstand zu erwarten. So überschritten am 12. März 1938 deutsche Truppen die Grenze, die österreichische Unabhängigkeit war zu Ende.“<sup>71</sup>

Die Presse sollte durch die Maßnahmen der Regierung keinen eintönigen Charakter erhalten, sondern ihre Vielfalt beibehalten. Die Vielfalt der Wiener Presse blieb auch, mit Ausnahme der Parteizeitungen, weitgehend erhalten. Zur Amtszeit Schuschnigg wurden aber dann doch Stimmen laut, denen sich „auch der Chefredakteur der Reichspost, Dr. Funder anschloss“<sup>72</sup>, die sich gegen eine zunehmende Monotonie der Presse richteten. Diese Aussagen wurden unter dem Eindruck getroffen, dass die Zeitungen, die mit ihrer innenpolitischen Ansicht nicht mit der austrofaschistischen Regierung übereinstimmten, sich aus dem Bereich der Innenpolitik fast völlig zurück

---

<sup>69</sup> Ulrich Kluge: Der österreichische Ständestaat 1934-1938. Entstehung und Scheitern. Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1948, S.153.

<sup>70</sup> Vgl. Kluge, Ulrich: Der österreichische Ständestaat 1934-1938. Entstehung und Scheitern. Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1984, S. 55.

<sup>71</sup> Jagschitz, Gerhard: Die Presse in Österreich von 1918-1945. In: Bobrowsky, Manfred/Duckowitsch, Wolfgang/Haas, Hannes (Hg): Medien- und Kommunikationsgeschichte. Ein Textbuch zur Einführung. Braumüller Verlag, Wien 1987, S. 128.

<sup>72</sup> Raisp, Egon: Die Wiener Tagespresse 1848-1950. Univ. Diss., Wien 1952, S. 120.

zogen und sich auf Themen die Aussenpolitik beschränkten, da hier mehr Spielraum gegeben war.

Ließen die ständestaatlichen Maßnahmen der Presseregulierung zwar eine „typologische Vielfalt“ der Wiener Presse bestehen, so reduzierte die nationalsozialistische Gleichschaltung durch Schließungen und Zusammenlegen von Zeitungen, diese auf ein Minimum.<sup>73</sup> In Wien wurden beispielsweise 1939 die „Neue Freie Presse“ und das „Neue Wiener Journal“ mit dem „Neuen Wiener Tagblatt“ zusammengelegt. Eingestellt wurden die „Reichspost“ 1938, die „Wiener Zeitung“ 1940, das „Neuigkeits-Weltblatt“, „Der Montag mit dem Sportmontag“ und das „Wiener Montagsblatt“ 1943 und die „Volkszeitung“ 1944. Danach gab es in Wien nur mehr den „Völkischen Beobachter“, das „Neue Wiener Tagblatt“, die „Kleine Wiener Kriegszeitung“ und die „Neuesten Wiener Nachrichten“.

### *2.2.3 Nationalsozialismus*

Auch wenn die RS ihre publizistische Arbeit schon ein Jahr vor dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich einstellen mussten, ist es für die Darstellung der damaligen Verhältnisse im Pressewesen wichtig, auch über die Zeit des Austrofaschismus hinaus einen Blick auf die Veränderungen zu werfen, die auf die Journalisten zukamen.

„Gleich nach dem deutschen Einmarsch waren die Blätter des Kronos- und des Vernayverlages sowie der Telegraf mit allen Ausgaben eingestellt worden.“<sup>74</sup>

### *Journalistensäuberung*

Bei einem Blick auf die Ereignisse nach 1938, die das österreichische Pressewesen betreffen, dürfen die vorhin geschilderten Restriktionen gegenüber den Journalisten und der Presse im Allgemeinen nicht außer Acht gelassen werden. Das austrofaschistische Regime hat für das unter nationalsozialistischer Herrschaft angestrebte Ziel der Gleichschaltung der Presse eine wesentliche Vorarbeit geleistet. Viele Journalisten die

---

<sup>73</sup> Vgl. Raisp, Egon: Die Wiener Tagespresse 1848-1950. Univ. Diss., Wien 1952, S. 120-121.

<sup>74</sup> Raisp, Egon: Die Wiener Tagespresse 1848-1950. Univ. Diss., Wien 1952, S. 120.

nach 1938 hätten beseitigt werden müssen fielen schon den Maßnahmen Dollfuß zum Opfer.

„Etwa vier von zehn der bisher in Summe allerdings noch ungezählten aus Österreich emigrierten Journalisten verließen schon vor 1938 - infolge der Verfolgung und des faktischen Berufsverbotes im Ständestaat - das Land. Ein unsystematischer Blick auf die Zäsur 1933/34 zeigt, dass andererseits nur wenige linke Journalisten sich an die neuen politischen Verhältnisse angepasst und in ihrem Beruf dann nach 1933/34 legal weitergearbeitet hatten.“<sup>75</sup>

In Folge eines Befehls von Reichsmarschall Hermann Göring wurden in der Nacht von 11. auf den 12. März 1938 der Großteil der Zeitungsredaktionen in Österreich von SA- und SS-Truppen gestürmt und besetzt. Ziel dieser Aktion war die Erlangung der Kontrolle über die Zeitungen und die Auswechslung von jüdischen und oppositionellen Journalisten durch Nationalsozialistische. Sie wurden sofort gekündigt und weggeschickt oder festgenommen bzw. wurde ihnen der Zutritt zu den Redaktionsräumen verweigert. Hausjell schreibt, dass es weder eine systematische Dokumentation derer gibt, die in diesen Tagen fliehen konnten, noch derer die inhaftiert wurden. Ebenso wenig ist bekannt, wie viele Journalisten durch diese Maßnahmen in den Selbstmord getrieben wurden.<sup>76</sup>

Am Beispiel des „Neuen Wiener Tagblattes“ lässt sich gut darstellen, wie die Leitung des „Gaupresseamtes“ die Gleichschaltung durchführte. Es wurden an den besagten Tagen die Journalisten, die als arisch anerkannt wurden, zu einer Besprechung gerufen. Im Falle dieser Zeitung waren es sechs von 32 Redakteuren. Um aber die Erscheinung der Zeitung zu sichern, was mit einer so geringen Zahl nicht möglich gewesen wäre, wurde es den jüdischen Journalisten offen gelassen, unter arischer Leitung weiter in der Redaktion zu arbeiten.

---

<sup>75</sup> Hausjell, Fritz: Die undeutschen und zersetzenden Elemente in Österreichs Presse werden in kürzester Zeit restlos ausgemerzt sein. In: Rathkolb, Oliver/Duckowitsch, Wolfgang/Hausjell, Fritz (Hg): Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreich. Müller Verlag, Salzburg 1988, S. 183.

<sup>76</sup> Vgl. Hausjell, Fritz: Die undeutschen und zersetzenden Elemente in Österreichs Presse werden in kürzester Zeit restlos ausgemerzt sein. In: Rathkolb, Oliver/Duckowitsch, Wolfgang/Hausjell, Fritz (Hg): Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreich. Müller Verlag, Salzburg 1988, S.184-185.

Dem Ziel, für die Volksabstimmung am 10. April 1938 einen funktionierenden Propagandaapparat einsetzen zu können, stellten sich zwei wesentliche Probleme entgegen. Einerseits herrschte nach und während der Neubesetzung von leitenden Positionen in österreichischen Zeitungsredaktionen ein regelrechter Wettstreit um die finanziell sehr ansprechenden Posten und infolgedessen ein „zeitweiliges Kompetenzchaos“. Andererseits fehlte es nun an qualifizierten Fachkräften, da ja ein großer Teil ausgesondert wurde. Die Gaupresseleitung war nun gezwungen bereits entlassene Journalisten wieder schreiben zu lassen. Dies geschah natürlich nicht offiziell, da viele von ihnen Juden waren und die Forderung nach einer „judenfreien Presse“ ganz oben auf der Agenda der Nationalsozialisten stand.<sup>77</sup>

Milan Dubrovic, der damals für das „Neue Wiener Tagblatt“ schrieb, analysierte die Strategie des Gauleiters Bürckel dahingehend, dass dieser eine zu abrupte Veränderung im österreichischen Pressewesen vermeiden und das Erscheinen der wichtigsten Blätter garantieren wollte. Mit dieser Beurteilung liegt Dubrovic, so Hausjell, vollkommen richtig, da es für Bürckel immens wichtig war für die Vorbereitung zur Volksabstimmung ein starkes Propagandainstrument zu besitzen. Eine andere Strategie verfolgte hingegen der Chef des NSDAP-Verlagskonzerns, Max Amann, der aus ökonomischen Gründen ein Zeitungsterben anstrebte.<sup>78</sup>

### *Das Schriftleitergesetz*

Die im März 1938 durchgeführten „politisch und rassepolitisch motivierten Säuberungen“ wurden erst im Juni desselben Jahres durch das Schriftleitergesetz auf rechtlicher Ebene legitimiert. Dass dieses „zentrale Gesetzeswerk der nationalsozialistischen Medienpolitik“, so Hausjell, erst so spät in Österreich in Kraft trat, ist auf den Machtkampf zwischen Gauleiter Bürckel und Amann zurückzuführen. Bürckel wollte

---

<sup>77</sup> Vgl. Hausjell, Fritz: Die undeutschen und zersetzenden Elemente in Österreichs Presse werden in kürzester Zeit restlos ausgemerzt sein. In: Rathkolb, Oliver/Duckowitsch, Wolfgang/Hausjell, Fritz (Hg): Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreich. Müller Verlag, Salzburg 1988, S.185-186.

<sup>78</sup> Vgl. Hausjell, Fritz: Die undeutschen und zersetzenden Elemente in Österreichs Presse werden in kürzester Zeit restlos ausgemerzt sein. In: Rathkolb, Oliver/Duckowitsch, Wolfgang/Hausjell, Fritz (Hg): Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreich. Müller Verlag, Salzburg 1988, S 189.

sich den Einfluss, den er bei der Zulassung von Journalisten hatte, nicht nehmen lassen und verzögerte die Einführung des Schriftleitergesetzes.<sup>79</sup>

An dieser Stelle werden die wichtigsten Veränderungen, die das Schriftleitergesetz mit sich brachte, dargestellt. Es handelte sich bei dem Schriftleitergesetz um ein Gesetz für Journalisten, das sich auf von diesen verfasste Druckwerke bezog. Alle österreichischen Journalisten mussten sich nach der Ankündigung dieses Gesetzes beim „Landesverband Ostmark des Reichsverbandes der deutschen Presse“<sup>80</sup> mit einem sechsseitigen Fragebogen anmelden. Auf diesem Fragebogen wurden unter anderem auch die Angabe des beruflichen Werdegangs sowie der Mitgliedschaft bei Verbänden oder Parteien gefordert.

„Zeitungen und Zeitschriften sind Druckwerke, die in Zwischenräumen von höchstens drei Monaten in ständiger Folge erscheinen, ohne daß der Bezug an einem bestimmten Personenkreis gebunden ist“<sup>81</sup>

Darunter fielen also alle periodisch erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften deren Begrifflichkeit nicht nach Inhalt bzw. ihrer Art der Erscheinung, sondern ihrer Aktualität unterschieden wurden. So waren Zeitungen Druckwerke, welche die tagespolitische Berichterstattung zur Zielsetzung hatten. Bei Zeitschriften war diese Absicht nicht gegeben.<sup>82</sup>

Das Schriftleitergesetz betraf nicht nur die politischen Druckwerke, sondern auch jene, „die bloße Unterhaltung boten, ferner Fachzeitschriften, die politische Probleme mitbehandelten“.<sup>83</sup> Es war also die Themenbehandlung und die Sichtweise einer

---

<sup>79</sup> Vgl. Hausjell, Fritz: Die undeutschen und zersetzenden Elemente in Österreichs Presse werden in kürzester Zeit restlos ausgemerzt sein. In: Rathkolb, Oliver/Duckowitsch, Wolfgang/Hausjell, Fritz (Hg): Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreich. Müller Verlag, Salzburg 1988, S. 192.

<sup>80</sup> Vgl. Hausjell, Fritz: Die undeutschen und zersetzenden Elemente in Österreichs Presse werden in kürzester Zeit restlos ausgemerzt sein. In: Rathkolb, Oliver/Duckowitsch, Wolfgang/Hausjell, Fritz (Hg): Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreich. Müller Verlag, Salzburg 1988, S. 192.

<sup>81</sup> § 2 Ziffer 1 Schriftleitergesetz.

<sup>82</sup> Vgl. Schoof, Karl: Das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933. Ein Beitrag zur Erforschung des NS-Pressewesens. Univ. Diss., Wien 1968, S. 100.

<sup>83</sup> Schoof, Karl: Das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933. Ein Beitrag zur Erforschung des NS-Pressewesens. Univ. Diss., Wien 1968, S.101.

Zeitschrift ausschlaggebend. Die einzigen Druckwerke, die nicht unter das Schriftleitergesetz fielen, waren die behördlichen und ein Teil der kirchlichen Publikationen.

Mit Inkrafttreten des Schriftleitergesetzes war es nur mehr unter Einschränkung möglich den Beruf des Journalisten, der laut Gesetz nun als Schriftleiter zu bezeichnen war, auszuüben. Es waren von nun an mehrere formelle Voraussetzungen zu berücksichtigen, um für die Berufsausübung zugelassen zu werden. Nach § 5 Schriftleitergesetz kann nur der Schriftleiter sein, welcher:

1. „die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt,
2. die bürgerlichen Ehrenrechte und die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht verloren hat,
3. arischer Abstammung ist und nicht mit einer Person von nichtarischer Abstammung verheiratet ist,
4. das 21. Lebensjahr vollendet hat,
5. geschäftsfähig ist,
6. fachmännisch ausgebildet ist,
7. die Eigenschaften hat, die die Aufgabe der geistigen Einwirkung auf die Öffentlichkeit erfordert.“<sup>84</sup>

Die Tatsache, dass nur deutsche Reichsbürger als Schriftleiter tätig werden konnten, sollte verhindern, dass Ausländer in den Redaktionen deutscher Zeitungen arbeiteten. Es gab jedoch bestimmte Sonderfälle in denen Ausnahmegenehmigungen erteilt wurden. So konnte zum Beispiel ein ausländischer Journalist unter Umständen zugelassen werden, wenn er für eine Zeitung schrieb, die eine nationale Minderheit als Zielgruppe hatte. Ebenso gab es die Möglichkeit als Ausländer mit deutscher Abstammung eine Zulassung zu erhalten.<sup>85</sup>

---

<sup>84</sup> § 5 Schriftleitergesetz.

<sup>85</sup> Vgl. Schoof, Karl: Das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933. Ein Beitrag zur Erforschung des NS-Pressewesens. Univ. Diss., Wien 1968, S.102-103.

Da für Juden die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter durch das Reichsbürgergesetz aufgehoben wurde, galt der 3. Punkt nur für „Mischlinge, deren jüdischer Blutanteil nicht mehr als ein Viertel betrage.“<sup>86</sup> Für alle anderen gab es nur Ausnahmegewilligungen, wenn sie im ersten Weltkrieg selbst auf deutscher Seite gekämpft oder einen Vater oder Sohn verloren hatten. Diese Bewilligungen wurden aber immer seltener und ab 1938 kaum mehr erteilt. Nach Kriegsbeginn herrschte ein Journalistenmangel, da viele zu den Propagandakompanien der deutschen Wehrmacht abkommandiert wurden. Um diesem Schwund an Fachkräften entgegen zu wirken, musste Goebbels auf Nichtarier zurückgreifen und Ausnahmegenehmigungen erlassen.<sup>87</sup>

Ein weiteres wichtiges formales Kriterium für die Aufnahme in die Berufsliste war die fachmännische Ausbildung.

„Fachmännisch ausgebildet ist, wer sich durch eine mindestens einjährige Ausbildung bei der Schriftleitung einer deutschen Zeitung die Kenntnisse eines Schriftleiters erworben hat (Schriftleiter in der Ausbildung) und dies durch ein Zeugnis der Schriftleitung nachweist.“<sup>88</sup>

Die fachmännische Ausbildung war also eine ausschließlich praktische Bildung, die bei einer deutschen Zeitung absolviert werden musste. Eine spezielle schulische Ausbildung wurde hingegen nicht verlangt. Eine schulische Ausbildung gab es erst ab 1935, als die Reichspreseschule gegründet wurde.<sup>89</sup>

In den §§ 13 - 15 Schriftleitergesetz 1934 werden mehrere Pflichten der Schriftleiter behandelt, die in gewisser Weise gegensätzlich sind und durchaus inneres Konfliktpotential bei den Journalisten hatte. In § 13 des Schriftleitergesetzes steht, dass Schriftleiter die Aufgabe haben die Themen über die sie schreiben „wahrhaft

---

<sup>86</sup> Schoof, Karl: Das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933. Ein Beitrag zur Erforschung des NS-Pressewesens. Univ. Diss., Wien 1968, S.103.

<sup>87</sup> Vgl. Hausjell, Fritz: Die undeutschen und zersetzenden Elemente in Österreichs Presse werden in kürzester Zeit restlos ausgemerzt sein. In: Rathkolb, Oliver/Duckowitsch, Wolfgang/Hausjell, Fritz (Hg): Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreich. Müller Verlag, Salzburg 1988, S. 193.

<sup>88</sup> § 7 Ziffer 1 Schriftleitergesetz.

<sup>89</sup> Vgl. Schoof, Karl: Das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933. Ein Beitrag zur Erforschung des NS-Pressewesens. Univ. Diss., Wien 1968, S. 104.

darzustellen und nach ihrem besten Wissen zu beurteilen.“<sup>90</sup> In § 14 Schriftleitergesetz steht hingegen, dass sie die Pflicht haben „aus den Zeitungen alles fernzuhalten:

1. was eigennützige Zwecke mit gemeinnützigen in einer die Öffentlichkeit irreführenden Weise vermischt,
2. was geeignet ist, die Kraft des Deutschen Reiches nach außen oder im Inneren, den Gemeinschaftswillen des Deutschen Volkes, die deutsche Wehrhaftigkeit, Kultur oder Wirtschaft zu schwächen oder die religiösen Empfindungen anderer zu verletzen,
3. was gegen die Ehre und Würde eines Deutschen verstößt,
4. was die Ehre oder das Wohl eines anderen widerrechtlich verletzt, seinem Rufe schadet, ihn lächerlich oder verächtlich macht,
5. was aus anderen Gründen sittenwidrig ist.“<sup>91</sup>

Der § 15 Schriftleitergesetz verpflichtet den Schriftleiter seinen Beruf gewissenhaft auszuüben und sich beruflich wie auch privat der Achtung würdig zu zeigen.

Es ist hier ganz klar ein Widerspruch zwischen den §§ 13 und 14 des Schriftleitergesetzes zu erkennen, der darauf abzielt die Kontrolle über die Berichterstattung ganz in die Hände des Staates zu legen oder zumindest sie soweit zu beschneiden, dass nur mehr im Sinne des Regimes geschrieben werden kann.

Ein Begriff, der sich ebenfalls auf ein Berufsverbot oder die Erlaubnis zur Berufsausübung auswirkte war die „politische Zuverlässigkeit“. Ein Journalist musste nicht unbedingt Mitglied bei der NSDAP sein um als politisch zuverlässig zu gelten jedoch kann davon ausgegangen werden, dass es bestimmt von Vorteil war. Der Reichsverband der deutschen Presse holte für jeden Antragsteller zwei politische Gutachten ein. Eines von der jeweiligen Gauleitung und das andere von der Gestapo. Das Urteil der Behörden, ob

---

<sup>90</sup> § 13 Schriftleitergesetz.

<sup>91</sup> § 14 Schriftleitergesetz.

jemand politisch zuverlässig war oder nicht, veränderte sich unter dem steigenden außenpolitischen Druck zusehends.<sup>92</sup>

Wenn ein Journalist alle bisher genannten formalen Kriterien erfüllte und eine Genehmigung zur Ausübung des Schriftleiterberufes erhielt, so bedeutete dies die Eintragung in die Berufsliste. Diese Listen lagen bei den Landesverbänden der deutschen Presse auf, deren Leiter auch über die Zulassung, also die Eintragung in oder die Löschung aus der Liste entschieden. Dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda stand es allerdings offen selbst über Zulassung bzw. Löschung zu entscheiden.<sup>93</sup>

In der Berufsliste wurden die Journalisten in vier Kategorien (a-d) eingeteilt. Die letzten beiden Kategorien dienten lediglich der besseren Überschaubarkeit derer, die noch nicht vollständig eingetragen worden waren. Die Darstellung in der Liste a-b wirkte sich dann allerdings auf die Praxis der Journalisten aus. Angehörige der Kategorie a, durften in allen Ressorts tätig werden, wobei sie sich exklusiv für das Politikressort qualifizierten. Schriftleiter, welche die Kategorie b in ihrem Schriftleiterausweis vermerkt hatten waren hingegen nur beschränkt zugelassen. Es erfolgte in der Regel eine von oben entschiedene Zuteilung zu einem bestimmten Ressort, welches auch im Ausweis vermerkt war.<sup>94</sup>

Generell ist klarzustellen, dass es ohne einen solchen Schriftleiterausweis nicht möglich war den Beruf des Journalisten auszuüben. Es gab die Möglichkeit bei einem Berufsgericht die Verweigerung zur Zulassung zu beeinspruchen. Wurde ein Antrag vom Minister für Volksaufklärung und Propaganda persönlich abgelehnt, verfiel dieses Recht. Wie viele bereits abgelehnte Journalisten es tatsächlich auf diesem Weg geschafft

---

<sup>92</sup> Vgl. Hausjell, Fritz: Die undeutschen und zersetzenden Elemente in Österreichs Presse werden in kürzester Zeit restlos ausgemerzt sein. In: Rathkolb, Oliver/Duckowitsch, Wolfgang/Hausjell, Fritz (Hg): Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreich. Müller Verlag, Salzburg 1988, S.193.

<sup>93</sup> Vgl. § 8 Schriftleitergesetz.

<sup>94</sup> Vgl. Schoof, Karl: Das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933. Ein Beitrag zur Erforschung des NS-Pressewesens. Univ. Diss., Wien 1968, S. 109f sowie Hausjell, Fritz: Die undeutschen und zersetzenden Elemente in Österreichs Presse werden in kürzester Zeit restlos ausgemerzt sein. In: Rathkolb, Oliver/Duckowitsch, Wolfgang/Hausjell, Fritz (Hg): Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreich. Müller Verlag, Salzburg 1988, S. 194.

haben, lässt sich, so Hausjell, nicht genau sagen, da es hier einen Mangel an überlieferten Akten sowie wissenschaftlicher Erforschung dieser Problematik gibt.<sup>95</sup>

Stand der eigene Name also nicht auf der Berufsliste für Schriftleiter, wurde in Folge auch kein Schriftleiterausweis ausgestellt und der Beruf des Journalisten wurde einem verwehrt. Dies bedeutete für viele Journalisten dieser Zeit den wirtschaftlichen Ruin und einen enormen, schier unvorstellbaren Einschnitt in deren Leben. Es ist aber auch zu bedenken, dass die Vielen, die vom Regime unerwünscht waren, mehr als nur ihre Arbeit verloren und auch nicht die Möglichkeit auf Antragstellung beim Landesverband hatten.

---

<sup>95</sup> Vgl. Hausjell, Fritz: Die undeutschen und zersetzenden Elemente in Österreichs Presse werden in kürzester Zeit restlos ausgemerzt sein. In: Rathkolb, Oliver/Duckowitsch, Wolfgang/Hausjell, Fritz (Hg): Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreich. Müller Verlag, Salzburg 1988, S. 194.

### **3. Die politische Flugschrift**

Die Flugschrift hatte ihre große Zeit im 16. und 17. Jahrhundert, wo „sie nicht nur Geschichte kommentierte, sondern Geschichte“<sup>96</sup> machte. Sie hatte eine enorm große räumliche und soziale Verbreitung und schuf eine neue Art der Öffentlichkeit. Durch ihre Kompaktheit und Einfachheit in der Erzeugung und Verbreitung fand die Flugschrift auch in den 30er Jahren in Österreich intensive Verwendung.

Schwitalla fasst in seinem Buch die wichtigsten Kriterien von Flugschriften zusammen. Sie sind mehrblättrig, was sie von Flugblättern unterscheidet, sie erscheinen in der Regel nicht periodisch, obwohl er diese Eigenschaft in Frage stellt, da viele Flugschriften regelmäßig herausgebracht wurden. Es fehlt ihnen der feste Einband, was sie klar von Büchern trennt. Die Aktualität ist ein wesentliches Kriterium der Flugschrift und ebenso die Eigenschaft, dass Flugschriften zur Agitation und Propaganda verwendet wurden. Die letzte Eigenschaft ist die Adressierung an ein nichtspezifisches Publikum.<sup>97</sup> Im folgenden Punkt werden die unterschiedlichen Gruppen der in diesen Jahren veröffentlichten illegalen Druckschriften umrissen. Dabei handelt es sich nicht nur um Flugschriften, sondern ebenso um Flugblätter, Broschüren, Tarnbroschüren und Streuzettel, die verteilt wurden.<sup>98</sup>

Die publizistische Arbeit aus dem Untergrund beschränkte sich nicht auf die Revolutionären Sozialisten, auch die Kommunisten und Nationalsozialisten veröffentlichten, nachdem sie von der Österreichischen Regierung verboten wurden, jede nur erdenkliche Form von Druckwerken.

#### **3.1 Die illegale Presse der RS**

In diesem Kapitel wird auf das eigentliche Kernthema dieser Arbeit genau eingegangen und der aktuelle Forschungsstand dargestellt. Die illegale Presse der RS ist ein Überbegriff, der eine Vielzahl von mehr oder weniger periodisch erschienenen

---

<sup>96</sup> Schwitalla, Johannes: Flugschrift. Niemeyer Verlag, Tübingen 1999, S. 1.

<sup>97</sup> Vgl. Schwitalla, Johannes: Flugschrift. Niemeyer Verlag, Tübingen 1999, S. 5-6.

<sup>98</sup> Vgl. Exenberger, Herbert: Sozialistische Flugschriften 1934 - 1938. Flugblätter, Bücher, Broschüren, Tarnbroschüren, Streu- und Klebezettel. Wien 1979, S. 5.

Zeitungen, Broschüren und Flugschriften zusammenfasst und auch den „Informationsdienst der RS“ mit einschließt. Um ein übergreifendes Verständnis für die Probleme bei der Herstellung und Verbreitung von illegalen Druckerzeugnissen zu erlangen sowie den Ausgangspunkt dieser Arbeit offenzulegen, ist eine genauere Beschreibung der Vorgänge unverzichtbar.

Besonders wichtig für die Darstellung des Forschungsstandes ist die verstärkte Einbeziehung der Dissertation von Franz Suppan<sup>99</sup>. Suppan's Ziel war es die Funktionalität der illegalen Publizistik für die RS zu erforschen, wobei er sich hierbei verstärkt auf Interviews mit für dieses Thema relevanten Personen bezieht.<sup>100</sup> Eben diese Interviews und die Rückschlüsse Suppan's, wie auch die Erkenntnisse anderer Autoren, bilden den Grundstock dieses Kapitels. Es endet mit einem kurzen Portrait des „Informationsdienst der RS“, womit der Startpunkt für die Analysen gesetzt wird.

### *3.1.1 Repressionen*

Es wird in dieser Arbeit immer wieder davon gesprochen, dass die Mitarbeiter und Mitglieder der RS, im speziellen jene, die an der Produktion und Verteilung der illegalen Druckschriften beteiligt waren, einem erhöhten persönlichen Risiko ausgesetzt waren. Nun, was kann man sich genau darunter vorstellen?

Wurde ein Mitarbeiter von der Polizei bei der Verteilung von illegaler Publizistik verhaftet, so konnte es zu unterschiedlichen Strafausmaßen kommen, die zum Teil von der Polizei selbst bestimmt wurden. Einerseits erhielt der Verhaftete eine Haftstrafe, die laut Verordnung bis zu drei Monaten betrug aber häufig „mit 6 oder mehr Monaten bestraft wurde“<sup>101</sup> und/oder eine Geldstrafe von höchstens 10.000 Schilling.

---

<sup>99</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989.

<sup>100</sup> Interview mit führenden Persönlichkeiten der RS. Mappe 3. 2. Sept. 1978. DÖW 8083.

<sup>101</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 145.

Andererseits folgte der Polizeistrafe ein gerichtliches Verfahren wegen Hochverrats, der „mit 5 Jahren schweren Kerker“<sup>102</sup> bestraft wurde.

Für die Herstellung und Verbreitung von illegalen Druckschriften gab es demnach eine doppelte Strafe, die Polizeistrafe und die gerichtliche Strafe. Auf die Herstellung von illegaler Publizistik standen ein bis drei Jahre Haft. Galt eine Person als politisch verdächtig, ganz gleich ob es dafür Beweise gab oder nicht, wurde sie in das Anhaltelager in Wöllersdorf gebracht.<sup>103</sup> Durch den politischen Druck aus dem Ausland, der wiederum auf die Berichterstattung der RS zurückzuführen ist, wurde das Strafausmaß 1937 herabgesetzt.<sup>104</sup> In Anbetracht dieser Strafen war die Betätigung in der RS kein ungefährliches Unterfangen und erforderte großen Mut und die Bereitschaft seine Freiheit aufs Spiel zu setzen. Um so beeindruckender wirkt die Anzahl der unterschiedlichen erscheinenden periodischen Druckschriften.

### *3.1.2 Die Vielzahl der RS-Publizistik*

Um ein Bild vom Umfang der RS-Publizistik zu bekommen, bietet sich nachfolgende Auflistung der Druckwerke der RS an. Diese Liste hält sich an die Kategorisierung, die von Suppan in seiner Forschungsarbeit getroffen wurde.<sup>105</sup>

#### *Zentralorgane und theoretische Organe:*

„Arbeiter Zeitung“, „Der Kampf“, „Die Revolution“, „Die Debatte“.

#### *Informations- und Nachrichtendienste:*

„Nachrichtendienst der RS“, „Informationsdienst der RS“, „Mitteilungen des Auslandsbüros österreichischer Sozialdemokraten“, „Mitteilungen des Zentral-

---

<sup>102</sup> Bauer, Otto: Die illegale Partei. In: Klotzbach, Kurt: Drei Schriften aus dem Exil. Berlin - Bonn - Bad Godesberg 1974 S. 104.

<sup>103</sup> Vgl. Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989  
Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 146.

<sup>104</sup> Vgl. Gulick, Charles: Österreich von Habsburg zu Hitler. Forum Verlag, Wien 1976, S. 609.

<sup>105</sup> Vgl. Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 205-272.

Komitees“, „Information der Betriebszellenorganisation der RS“, „Die Opposition“, „Die Zelle“, „Die Sportzelle“.

*Lokalpublikationen der Suborganisationen:*

„Die neue Front“, „Drei Pfeile“, „Der RS-Bote“, „Die Kämpfer“, „Rote Bezirksnachrichten“, „Der Rote Stachel“, „Mitteilungen der Revolutionären Sozialisten Ottakrings“, „Rotes Licht“, „Mitteilungsblatt“, „Roter Ring“, „Der Sozialist“, „Der revolutionäre Stempler“, „Der Funke“, „Rote Post“.

*Publikationen der Einheitsfront:*

„Die Einheitsfront“, „Signal“, „Der Kämpfer“, „Der Rote Rebell“.

*Publikationen der Revolutionären Sozialistischen Jugend:*

„Rote Jugend“, „Der junge Kämpfer“, „Der junge Revolutionär“, „Jungarbeiter Korrespondenz“, „Auslandsdienst“, „Jungprolet“, „Roter Sturm“, „Arbeiterjugend“.

*Publikationen der Revolutionären Sozialistischen Studenten:*

„Rote Vorhut“, „Der Rote Hochschulkampf“, „Der Rote Student“, „Studenten-nachrichten“.

*Publikationen der Roten Hilfe:*

z. B. „Tribunal“.

Bei dieser außerordentlichen Vielfalt an größtenteils periodisch, sei das nun wöchentlich oder monatlich, erscheinenden Druckschriften, wird die Bedeutung eines Nachrichtendienstes klar. Da diese Publikationen von verschiedenen, räumlich von einander getrennten Gruppen geschrieben wurde, musste es eine einheitliche Nachrichtenquelle geben, auf die sich die diversen Gruppen beziehen konnten, um so eine einheitliche Propaganda zu gewährleisten.

*3.1.3 Herstellung illegaler Druckschriften*

Nach den Ereignissen im Februar 1934 und dem unausweichlichen Gang der Partei in den Untergrund, wurden die Produktion der „Arbeiter Zeitung“ sowie anderer Publikationen, wie zum Beispiel „Der Kampf“, nach Brünn in der Tschechoslowakei verlegt. Vor allem als die Untergrundarbeit noch jung war kam der Großteil der Flugschriften aus dieser Gegend, die durch ihre Grenznähe optimal schien. Als eindeutiger Beweis dafür, dass die Organisation sehr gut abgewickelt wurde, ist die Auflagenzahl im ersten Jahr, die mit 60.000 Exemplaren jene der meisten Regierungsblätter übertraf.<sup>106</sup>

Es wäre verhängnisvoll gewesen die Methode der Herstellung nicht ab und an zu ändern, hieß das nun, dass die Druckerei in einem Ort oder gar der Ort selbst gewechselt wurde. So wurde von Brünn nach Wien gewechselt und wieder zurück nach Brünn bzw. nach Bratislava. Die RS begann in Brünn gefertigte Druckplatten nach Wien zu schmuggeln um die „Arbeiter Zeitung“ eben dort zu drucken, da allein der Transport der Druckwerke ein hohes Risiko in sich barg und Zeit in Anspruch nahm. Als diese Druckerei in Wien von der Exekutive entdeckt wurde, verlegte die RS die Produktion wieder in die Tschechoslowakei.<sup>107</sup> Eine der Druckereien, in welcher die RS verschiedene Flugschriften und verbotene Gewerkschaftszeitungen herstellten, war sich in Bratislava, Venturgasse Nummer 15. Allein in einem Monat verließen um die 50.000 Flugschriften diese Druckerei in Richtung Österreich.<sup>108</sup>

Diese großen Mengen an Publikationen konnten nur unter größtem persönlichen Einsatz und Risiko der Mitarbeiter und Funktionäre gewährleistet werden. „Muß die Zeitung im Ausland hergestellt werden, so kann sie ihrer Aufgabe doch nur genügen, wenn sie in sehr enger Verbindung mit der illegalen Partei im Inlande hergestellt werden kann, ihre Korrespondenten und Mitarbeiter im Inland hat, aus dem Inland nicht nur Tatsachenbe-

---

<sup>106</sup> Vgl. Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 112.

<sup>107</sup> Vgl. Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 113.

<sup>108</sup> Vgl. BKA (Gen. f. d. öff. S.) 376. 167/14/7 GZ 302.168. Bericht des Sicherheitsdirektors für das Burgenland an das BKA vom 4. Dez. 1935. In: Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 113.

richte und Beiträge, sondern auch Anregungen, Ratschläge und Weisungen empfängt.“<sup>109</sup> Diese von Hübner beschriebene enge Zusammenarbeit war sicherlich nicht nur für den Ablauf an sich von Bedeutung, sondern wirkte sich auch auf die Glaubwürdigkeit und Wirkung der Inhalte aus.

Es ist zu beachten, dass die Herstellung der Druckwerke z.B. in der Tschechoslowakei vorerst legal war. Erst durch den illegalen Schmuggel nach Österreich bekamen sie ihren illegalen Charakter. Ab Februar 1936 griff das Austrofaschistische Regime genau diesen Punkt auf. Es verpflichtete die tschechoslowakischen Behörden den Schmuggel, der für die RS die einzige Möglichkeit war, im Ausland gedruckte Flugschriften nach Österreich zu bringen, zu untersagen.<sup>110</sup>

Die Auflagenhöhe der erscheinenden illegalen Publikationen hing im Wesentlichen von drei Faktoren ab. Erstens von der Sicherheit, worunter die Geheimhaltung der Produktionsstätten, der Namen der Redakteure, der Schmuggelrouten und der Zwischenlager fielen. Zweitens vom Faktor Papier, der im Grunde die Beschaffung von Papier betraf und letztlich der Faktor Druckgeräte, was prinzipiell die Beschaffung einer Druckmöglichkeit betraf. „Die angesprochene Rezipientenschaft unterstützte die oft geringen Auflagen durch die Weitergabe an gleich gesinnte Personen, sodaß auch trotz geringer Auflagen ein breiteres Publikum erreicht werden konnte.“<sup>111</sup>

Der Faktor der Sicherheit wird im Punkt Tarnung genauer beleuchtet, weshalb an dieser Stelle nur die Faktoren Papier und Druckgeräte kurz umrissen werden. Für beide Faktoren war die Tatsache ausschlaggebend, dass mit dem Verbot der Partei deren sämtliches Eigentum, u.a. auch Schreibmaschinen, Vervielfältigungsapparate und Papier, beschlagnahmt wurde. Die Beschaffung von technischem Gerät und Papier war spätestens ab August 1934 ein gefährliches Unterfangen, da ab diesem Zeitpunkt die

---

<sup>109</sup> Hübner, Karl L.: Illegale österreichische Presse 1933-1938. Univ. Diss., Wien 1969, S. 228.

<sup>110</sup> Vgl. Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 126.

<sup>111</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 115.

Besitzer von Papierhandlungen gesetzlich dazu verpflichtet waren nur gegen Name und Adresse, die wiederum an die Behörden weiterzugeben waren, bestimmte Artikel zu verkaufen bzw. Auffälligkeiten bei der Polizei zu melden.<sup>112</sup> Diese gesetzliche Änderung machte es ungleich schwerer an Papier zu kommen als zuvor, insbesondere an die erforderliche Menge, um die gewünschte Reichweite zu erzielen.

Die fehlenden Vervielfältigungsgeräte wurden durch kleine Druckereien ersetzt, von denen die meisten durch Hans Pav, der die technische Leitung innehatte, angeworben wurden. Als im Oktober 1934 in Wien neben anderen auch Pav festgenommen wurde, entschloss sich die Führung der RS den Großteil der Produktion wieder ins Ausland zu verlegen.<sup>113</sup> Nachdem zu Anfang alles gut und ohne viele Probleme zu laufen schien, wuchsen die Probleme im Laufe der Zeit, da sich die Exekutive immer besser auf die Methoden der RS einstellen konnte und öfter Erfolge erzielte.

„Im Frühjahr und im Sommer 1934 war es nicht allzu schwierig, gegen entsprechendes Entgelt in kleinen Druckereien - in manchen Fällen allein nach einem Appell an die Gesinnung des Druckers oder seiner Angestellten - in Wien drucken zu lassen.“<sup>114</sup>

Die Möglichkeit im Ausland zu drucken scheint oberflächlich betrachtet die perfekte Lösung zu sein, um dem steigenden Risiko in Österreich auszuweichen. Jedoch stellte der Schmuggel und später das Verbot des grenzüberschreitenden Transportes in der Tschechoslowakei ein mindestens ebenso großes Risiko dar. Um die Verbreitung sozialistischer Ideen und Parolen so gut wie möglich zu gewährleisten und gegebenenfalls durch Beschlagnahmung von Druckwerken verursachte Unregelmäßigkeiten bei der Erscheinung zu kompensieren, verbreitete die RS so genannte „technische Blätter“ unter den Funktionären, in denen verschiedenste

---

<sup>112</sup> Vgl. Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 119.

<sup>113</sup> Vgl. Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 116.

<sup>114</sup> Leichter, Otto: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs revolutionäre Sozialisten 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1968, S. 190.

Vervielfältigungsmethoden beschrieben wurden.<sup>115</sup> Ziel dieser Strategie war es, jedem einzelnen Funktionär die Möglichkeit und vor allem das Handwerkszeug zu geben, um eigene Streuzettel oder Flugblätter zu verbreiten. Zu den angewandten Methoden zählten das Hektographieren, das Lehm- und Tonverfahren, das Stempeldruckverfahren, das Beschreiben einer Wachplatte, der Linoleumschnitt, die fotografische Technik und das Abziehverfahren.<sup>116</sup> Das Abziehverfahren war die am häufigsten verwendete Methode und soll deshalb im folgenden Absatz kurz erläutert werden.

Beim Abziehverfahren musste der Text mit einer Schreibmaschine auf eine Matrize geschrieben und mittels Abziehverfahren vervielfältigt werden. „Die Herstellung auf Abziehapparate war zweckmäßig, da die Mitglieder und Mitarbeiter der RS vielfach über Schreibmaschinen mit kleinen Typengrößen verfügten, die auch bei kleinformatischen Ausgaben genügend Inhalt bringen konnten. Auf solchen Schreibmaschinen wurde dann der größte Teil der illegalen Literatur, soweit sie in Österreich auf Abziehapparaten vervielfältigt wurde, geschrieben.“<sup>117</sup> Allein der Besitz einer solchen Schreibmaschine bedeutete ein großes persönliches Risiko. Die Aufgabe des Abziehens, als letzten Schritt, übernahmen sehr oft anonyme, arbeitslose Buchdrucker.

#### *3.1.4 Tarnung bzw. Sicherheitsmaßnahmen der RS*

Vorausgesetzt es gelingt einem sich selbst in die Situation der Funktionäre und Mitarbeiter der RS hineinzusetzen, wird schnell klar, dass bestimmte Sicherheitsvorkehrungen notwendig sind. Nicht nur für den störungsfreien Ablauf der Herstellung und Verbreitung, sondern auch zum Schutz der Menschen die dahinter stehen. Nicht nur zum Schutz derer die schrieben, vervielfältigten oder schmuggelten, sondern auch der Leser, der Abonnenten und jener, welche die illegalen Druckschriften

---

<sup>115</sup> Vgl. Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 119.

<sup>116</sup> Vgl. Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 119.

<sup>117</sup> Interview mit führenden Persönlichkeiten. Mappe 3. 2. September 1978. Interview mit Otto Leichter. S. 38-39.

weitergaben. An dieser Stelle wird auf die wesentlichen Maßnahmen, wie die Verschlüsselung von Texten, die Tarnung von Texten sowie die Tarnung der Organisation eingegangen werden.

Die Verschlüsselung von Texten kam besonders dann zum Tragen, wenn Informationen von einem Ort an einen anderen gebracht werden mussten. So erschienen Nachrichten, die aus Wien kamen und z.B. nach Brünn geschickt wurden, oft als sinnloser Text. Bevor sie gelesen und zu einem Text verarbeitet werden konnten mussten sie entschlüsselt werden. Das konnte nun entweder mit Hilfe eines speziellen Wörterbuches geschehen, von dem sich ein Exemplar in Wien, beim Absender, und eines beim Empfänger befinden musste. Andernfalls konnte die Nachricht nicht entschlüsselt werden. Eine zweite Methode die angewendet wurde war der Einsatz von chemischer Tinte.<sup>118</sup> Hier wurde auf ein mit einem beliebigen Text beschriebenen Blatt Papier mit chemischer Tinte die eigentliche Nachricht, diese jedoch unlesbar, geschrieben.

Die Maßnahmen, die gesetzt wurden, um die Organisation zu tarnen, kann als Anonymisierung zusammengefasst werden und zwar zum Zweck der Anonymität nach außen wie nach innen. Einerseits verwendeten die Redakteure und Mitarbeiter Pseudonyme, „um einer Denunziation und Bepitzelung durch die Geheimpolizei zu entgehen“<sup>119</sup>. Das ging soweit, dass sie oftmals die richtigen Namen der engsten Mitarbeiter nicht kannten. Andererseits gab es strenge Sicherheitsmaßnahmen in Bezug auf das Impressum, dass es entweder gar nicht gab oder wenn doch, dann mit falschen oder verschlüsselten Angaben.<sup>120</sup> Das Risiko des Auffliegens der gesamten Organisation wurde dadurch minimiert, dass nicht nur die Herstellungsorte, wie schon besprochen, sondern auch die einzelnen Produktionsschritte räumlich getrennt und so „Redaktion,

---

<sup>118</sup> Vgl. Interview mit Josef Haas. S. 3.

<sup>119</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 117.

<sup>120</sup> Vgl. Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 117.

Satz und Druck in verschiedenen Orten und verschiedenen Häusern untergebracht<sup>121</sup> waren. Durch diese Maßnahmen konnte die illegale Tätigkeit der RS gesichert werden.

Es wurden auch ganze Broschüren als Tarnschriften hergestellt, was meistens bei lokalen Publikationen der Fall war. Dies hatte den Zweck die Gefahr der Beschlagnahmung einzudämmen sowie dem Rezipienten und dem Verteiler gewissen Schutz zu bieten. Tarnbroschüren sind „jene Druckerzeugnisse, die unter einem harmlosen, unverfänglichen Umschlag, zum Teil mit fingierten Impressum (Verlag, Druckort, Jahr) als Absicherung gegen polizeilichen Zugriff und zum Schutz der Verbreiter und Leser, antifaschistischer Tarnschriften enthalten.“<sup>122</sup> Als harmlose Umschläge wurden in der Regel „Werbetexte, Liederbücher, Kreuzworträtsel oder Fahrpläne gewählt“<sup>123</sup>, die dann auch an Leute verteilt wurden, die nicht offenkundig Sympathisanten der Partei waren.

Diese Tarnschriften hielten sich ebenso, wenn nicht sogar noch genauer an die Sicherheitsvorkehrungen, wie die Verwendung von Pseudonyme und das Auslassen des Impressums. Als Tarnschriften erschienen z. B. „Rote Jugend“, die Flugschrift der „Revolutionär Sozialistischen Jugend Österreichs“, „Die Rote Vorhut“, die Flugschrift der „Revolutionären Sozialistischen Studenten“.<sup>124</sup> Bis auf die optische Gestaltung und besondere Form der Verbreitung unterschieden sich die Tarnschriften nicht von der „normalen“ illegalen Publizistik der RS.

Im folgenden Punkt wird weiter auf die Organisation der RS eingegangen und im Speziellen auf die Methoden und Besonderheiten bei der Verbreitung der illegalen Publizistik.

---

<sup>121</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 117.

<sup>122</sup> Gittig, Heinz: Illegale antifaschistische Tarnschriften 1933 - 1945. Bibliografisches Institut, Leipzig 1972, S. 11.

<sup>123</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 124.

<sup>124</sup> Vgl. Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 124.

### 3.1.5 Transport und Verbreitung der illegalen Publizistik der RS

Der Transport der illegalen Druckschriften der RS, hierbei ist der Transport aus dem benachbarten Ausland nach Österreich gemeint, war eine sehr heikle Angelegenheit. Der Schmuggel war die einzig wirklich effiziente Methode, um eine große Anzahl an Exemplaren von den Druckereien, z. B. in Brünn, nach Österreich zu bringen. Bisher wurde immer nur das Beispiel Tschechoslowakei für die ausländische Produktion genannt, doch auch aus anderen Ländern wurden illegale Druckwerke nach Österreich geschmuggelt.<sup>125</sup> Neben den Schmuggelrouten aus der Tschechoslowakei wurden auch aus Jugoslawien, Ungarn und der Schweiz illegale Transporte durchgeführt. Mit großem Erfolg, wie folgendes Zitat aus dem „Informationsdienst der RS“ zeigt.

„Immer wieder taucht die Arbeiter-Zeitung in den Betrieben und in allen Städten und größeren Orten ganz Österreichs auf, in Bregenz gleicher Weise wie in Gmünd, in Klagenfurt gleicher Weise wie in Selztal und in Wien.“<sup>126</sup> Diese Aussage bezieht sich zwar auf die „Arbeiter Zeitung“. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass solche Angaben auch auf den „Informationsdienst der RS“ zutreffen, wenngleich auch nicht im selbem Ausmaß, da die Methoden des Transports für alle Druckwerke aus dem Ausland gleich waren. Sicherlich gab es auch Unterschiede in der Verbreitung, weil das Zielpublikum nicht gänzlich übereinstimmte und sich auch die Dimension der Auflagen unterschieden.

Da sich die Wege und Methoden der Schmuggler, um nicht von den Grenzbeamten erwischt zu werden, oft änderten, gibt es keine für damals typische Variante. Dennoch soll an dieser Stelle kurz geschildert werden, welche Tricks und Wege die Schmuggler benutzten, um ihr Ziel zu erreichen. Grundsätzlich ist zu erwähnen, dass zu Beginn der Schmuggeltätigkeiten der RS Freiwillige diese Aufgaben übernahmen. Als es dann immer schwerer wurde illegales Material nach Österreich zu schaffen, griffen die RS

---

<sup>125</sup> Vgl. Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 131.

<sup>126</sup> „Informationsdienst der RS“: 22. Nov. 1936. S. 1.

auf professionelle Schmuggler zurück, die natürlich bezahlt werden mussten.<sup>127</sup> Zum Punkt der Finanzierung wird im Unterkapitel 3.1.6 Stellung genommen.

Die Druckwerke wurden entweder in Rucksäcken über kleine Pfade, in präparierten Kraftfahrzeugen, z. B. mit doppelten Böden sowie mit kleinen Booten über die Grenze gebracht.<sup>128</sup> Dem Einfallsreichtum der Schmuggler waren keine Grenzen gesetzt. Ebenso wurden Großereignisse, die einen gesteigerten Grenzverkehr vermuten ließen, effizient ausgenutzt, um noch größere Mengen an Material zu schmuggeln. In diesem Sinne wurde z.B. der Zeitpunkt der Eröffnung der Wiener Frühjahrsmesse genutzt, um ein Vielfaches der sonst üblichen Publikationen einzuschleusen, da mit diesem Ereignis ein stärkerer Besucherandrang aus dem Ausland - auch aus der Tschechoslowakei - erwartet werden konnte.<sup>129</sup>

Obwohl die Organisation und Durchführung des Transports gut zu funktionieren schien, worauf auf Grund mehrerer Aussagen in den Interviews zu schließen ist, kam es dennoch zu Beschlagnahmungen von Material, wozu nicht nur die Druckschriften, sondern auch die Transportmittel zählten sowie zu Verhaftungen der Schmuggler bzw. Fahrer. Aber nicht nur Material und Personal war durch Kontrollen der Grenzbeamten und der Polizei gefährdet, sondern auch wichtige, geheime Informationen über die Organisation selbst. So fiel in der Anfangszeit der illegalen Tätigkeit der RS bei einer Kontrolle der Verteilungsplan in die Hände der Exekutive, was zu zahlreichen Verhaftungen führte, und sich wiederum negativ auf das Funktionieren des Verteilungsapparates auswirkte.<sup>130</sup> Allein anhand dieses Beispiels ist ersichtlich wie wichtig der Transport damals war. Sein Stellenwert war ebenso hoch wie jener der Herstellung und der Tarnung.

---

<sup>127</sup> Vgl. Leichter, Otto: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs revolutionäre Sozialisten 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1968, S. 192.

<sup>128</sup> Vgl. Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 127-130 sowie Wisshaupt, Walter: Wir kommen wieder! Eine Geschichte der Revolutionären Sozialisten Österreichs 1934 - 1938. Verlag d. Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1967, S. 50.

<sup>129</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 128.

<sup>130</sup> Vgl. Leichter, Otto: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs revolutionäre Sozialisten 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1968, S. 199.

Die Verbreitung, also die Verteilung der illegalen Druckschriften in Österreich, stellt ein vom Transport getrenntes Problem dar. Nachdem die Schmuggler das Material über die Grenze brachten, wurde es dann wiederum von anderen Leuten abgeholt, um es an den Bestimmungsort, der meistens Wien war, zu bringen. Für den Bestimmungsort gab es wiederum ein eigenes Verteilungsnetzwerk, das für den letzten, nicht minder gefährlichen Schritt, aufgebaut wurde. Das in den folgenden Absätzen beschriebene Verteilungssystem ist nun auch für die in Wien hergestellten Druckschriften relevant.

Die Verbreitung illegaler Druckschriften, z. B. der „Arbeiter Zeitung“, innerhalb Österreichs wurde über den Postweg oder mittels Bahn erledigt. Einerseits war gerade der Postweg eine sehr teure Art und Weise, andererseits bedeutete er für den Empfänger ein gesteigertes Risiko. Um diese Möglichkeit der Verbreitung einzudämmen wurde an die Behörden eine Weisung ausgegeben, die besagte, dass „Expres-, Eil- und Frachtgutsendungen, die an eine aufgelöste Organisation oder Vereinigung der sozialdemokratischen Partei adressiert einlangen, [...] vom Bestimmungsbahnhofe so rasch als möglich der örtlich zuständigen Bundespolizeibehörde oder dem nächst erreichbaren Gendarmerieorgan zur Anzeige zu bringen“<sup>131</sup> sind.

Ein großer Vorteil war, dass die Sozialdemokraten schon vor dem Gang in die Illegalität einen gut funktionierenden Kolportageapparat aufgebaut hatten, auf den sie auch in der Illegalität zurückgreifen konnten. Die nach Österreich geschmuggelten Druckschriften, wie auch die im Inland hergestellten, wurden in getarnter Form in festgelegten Verteilungsdepots zwischengelagert. Ausgehend von diesen Depots, von denen es in Wien in fast jedem Bezirk welche gab, wurden die Druckwerke von wenigen Leuten an „Jugendliche, Jungfrontleuten, Schutzbündlern und Betriebsarbeitern verbreitet.“<sup>132</sup> Diese Depots stellten ein erhöhtes Sicherheitsrisiko dar, waren sie doch stationär und so der Gefahr der Beobachtung durch Polizei verstärkt ausgesetzt. „Obwohl man große

---

<sup>131</sup> BKA (Gen. f. öff. S.) 137.155/14/7, 19. März 1934 In: Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 134.

<sup>132</sup> Interview mit K. Czernetz. S. 2.

Sorgfalt walten ließ – es gab festgesetzte Zeichen und Zeiten für den Zutritt – wurden dennoch einige Depots von der Polizei ausgehoben.“<sup>133</sup>

Von da an erfolgte die Verbreitung auf einer persönlichen Ebene. Das bedeutet, dass jeder der eine Flugschrift der RS besaß, sie an Freunde, Verwandte, Kollegen oder Nachbarn weitergab, solange deren politische Einstellung bekannt war. „Illegale Schriften wurden auch vielfach in Briefumschlägen oder Türschlitzen gesteckt, ihre Leser aufgefordert, diese nur hinter verschlossenen Türen zu lesen, um so jedes Risiko auf ein Minimum zu reduzieren.“<sup>134</sup>

Die Verbreitung von Flugblättern und Streuzettel wurde durch eine eigens dafür gegründete Organisation, die „RS-Stosstruppen“ oder auch „Rote Stossbrigade“ genannt, durchgeführt. Die Großteils aus ehemaligen Schutzbündlern bestehende Gruppe nutzte z. B. „den Fussballländerkampf CSR - Österreich, der am 23. März 1936 im Stadion stattfand, zu einer Streuzettelaktion. Unmittelbar nach dem Schlußpfiff wurden in vier Sektoren des Stadions gleichzeitig viele zehntausende Streuzettel geworfen.“<sup>135</sup>

Dieser äußerst gut organisierte und strukturierte Verteilungsmechanismus machte eine herausragende Dichte von sozialdemokratischer Propaganda erst möglich. Im ersten Jahr in der Illegalität wurden von Regierungsseite um die 3000 unterschiedliche illegale Flugblätter und Zeitungen beschlagnahmt.<sup>136</sup>

### *3.1.6 Finanzierung*

---

<sup>133</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 138.

<sup>134</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 133.

<sup>135</sup> Wisshaupt, Walter: Wir kommen wieder! Eine Geschichte der Revolutionären Sozialisten Österreichs 1934 - 1938. Verlag d. Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1967, S. 189.

<sup>136</sup> Vgl. Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 136.

Die Finanzierung der illegalen Organisation war das größte Problem der RS, das sich auf alle Tätigkeitsbereiche auswirkte. Vor dem Februar 1934 war die finanzielle Situation mehr als gut gewesen, da die zahlreichen Mitglieder durch Massenbeitragszahlungen die Partei stützten. Durch die nun veränderte politische Lage waren solche Massenzahlungen nicht mehr durchführbar. Auch die wirtschaftliche Situation der Arbeiter ließ nicht viel Spielraum. Somit fiel die der finanziellen Hilfsleistungen, welche durch die sozialdemokratische Partei vor ihrem Verbot geleistet wurde, weg.

„Das periodische Erscheinen der illegalen Publikationen konnte nur durch zahlreiche Spenden der Sozialistischen Arbeiter-Hilfe, der Roten Hilfe, der Sozialistischen Internationale und der weiterhin – wenn auch nicht in der benötigten Breite – kontinuierlich bezahlten Mitgliedsbeiträge sichergestellt werden.“<sup>137</sup>

Ein großer Teil der finanziellen Unterstützung erhielten die RS von anderen Sozialistischen Organisationen, wie „der Sozialistischen Arbeiter – Hilfe, der Roten Hilfe, der Sozialistischen Internationale“<sup>138</sup>, die auch verstärkt im Ausland Gelder akquirierten. Die Einnahmen durch die illegalen Zeitungen allein konnten nicht annähernd diese selbst finanzieren, weshalb z. B. die Flugblätter oder lokalen, mit dem Abziehverfahren hergestellten Broschüren, aus eigener Tasche finanziert werden mussten.

### **3.2 Funktionen der illegalen Presse**

Suppan beschreibt in seiner Arbeit fünf Funktionen der illegalen Publizistik der RS, auf die an dieser Stelle kurz eingegangen wird. Neben der „Propagandafunktion“ schreibt Suppan der illegalen Publizistik eine „politische Funktion“, eine „Kritik- und Kontrollfunktion“, eine „Artikulationsfunktion“ sowie eine „Informationsfunktion“ zu.<sup>139</sup> Der Umfang in dem hier auf die Funktionen der illegalen Presse eingegangen wird, bleibt

---

<sup>137</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 143.

<sup>138</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 143.

<sup>139</sup> Vgl. Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 143.

beschränkt, wäre es doch vermessen zu behaupten in nur wenigen Seiten den gesamten funktionalen Gehalt der publizistischen Tätigkeit der RS behandeln zu können. Der folgende Abschnitt soll lediglich einen notwendigen Grundstock an Überlegungen beinhalten, auf den später in dieser Arbeit noch Bezug genommen wird.

### *Propagandafunktion*

Spricht Suppan von einer „Propagandafunktion“, bezieht er sich auf Definitionen von Koszyk, Clause und Laswell, denen allesamt gemeinsam ist, dass es sich bei dem Begriff der Propaganda um die Bezeichnung für die Beeinflussung und Manipulation der Meinungen und Einstellungen einer großen Menschenmenge handelt. Suppan versteht sie „als rein politische Einflußnahme, [...] deren Initiatoren in Form von Parteien und Interessenvertretungen schon vor der bewußten, gezielten Propaganda organisiert waren.“<sup>140</sup> Schon vor dem Februar 1934 gab es in der Organisation der Partei eine für Propaganda zuständige Stelle.

„Die Hauptfunktion der RS-Propaganda lag in einer Art Zersetzungspropaganda gegen das bestehende politische und gesellschaftliche System und in der Verbreitung und Veröffentlichung von Werten, Normen und Denkweisen sozialistischer Politik.“<sup>141</sup> Es ist deshalb davon auszugehen, dass der Wahrheitsgehalt der Inhalte der illegalen Publikationen der RS sich nicht selten dem Zweck der Propaganda unterwerfen musste – was naturgemäß oft Einfluss auf den Wahrheitsgehalt von Meldungen hatte.

Besonders die Häufigkeit und Regelmäßigkeit der Versorgung der Menschen mit sozialistischer Propaganda war von großer Wichtigkeit, sollte es schließlich durch sie „für einzelne Personen leichter oder überhaupt erst möglich sein, politische, soziale oder wirtschaftliche Vorgänge im Ständestaat gemäß sozialistischer Ideologie zu

---

<sup>140</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 152.

<sup>141</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 153.

verstehen."<sup>142</sup> Auch aus diesem Grund waren periodisch erscheinende Zeitungen und Broschüren von so großer Bedeutung für die RS, musste sie doch auf tagesaktuelle Geschehnisse schnell reagieren können, um die Beeinflussung der Bevölkerung durch die Regierungsblätter und legalen Zeitungen zu unterbinden. Anfangs wurden trotz des Verbotes der Partei öffentliche Kundgebungen abgehalten, auf welche die Organisation allerdings nach zahlreichen Verhaftungen verzichtete. So trug die Publizistik der RS fast allein die Verantwortung für die Verbreitung sozialistischer Ideen. Unterstützt wurde sie durch die persönliche Mundpropaganda, die, ebenfalls von der RS organisiert, von „Versicherungsagenten“ oder „Bücherreisenden“ betrieben wurde.<sup>143</sup>

### *Politische Funktion*

Wesentliche Aufgabe der Massenmedien, in Bezug auf ihre politische Funktion, ist die Erzeugung und Aufrechterhaltung von Öffentlichkeit. Es ist ihre Aufgabe durch Information und Kritik eine Transparenz in politischen Angelegenheiten herzustellen.<sup>144</sup> Die restriktive Pressepolitik und Gesetzgebung des austrofaschistischen Regimes machte die Erfüllung dieser Funktion unmöglich, da die legalen Zeitungen einer strengen Kontrolle und Zensur unterlagen. Die ungleiche Machtverteilung auf dem politischen Sektor spiegelte sich auch in der Verteilung der publizistischen Machtverhältnisse wieder. Die politisch unterdrückten Gruppen hatten auch auf publizistischer Ebene keine Stimme und somit keine Chance Kritik zu üben bzw. nicht gefärbte Informationen zu erhalten.

Genau hier verortet Suppan die politische Funktion der illegalen Presse der RS, die genau diesen Zustand zu kompensieren versuchte. „Durch die Herstellung einer Gegenöffentlichkeit wurden politische Entscheidungsprozesse teilweise transparenter gestaltet, der sekundäre Erfahrungsbereich der Bevölkerung erweitert und dem

---

<sup>142</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 156.

<sup>143</sup> Vgl. BKA (Gen. f. d. öff. S.) 302.184/22gen. vom 13. Jänner 1935 In: Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 162.

<sup>144</sup> Vgl. Burkart, Roland: Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. Böhlau Verlag, Wien - Köln 2002, S. 144.

Alltagsbewußtsein zugänglich gemacht.“<sup>145</sup> Ohne die Dichte an Information, welche die RS sicherstellte, wäre es nicht gelungen eine solche Gegenöffentlichkeit zu erzeugen. Es ist dabei aber zu bedenken, dass auch die Information der RS nicht ungefärbt war und somit die Aufgabe, eine durch die Massenmedien hergestellte Öffentlichkeit, die „unverzerrt und unparteilich die gesellschaftlichen Positionen und Konflikte spiegeln muß“<sup>146</sup> zu erzeugen, nicht erfüllt wurde.

„Durch die Veröffentlichung von Mängeln und Fehlern der autoritären Regierung wurde die RS-Presse zum funktionellen Bestandteil der Konfliktsteigerung. Durch die Auseinandersetzung mit dem herrschenden System war es gewissermaßen möglich, eine eigene Politik zu machen.“<sup>147</sup>

### *Kritik- und Kontrollfunktion*

Die Kritik- und Kontrollfunktion der Massenmedien ist bestimmt die wichtigste Aufgabe, die Medien in einem Gesellschaftssystem haben. Zur Zeit des österreichischen Ständestaates war es auf Grund der eingangs geschilderten gesetzlichen Maßnahmen seitens der Regierung nicht möglich als legales Medium diese Funktion ausreichend zu erfüllen. „Diese wurde hauptsächlich über die illegalen Medien betrieben, die fern jeglicher staatlicher Einflussnahme agieren konnten.“<sup>148</sup> Gerade der Umstand, dass sie in der Illegalität arbeiten mussten, war die einzige Möglichkeit die politischen Verhältnisse zu kritisieren.

Aus diesem Grunde schreibt Suppan, dass die Rolle der RS der einer Oppositionspartei nicht unähnlich war, da sie wie eine solche zu allen aufkommenden politischen Fragen

---

<sup>145</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 166.

<sup>146</sup> Politische Kommunikation: Eine Einführung. Projektgruppe am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität München. Berlin 1976 In: Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 168.

<sup>147</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 178.

<sup>148</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 188.

Stellung nahm.<sup>149</sup> Sie befasste sich mit Verdachtsfällen der Korruption, der schlechten wirtschaftlichen Lage im Land und auch mit der sozialen Lage der Arbeiter. „Durch die illegale Presse wurde somit Anwaltschaft für sozial schlechter gestellte Bevölkerungssegmente erhoben, die Problematik sozialer Differenzen der Öffentlichkeit - wenn auch eine beschränkte Zugänglichkeit bestand - bekannt gemacht.“<sup>150</sup> Ihr übergeordnetes Ziel war es, das gegenwärtige politische System durch ein demokratisches mit sozialistischer Gesinnung zu ersetzen.

### *Artikulationsfunktion*

„Im Ständestaat war keine Kommunikationsgerechtigkeit gegeben, eine einseitige Steuerung der Gesellschaft seitens der politischen Machthaber wurde angestrebt.“<sup>151</sup> Die Artikulationsfunktion betrifft also die Möglichkeit auf Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs. Mit dem Verbot der sozialdemokratischen Partei wurde einer bestimmten Gruppe von Menschen genau diese Möglichkeit genommen. Suppan beschreibt nun weiter zwei Entwicklungen, die auf eine Beschneidung der Freiheit einer Gesellschaft folgen kann. Entweder die „freie Meinungsäußerung verstummt völlig“<sup>152</sup> oder die Journalisten arbeiten weiter, allerdings aus dem Untergrund heraus.

Die illegalen Druckschriften der RS gab der Arbeiterschaft eine Stimme und die Möglichkeit abseits von der einseitigen Informationspolitik der Regierung sich eine freie Meinung zu bilden. Der Diskurs von Problemen, welche die Arbeiter betrafen wurde somit wieder ermöglicht. „Die illegale Presse sollte dem Bedürfnis nach freier Aussprache über alle Probleme der Arbeiterschaft und dem Ausbau der inneren

---

<sup>149</sup> Vgl. Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 189.

<sup>150</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 193.

<sup>151</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 195.

<sup>152</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 195.

Demokratie in der Partei dienen.“<sup>153</sup> Vor allem die interne Artikulation der Parteiorganisation war durch das Verbot stark eingeschränkt worden und so wurde vom Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokraten die „Debatte“ ins Leben gerufen um dieses Loch zu stopfen. Es sollte die Werte und Vorstellungen der Partei präsentieren und den einzelnen Mitgliedern und kleinen Funktionären eine Möglichkeit zum Diskurs bieten. Mit dieser Zeitschrift wollten die RS die Artikulationsfunktion innerhalb der Organisation erfüllen, waren damit aber nur beschränkt erfolgreich. Nur ein kleiner Teil der Mitglieder nutzte dieses Mittel des Austausches über politische Belange.

### *Informationsfunktion*

Die letzte der fünf Funktionen der RS-Publizistik stellt die Informationsfunktion dar, die zwar offensichtlich erscheint, bei der aber verstärkt die begleitenden Umstände beachtet werden müssen. Burkert schreibt, dass Information „das subjektive Wissen des Empfängers erweitert, indem sie dessen Unkenntnis bzw. sein subjektives Nicht - Wissen verringert oder beseitigt.“<sup>154</sup> Information soll also einen Charakter der Neuigkeit besitzen und zum Prozess der Meinungsbildung beitragen.

Diese Eigenschaft von Information ist vor allem für das Verständnis und das Funktionieren von demokratischen Gesellschaften besonders wichtig. In solchen demokratischen Systemen ist es die Aufgabe der Medien einen „Informationspluralismus“ zu erzeugen, der alle Gruppen innerhalb dieses Systems auf gleiche Weise betrachtet.<sup>155</sup> Wird diese Forderung auf das Pressewesen im österreichischen Ständestaat angelegt, besagt der aktuelle Forschungsstand, dass genau dieser „Informationspluralismus“ nicht gewährleistet werden konnte. Dieser wurde mit Hilfe der gesetzlichen Verordnungen der Regierung verhindert.

---

<sup>153</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 195.

<sup>154</sup> Burkert, Roland: Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. Böhlau Verlag, Wien - Köln 2002, S. 152.

<sup>155</sup> Vgl. Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 198-199.

Weiters formuliert Suppan in seiner Forschungsarbeit fünf wesentliche Leistungen der RS-Publizistik, die sich auf die Informationsfunktion von Massenmedien im allgemeinen beziehen.<sup>156</sup> Die erste dieser Leistungen war die Herstellung genau dieses „Informationspluralismus“. Eng an diese, knüpft sich die zweite Leistung, die darin bestand, Nachrichten bzw. Information zu veröffentlichen, die von der Regierung unterschlagen wurden und deshalb auch nicht in den legalen Zeitungen erscheinen konnten. Aufgrund der Gewährleistung der ersten beiden Leistungen, konnte der Arbeiterschaft, die als direktes Zielpublikum der RS-Presse galt, die Beteiligung „am Prozeß der politischen Meinungs- und Willensbildung“<sup>157</sup> ermöglicht werden.

Eine ebenfalls nicht zu unterschätzende Aufgabe der RS-Publizistik war die Versorgung der ausländischen Medien mit Information bzw. Nachrichten. Es gab zwar Korrespondenten ausländischer Zeitungen in Wien, diese waren aber ebenso auf die Berichterstattung der Massenmedien angewiesen wie die Bevölkerung selbst.

Die letzte der fünf Leistungen, welche die RS-Presse erbrachte, war die interne Kommunikation der verbotenen Partei. Die Möglichkeiten Treffen, Versammlungen oder Kundgebungen durchzuführen waren so stark eingeschränkt, dass hier eine Notwendigkeit der Informationsversorgung der Mitglieder auftrat, die durch die RS-Publizistik erfüllt wurde.

Der Informationspflicht von Medien steht aber ebenso ein Informationsbedürfnis von verschiedensten Gruppen bzw. Parteien gegenüber, dass sich auf die konkrete Gestaltung der Information, also z.B. auf die Nachrichtenselektion, auswirkt.<sup>158</sup> Wie schon erwähnt ist der Wahrheitsgehalt der Nachrichten der RS-Publizistik genauso wie

---

<sup>156</sup> Vgl. Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 198-200.

<sup>157</sup> Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 200.

<sup>158</sup> Vgl. Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 202-103.

jener der legalen Presse bzw. Regierungs-Presse im Hinblick auf dieses Phänomen hin zu berücksichtigen.

### **3.3 Der „Informationsdienst der RS“ als Nachrichtenquelle**

An dieser Stelle wird kurz erörtert, was Suppan in seiner Forschungsarbeit über den „Informationsdienst der RS“ herausgefunden hat. Im Ergebnisteil dieser Arbeit, werden diese Informationen ergänzt, erweitert oder kritisiert.

Der „Informationsdienst der RS“ wurde ab Oktober 1934 mit der Absicht hergestellt, diesen wöchentlich herauszubringen. Ein tatsächliches periodisches Erscheinen konnte allerdings erst ab 1937 sichergestellt werden. Zu Anfang war der „Informationsdienst der RS“ als reines Informations- und Schulungsblatt für die aktiven Mitglieder gedacht, in dem er „Stellungnahmen der Partei zu den Zeitereignissen“<sup>159</sup> unter ihnen verbreiten sollte. Hübner schreibt ihm allerdings eine Doppelfunktionalität zu, die er folgendermaßen begründet. „Einerseits übermittelte er aktuelle Nachrichten und Kommentare an die politischen Vertrauensleute der RS, wendete sich direkt an ein wenn auch begrenztes Publikum und gewann damit teilweise den Charakter einer Zeitung bzw. Zeitschrift, andererseits diente er nur dem Zwischenhandel von Nachrichten.“<sup>160</sup> Genau diese Doppelfunktion macht den „Informationsdienst der RS“ so interessant wie auch problematisch für die wissenschaftliche Analyse.

Die Auflage vom „Informationsdienst der RS“ war im Vergleich zu anderen RS-Flugschriften sehr niedrig, wobei hier die Funktion verstärkt zu berücksichtigen ist. Er diente als Nachrichtenquelle für viele weitere Druckschriften der RS, weshalb seine Bedeutung nicht unmittelbar an der Zahl der Auflage zu messen ist. Interessant ist, dass ab 1937 die Höhe der Auflage im Vergleich zu 1934 um ein Vielfaches zunahm. So lag die durchschnittliche Auflage vom „Informationsdienst der RS“ in seinen Anfängen bei 100 Exemplaren, wogegen sie im Jahr 1937 einen Spitzenwert von 600 Exemplaren

---

<sup>159</sup> BKA (Gen. f. d. öff. S.) 357.298/16/2. Bericht des österr. Konsulats, Brünn an das BKA f. Auswärtige Angelegenheiten vom 10. Sept. 1936 In: Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 219.

<sup>160</sup> Hübner, Karl L.: Illegale österreichische Presse 1933-1938. Univ. Diss., Wien 1969, S. 155-156.

erreichte.<sup>161</sup> Auf diesen besonders auffälligen Sachverhalt wird auch bei der Analyse Rücksicht genommen, um so eine mögliche Begründung zu finden.

Als wesentlichen Grundsatz, der bei der Produktion aller illegalen Druckwerke der RS und somit auch beim „Informationsdienst der RS“, galt: „Wenn die Genossen mit der Herstellung, Verbreitung und mit dem bloßen Lesen oder Aufbewahren große Risiken auf sich nahmen, so konnte es sich nicht um die Aneinanderreihung sachlicher und politischer gleichgültiger Nachrichten handeln, sondern es mußte sozusagen in jeder Zeile der Charakter des Kampfes gegen das Regime Dollfuß-Schuschnigg und seine Institutionen gewährt bleiben.“<sup>162</sup>

Von nun an soll die empirische Herangehensweise an das Forschungsobjekt sowie darauf folgend die Ergebnisse der Analyse behandelt werden. Das eben dargestellte wird als Ausgangspunkt gesehen nicht aber als unumstößlich und soll deshalb auch bei der Analyse der original Dokumente auf Lücken oder Fehler überprüft werden. Weiters ist auch das Alter der Literatur, auf die sich bis jetzt bezogen wurde, berücksichtigt werden.

---

<sup>161</sup> Vgl. Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung: Illegale Flugschriften im Ständestaat 1934-1938. Wien 2002, S. 20.

<sup>162</sup> Interview mit führenden Persönlichkeiten. Mappe 3 F. Interview mit Otto Leichter. S. 68, DÖW 8083

## 4. Methode der qualitativen Inhaltsanalyse

Um das in schriftlicher Form vorliegende Material, d.h. die archivierten Ausgaben des „Informationsdienstes der RS“, so explorativ und offen wie möglich zu analysieren, wurde die Inhaltsanalyse als geeignetes Instrument gewählt. In den folgenden Punkten wird die Inhaltsanalyse genauer beschrieben.

### 4.1 Definition der Methode

Das Ziel der Inhaltsanalyse ist es ein bestimmtes Untersuchungsmaterial, das aus „irgendeiner Art von Kommunikation stammt“<sup>163</sup>, empirisch exakt zu analysieren. Es geht aber nicht nur um die Analyse von Kommunikationsinhalten, wie es Mayring nach der Definition von Mollenhauer/Rittelmeyer (1977) behaupten.

Ebenso wie die Inhalte von Kommunikation sind auch formale Aspekte der Kommunikation von Bedeutung und bei der Analyse zu umfassen. Mayring nennt die Analyse von Gesprächsprotokollen von psychotherapeutischen Patienten als Beispiel, wo auch formale Kriterien wie unvollständige Sätze oder Wortwiederholungen berücksichtigt werden, um so Aufschluss über die Angst beim Patienten zu erhalten.<sup>164</sup> Die amerikanische Propagandaforschung unter Harold D. Lasswell schenkte ebenso nicht nur dem Kommunikationsinhalt, sondern auch solchen formalen Ausprägungen besondere Aufmerksamkeit.

Der Begriff „Inhalt“ stellt bereits ein wesentliches Problem bei der Definition der Inhaltsanalyse dar. Es sind nämlich nicht nur die manifesten Inhalte, die oft nur eine Nebenrolle spielen, sondern vor allem die latenten, die mit der Inhaltsanalyse ans Licht gebracht werden sollen.

Ein weiteres Problem bei der Definition ist die starke Spezialisierung der schon vorliegenden Definitionen. Das Interesse und auch die jeweilige Fachrichtung des

---

<sup>163</sup> Mayring, Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2007, S.11.

<sup>164</sup> Vgl. Mayring Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2007, S.11.

Autors drückt sich in der Definition der Methode aus. Das führt zu einer langen Liste sich mehr oder weniger stark unterscheidender Definitionen.

Es sind also zwei große Hindernisse, die einem beim Versuch die Inhaltsanalyse zu definieren im Weg stehen. Einerseits der Begriff des Inhaltes und andererseits die zu starke Spezialisierung der vorangegangenen Definitionen.

Mayring entfernt sich aus diesen Gründen vom Bestreben eine einzige, allumfassende Definition zu schaffen und versucht das Profil der Inhaltsanalyse zu bestimmen. In sechs Punkten fasst er zusammen, was die Inhaltsanalyse als sozialwissenschaftliche Methode will.<sup>165</sup>

1. Der Gegenstand der Inhaltsanalyse ist Kommunikation, womit die Übertragung von Symbolen gemeint ist. Das schließt Sprache wie auch Musik, Bilder usw. ein.
2. Die Kommunikation, die analysiert wird, liegt in jedem Fall in festgehaltener Form vor. Es handelt sich um „fixierte Kommunikation“.
3. Die Inhaltsanalyse interpretiert nicht frei, sondern will systematisch vorgehen. Sie unterscheidet sich so von vielen hermeneutischen Verfahren.
4. Diese Systematik äußert sich in der Befolgung von Regeln bei der Analyse. Nur so ist es möglich, dass andere die Analyse nachvollziehen und überprüfen können.
5. Ebenso zeigt sich die Systematik daran, dass die Analyse sich an einer Theorie orientiert, sie also „theoriegeleitet“ vorgeht. Von der Fragestellung bis zur Interpretation bezieht sie sich stets auf die jeweilige Theorie.

---

<sup>165</sup> Mayring Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2007, S. 12.

6. Die Inhaltsanalyse will durch die Bearbeitung des Materials „Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte der Kommunikation ziehen“<sup>166</sup>.

#### 4.2 Qualitative vs. quantitative Analyse

Die qualitative Analyse ist von der quantitativen im Grunde in drei Dimensionen abzugrenzen bzw. zu unterscheiden. Die beiden können anhand der verwendeten Begriffsform, des angewandten Skalenniveaus und nach dem „impliziten Wissenschaftsverständnis“ differenziert werden.<sup>167</sup>

Die erste Dimension bietet die Möglichkeit der Unterscheidung anhand der Begriffsart, welche die qualitative bzw. quantitative Analyse verwenden. Die quantitative Analyse zeichnet sich formal besonders dadurch aus, dass sie „Zahlbegriffe und deren In-Beziehung-Setzen durch mathematische Operationen bei der Erhebung oder Auswertung“<sup>168</sup> verwendet. Die qualitative Analyse verwendet Alltagsbegriffe zur Kategorisierung und Klassifizierung. Auffallend ist daher, dass lediglich ein Unterschied in der Sprache nicht aber in der Realität vorliegt.<sup>169</sup>

Die zweite Dimension bezieht sich auf die Systematisierung der Messung selbst. In der empirischen Sozialforschung wird „die systematische Zuordnung einer Menge von Zahlen oder Symbolen zu den Ausprägungen einer Variable“<sup>170</sup> als Messung bezeichnet. Hierbei wird zwischen verschiedenen Skalenarten unterschieden. So gibt es die Nominalskala, die Ordinalskala, die Intervallskala und so genannte Ratio-Skalen. Die Nominalskala, deren Ausprägungen sich nur logisch ausschließen, ist ein deutliches Merkmal dafür, dass es sich um eine qualitative Analyse handelt. Alle andern weisen auf eine quantitative Analyse hin.<sup>171</sup>

---

<sup>166</sup> Mayring Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2007, S. 12.

<sup>167</sup> Mayring Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2007, S. 16.

<sup>168</sup> Mayring Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2007, S. 16.

<sup>169</sup> Vgl. Stegmüller 1970, S. 16 In: Früh, Werner: Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. UVK Verlag, Konstanz 2007, S. 68-69.

<sup>170</sup> Friedrichs, Jürgen: Methoden empirischer Sozialforschung. Rohwolt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1973, S. 97.

<sup>171</sup> Vgl. Mayring Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2007, S. 17.

Die dritte Dimension erlaubt eine Unterscheidung der beiden Ansätze nach dem impliziten Wissenschaftsverständnis, denn „das Selbstverständnis als Wissenschaftler, die Ansprüche an Forschung, das Wissenschaftsverständnis von eingeschworenen Vertretern der qualitativen bzw. der quantitativen Richtung sind in aller Regel völlig gegensätzlich.“<sup>172</sup> Anhand dreier Gegensatzpaare will Mayring darstellen, welche Unterschiede hierbei zu Tage treten.

Ausgehend von dem in der Naturwissenschaft verbreiteten Anspruch der Forschung Phänomene und Sachverhalte zu erklären, stellt Mayring diesem nun den geisteswissenschaftlichen Anspruch des Verstehens gegenüber. Diesem „qualitativ-verstehendem Ansatz“ geht es nun weiters darum ein bestimmtes Objekt oder einen Prozess, das oder den es zu erforschen gilt, zu analysieren, um sich in weiterer Folge dann in ihn hineinzusetzen.<sup>173</sup> Von dieser Annahme ausgehend wird ein Zusammenhang zwischen qualitativer Wissenschaft und ihrer Orientierung am Besondern bzw. quantitativer Wissenschaft und ihre Orientierung auf das Allgemeine hergestellt.

Ein weiteres Gegensatzpaar das Mayring anführt ist jenes der Komplexität versus Variablenisolation. Wie schon angesprochen will die qualitative Forschung die Komplexität ihres Untersuchungsgegenstandes vollständig begreifen und verstehen, wogegen die quantitative Forschung einzelne Variablen aus ihrem Kontext herausfiltern und messen möchte.<sup>174</sup> Es handelt sich hier um einen fundamentalen Unterschied zwischen den beiden Richtungen, der auch ein wesentlicher Punkt für die kritische Auseinandersetzung mit ihnen ist.

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal ist die Orientierung der qualitativen Forschung am Einzelfall. Im Gegensatz orientiert sich die quantitative Forschung auf die repräsentative Stichprobe. Dieser große Unterschied liefert einen starken Angriffsaspekt

---

<sup>172</sup> Mayring Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2007, S. 17.

<sup>173</sup> Vgl. Mayring Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2007, S. 17-18.

<sup>174</sup> Vgl. Mayring Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2007, S. 18.

gegen die qualitative Analyse, da ihr aufgrund der Einzelfallorientierung eine „mangelnde Verallgemeinerbarkeit“<sup>175</sup> vorgeworfen wird.

Die Unterscheidung von qualitativer und quantitativer Inhaltsanalyse ist insofern irreführend, als damit eine Methode bezeichnet wird, die zwei qualitative Forschungsschritte mit einem quantitativen verbindet. Auch die qualitative Inhaltsanalyse bedient sich bestimmter Quantitäten in ihrem Forschungsmaterial um Schlüsse zu ziehen.<sup>176</sup>

Die eben gezeigten Charakteristika und die daraus resultierenden Unterschiede der beiden Forschungsrichtungen sind gravierend und scheinen eine Verbindung von qualitativer und quantitativer Forschung unmöglich zu machen. Doch wie Mayring und Früh aufzeigen muss auch bei einer quantitativen Analyse immer ein qualitativer Schritt vorangehen, wie auch danach ein neuerlich qualitativer Schritt erfolgt. Durch diese notwendige Beteiligung am Forschungsprozess erhält die qualitative Analyse ihre Daseinsberechtigung.

#### **4.3 Aufgabenfelder der qualitativen Analyse**

Um klar zu machen, wann die qualitative Analyse angewendet wird bzw. wo es sinnvoll ist sie der qualitativen vorzuziehen, wird im folgenden Abschnitt kurz ihr Aufgabenbereich abgegriffen. Auf diesem Weg ist es auch einfacher darzustellen, warum die qualitative Analyse für diese Forschungsarbeit angewendet wird und wie sie in diesem Kontext verstanden wird.

Der klassische Anwendungsbereich qualitativer Forschung ist die Hypothesengenerierung und die Theoriebildung. Einerseits ist es möglich mit ihrer Hilfe die relevanten Einzelfaktoren für einen bestimmten Forschungsgegenstand zu finden und andererseits damit die potentiellen Zusammenhänge zwischen den Faktoren zu konstruieren.<sup>177</sup>

---

<sup>175</sup> Mayring Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2007, S.18.

<sup>176</sup> Vgl. Früh, Werner: Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. UVK Verlag, Konstanz 2007, S. 67.

<sup>177</sup> Vgl. Mayring Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2007, S. 21.

Zwei weitere Bereiche, die sich mehr oder weniger gegenüber stehen, sind die Pilotstudie und die Vertiefung. Während Pilotstudien als erster Kontakt mit einem Forschungsobjekt zu verstehen sind, bei dem das ganze Arsenal qualitativer Analyse zum Einsatz kommt, stellt die Vertiefung, wie ihr Name schon sagt, eine Weiterführung schon vorhandener abgeschlossener Studien dar.<sup>178</sup>

Prozessanalysen und Klassifizierungen stellen weitere Anwendungsbereiche der qualitativen Analyse dar. Ebenso ist die Theorie- und Hypothesenprüfung, obwohl hier das Vorrecht bei der quantitativen Analyse liegt, ein Anwendungsgebiet, in dem die qualitative Analyse angewendet werden kann.<sup>179</sup>

Das Anwendungsfeld, das auch im Zusammenhang mit dieser Arbeit von besonderer Bedeutung ist, ist die Einzelfallstudie. In diesem Feld verhält sich die Analyse eher offen und deskriptiv und bedient sich interpretativer Methodik.<sup>180</sup> Es ist in dieser Arbeit der „Informationsdienst der RS“ als Einzelfall zu verstehen der im Gegensatz zu allen in diesem Zeitraum publizierten illegalen Druckwerken steht. Um die Forschungsfragen beantworten zu können, ist es notwendig offen und deskriptiv vorzugehen, da es an vorangegangenen Analysen dieser Publikationen mangelt. Die Interpretation ist notwendigerweise an den historischen und organisatorischen Kontext gebunden. Im Abschnitt „Methodische Vorgehensweise“ wird noch genauer dazu Stellung genommen.

#### **4.4 Gütekriterien der qualitativen Inhaltsanalyse**

Will eine Analyse den Ansprüchen einer sozialwissenschaftlichen Forschungsmethode genügen so muss sie bestimmte Gütekriterien erfüllen. Zumindest auf zwei – nämlich auf die Reliabilität (Zuverlässigkeit) und die Validität (Gültigkeit) – muss dabei geachtet werden, da die Repräsentativität ein eigenes, ganz spezielles Kapitel in der qualitativen Forschung darstellt, auf das schon im Kapitel 4.2 eingegangen wurde.

---

<sup>178</sup> Vgl. Mayring Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2007, S. 21.

<sup>179</sup> Vgl. Mayring Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2007, S. 21-22.

<sup>180</sup> Vgl. Mayring Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2007, S. 21.

Es gibt nun gewisse Möglichkeiten, bestimmte Analysen auf ihre Güte zu überprüfen. So nennt etwa Mayring folgende Prüfverfahren zur Reliabilität:<sup>181</sup>

- Re-Test: Die Analyse wird wiederholt durchgeführt um die beiden Ergebnisse miteinander zu vergleichen.
- Parallel-Test: Dasselbe Material wird zusätzlich noch mit einer anderen Methode untersucht, um dann die beiden Ergebnisse miteinander zu vergleichen.
- Konsistenz(Split-half): Das Untersuchungsmaterial oder das Instrument werden in zwei Hälften geteilt, um die Ergebnisse miteinander zu vergleichen.

Und ebenso zur Validität:

- Außenkriterium: Die eigenen Ergebnisse werden mit denen einer Studie, die dasselbe Thema behandelte und von deren Gültigkeit er überzeugt ist, verglichen.
- Vorhersagevalidität: Ausgehend von den Ergebnissen werden Vorhersagen getroffen, deren Eintreffen dann untersucht wird.
- Extremgruppen: Bestimmte Gruppen der Stichprobe, bei denen extreme Ergebnisse erwartet werden, werden gesondert überprüft und das Ergebnis mit dem Gesamtergebnis verglichen.
- Konstruktvalidität: Es werden zur Überprüfung bewährte Theorien herangezogen, anhand derer dann die Ergebnisse kontrolliert werden.

Mayring nennt hier einige Möglichkeiten, wie die Güte einer Analyse überprüft werden kann und somit ihre Aussagekraft verstärkt. Diese Verfahren müssen sich allerdings auch Kritik gefallen lassen und sind nicht unbestrittener Standard. So wird der Parallel-Test dahingehend kritisiert, dass „die Äquivalenz zweier Instrumente bei der Analyse sprachlichen Materials nur selten erweisbar“<sup>182</sup> ist. Auch die Konsistenz Methode wird kritisiert, da in bestimmten Teilen des Untersuchungsmaterials bzw. des Instruments zentrale Themen auftauchen bzw. erhoben werden, welche das Ergebnis stark beeinflussen können.

---

<sup>181</sup> Vgl. Mayring Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2007, S. 109-111.

<sup>182</sup> Mayring Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2007, S. 110.

Aus diesem Grund gibt es für qualitative Forschung eigens entwickelte Verfahren, um die Güte zu überprüfen. „Solche Kriterien sind z.B. Verfahrensdokumentation, Argumentative Interpretationsabsicherung, Nähe zum Gegenstand, Regelgeleitetheit, Kommunikative Validierung und Triangulation.“<sup>183</sup>

#### **4.5 Methodische Vorgehensweise**

Nachdem die Wahl der Methode offengelegt wurde, werden in dem folgenden Abschnitt, die einzelnen Schritte dargestellt, die bei dieser Untersuchung gesetzt wurden. Das reicht von der Kategorienbildung bis zur eigentlichen Analysearbeit im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW).

Zu aller erst soll aber noch kurz über das Material, das all die Jahre im Archiv gelagert war gesprochen werden. Die Sammlung des DÖW beinhaltet 102 Ausgaben des „Informationsdienstes der RS“ was zwar an und für sich eine große Zahl ist aber nur ein kleiner Teil der erschienen Nummern darstellt. Einige Ausgaben sind in verschiedenen Versionen erschienen und manche beinhalteten Beilagen, die auf bestimmte Themen spezialisiert waren.

Die Kategorienbildung orientierte sich stark an den Informationen, die bereits bei Suppan vorhanden waren. Da in Suppans Arbeit aber auf das gesamte Spektrum der illegalen Publizistik der RS eingegangen wurde, bewegte sich seine Analyse an der Oberfläche und beurteilte die RS Presse als Ganzes.

Die Kategorien wurden entlang zweier Hauptinteressen gebildet. Einerseits war dies der formale Aufbau und die Überprüfung, ob es ein typisches Format und formale Charakteristika gab und andererseits die inhaltliche Beschaffenheit des „Informationsdienst der RS“.

---

<sup>183</sup> Mayring Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2007, S. 113.

Auf Grund dieser Zweiteilung bewegte sich das methodische Vorgehen zwischen einer quantitativen, bei der Untersuchung der formalen Kriterien, und einer qualitativen Herangehensweise bei der Untersuchung inhaltlicher Kriterien. Besonders bei der Überprüfung der inhaltlichen Kriterien musste sehr offen an des Forschungsobjekt herangegangen werden, da über die Inhalte nur wenig bekannt war. Es wurden grobe Kategorien gebildet, an denen dann auf Artikelebene die Aussagen analysiert wurden. Nach den ersten zwanzig Nummern wurde das Kategoriensystem angepasst und die restlichen Ausgaben untersucht. Bei dieser Art der Untersuchung ging es nicht darum Häufigkeiten bei den Themen der Berichterstattung ausfindig zu machen, sondern ein Muster erkennbar zu machen, sollte es eines geben.

Im folgenden Kapitel werden diese Charakteristika dargestellt und mit Zitaten aus dem „Informationsdienst der RS“ belegt.

## 5. Der „Informationsdienst der RS“

### 5.1 Allgemein

Im Oktober 1934 wurde mit der Produktion und der Verteilung des „Informationsdienstes der RS“ begonnen. Die erste Nummer, die im Archiv des DÖW zu finden ist, trägt die Nummer sieben und das Datum des 20. November 1934.<sup>184</sup> Das ist auch die einzige Ausgabe die aus dem Jahr 1934 im DÖW aufliegt ist. Ebenso karg sieht es mit Ausgaben aus dem Jahr 1935 aus, von denen nur sechs Nummern im Archiv erhalten sind. Die Tatsache, dass die Ausgabe vom 22. Jänner 1935 die Nummer vier trägt, bedeutet, dass auch vor dem 22. Jänner 1935 drei Ausgaben erschienen sein müssen. Das legt den Schluss nahe, dass Produktion und Verbreitung des „Informationsdienstes“ schon ab dem Jahr 1935 in regelmäßigen Abständen erfolgte und nicht wie Suppan annahm, erst ab dem Jahr 1937.<sup>185</sup>

Aus den Jahren 1936 und 1937 sind weitaus mehr Ausgaben vorhanden, die auch in regelmäßigen Zeitabständen erschienen sind. Allein aus dem Jahr 1936 finden sich 37 Ausgaben vom „Informationsdienst der RS“ im Archiv. Zu dieser Zeit erschien diese Schrift bereits regelmäßig, mehrmals pro Monat. Im Jahr 1937 erschienen insgesamt 49 Ausgaben vom „Informationsdienst der RS“ im Abstand von einer Woche. Die letzte im DÖW vorliegende Nummer ist jene vom 15. Dezember 1937.

Bei genauer Betrachtung der verfügbaren Nummern vom „Informationsdienst der RS“, ist erkennbar, dass diese Schrift aus zwei getrennten, redaktionellen Teilen besteht. Aus dem ersten Teil mit dem Titel Mitteilungen und dem zweiten mit der Bezeichnung Propagandadienst und Nachrichten. Erkennbar sind beide Teile an einer nummerierten Überschrift (I. Mitteilungen bzw. II. Propagandadienst und Nachrichten), die zentriert und unterstrichen die Flugschrift strukturiert.

---

<sup>184</sup> „Informationsdienst der RS“ vom 20. Nov. 1934. DÖW 4020/1.

<sup>185</sup>Vgl. Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989, S. 219.

Der erste Teil vom „Informationsdienst der RS“ „I. Mitteilungen“ beinhaltet immer einen Artikel, der zur politischen Situation Stellung nimmt und den Titel „Zur politischen Lage“ trägt, wie auch eine Untergliederung, die weitere Meldungen thematisch ordnet. Auch in Nummern, in denen kein Artikel mit dem Titel „Zur politischen Lage“ vorkommt, gibt es dennoch einen Artikel der genau diese Thematik behandelt. Dies war vor allem dann der Fall, wenn ein bestimmtes tagespolitisches Geschehen so wichtig war, dass dieser Artikel sich hauptsächlich damit befasste.

Die angesprochene Untergliederung setzt sich aus drei themenspezifischen Teilen mit den Überschriften die „Aussenpolitische Rundschau“, die „Internationale Arbeiterbewegung“ und die „Wirtschaftliche Rundschau“ zusammen.

Der zweite große Teil vom „Informationsdienst der RS“ ist „II. Propagandadienst und Nachrichten“ und beinhaltet in erstere Linie kurze Meldungen über Widerstandsaktionen oder Unzulänglichkeiten bzw. Repressalien der Regierung.

Manchen Ausgaben wurden mit themenspezifischen Beilagen erweitert. Diese Beilagen behandelten entweder außenpolitische, militärpolitische oder wirtschaftliche Ereignisse.

Im Anhang befindet sich zur Veranschaulichung der genannten Eigenschaften eine Ausgabe vom „Informationsdienst der RS“. Bei der Untersuchung aller 102 vorhandenen Ausgaben stellte sich heraus, dass es keine von der ersten bis zur letzten Nummer reichende einheitliche Form der Aufbereitung gibt. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass die Verfasser dieser illegalen Druckschrift nicht durchgehend die selben Personen waren. Dies kann mit den Verhaftungen in den Reihen der Sozialdemokraten in Verbindung gebracht werden.

„Die Urteile die im grossen Prozess gegen unsere Genossen gefällt worden sind, stehen im krassen Widerspruch zur erhobenen Anklage. Obwohl die Angeklagten fast ein Jahr im Kerker sind, manche sogar noch länger, wurden 13 überhaupt frei gesprochen.“<sup>186</sup>

---

<sup>186</sup> „Informationsdienst der RS“ vom 31. März 1936 DÖW 4020/1.

Die übrigen 17 Angeklagten, unter denen sich Bruno Kreisky, Marie Emhardt oder auch Karl Hans Sailer befanden, wurden zu Haftstrafen verurteilt, die sich von sechs Wochen bis 20 Monaten erstreckten. Dennoch ist aber ein „Muster“ und eine „Linie“ zu erkennen, die immer wieder zur Anwendung kommen.

## **5.2 „I. Mitteilungen“**

Der „Informationsdienst der RS“ beginnt mit einem längeren Artikel von ein bis zwei Seiten, der eine Stellungnahme der RS zu verschiedensten politischen Ereignissen beinhaltet. Dieser Artikel trägt in manchen Nummern den Titel „Zur politischen Lage“, wie z.B. in der Ausgabe vom 7. Jänner 1937. Da er aber in vielen anderen Ausgaben andere Titel trägt wird er in diesem Teil der Arbeit nicht als eigener Unterpunkt behandelt. In solchen Fällen nehmen Artikel mit Titeln wie: „Der Monsterprozess gegen die RS“ aus der Nummer vom 24. März 1936 oder „Das Ergebnis unserer Verhandlungen mit der KPÖ“ aus der Nummer vom 14. April 1936 diesen Platz ein. In dieser Nummer vom 24. März 1936 wird dann ebenfalls an dieser Stelle die gemeinsam mit der KPÖ beschlossene Solidaritätsbekundung für die Versicherungsangestellten abgedruckt.

Die Überschrift „I. Mitteilungen“ kommt ab Anfang 1936 nur mehr sporadisch vor, jedoch bleibt die inhaltliche Ordnung bestehen. In der Ausgabe vom 7. April 1936 fehlen die Überschriften „I. Mitteilungen“ und „II. Propagandadienst und Nachrichten“ gänzlich. Zu Beginn gibt es einen Artikel, der sich mit dem Phönixskandal beschäftigt und beinhaltet drei Meldungen, die von ihrer Thematik her dem Propagandadienst zuzuordnen sind. Bei dem im Archiv aufliegenden Exemplar dieser Nummer handelt es sich um eine Abschrift. Das lässt die Frage offen, ob alle Einzelheiten vom Original übernommen wurden.

Mit den Ausgaben des Jahres 1937 beginnend wurde der inhaltliche Schwerpunkt immer mehr auf den ersten Teil der besprochenen Ordnung gelegt. Die einzelnen Ausgaben erschienen zwar öfter, hatten aber nicht mehr den selben Umfang wie die Nummern aus dem Jahr 1936. Die Ausgabe vom 13. April 1937 umfasst nur mehr zwei

Seiten und insgesamt vier Artikel. Es fehlen die beiden Hauptüberschriften gänzlich. Die Artikel tragen die Titel „Verschiedene Illusionen“, „Zur Diskussion über die Tagung der SAI“, „Parteiarbeit und Jugendarbeit“ und „Rüstungskonjunktur in Österreich“.<sup>187</sup> Der Schwerpunkt vom „Informationsdienst der RS“ verlagerte sich mehr auf das Kommentieren verschiedener Ereignisse. Die „Propagandadienst und Nachrichten“ Meldungen fehlten in den Ausgaben des Jahres 1937 zur Gänze.

### 5.2.1 „Aussenpolitische Rundschau“

„Der Wahlkampf in Deutschland sieht die eigentlichen Nazionalsozialistischen Parolen völlig zurückgedrängt; fast die ganze Propaganda wird bloss mit der Person des Führers bestritten, alle Plakate werben für ihn. Seit der Rheinlandbesetzung spricht man immer mehr von einem Übergang zur offenen Diktatur der Reichswehr mit Hitler als Aushängeschild. Faktisch ist die PSW heute schon in allen politischen Fragen zurückgedrängt.“<sup>188</sup>

Dies ist ein Beispiel dafür, wie die Meldungen in der „Aussenpolitischen Rundschau“ gestaltet waren. Die Berichterstattung behandelte politische Vorkommnisse im Ausland. Auf Grund der Nähe und politischen Bedeutung wurde vermehrt über Entwicklungen im Dritten Reich berichtet, aber auch über die Situation in Spanien und Frankreich, wo die Sozialisten politische Kämpfe austrugen.

„Der Wahlsieg der Volksfront in Frankreich ist im zweiten Wahlgang weit grösser ausgefallen als man erwartet hatte.“<sup>189</sup>

Zusammenfassend ist festzustellen, dass vermehrt über benachbarte Länder berichtet wurde, wie Deutschland und Italien, da hier auch die politische Einflussnahme auf das österreichische Regime gegeben war. Über andere europäische Länder, wie z.B.

---

<sup>187</sup> „Informationsdienst der RS“ vom 13. April 1937. DÖW 4020/1.

<sup>188</sup> „Informationsdienst der RS“ vom 24. März 1936 DÖW 4020/1.

<sup>189</sup> „Informationsdienst der RS“ vom 12. Mai 1936.

Frankreich, England und Spanien wurde ebenfalls berichtet. So wurde zum Beispiel auch über den Feldzug Italiens in Abessinien geschrieben.

„Abessinien ist militärisch zurückgeworfen, wenn auch zweifellos nicht im Ausmass der italienischen Meldungen. Dieses Ergebnis ist erzielt worden einerseits mit dem zivilisatorischen Mittel des Giftgases, andererseits durch ein Aussetzen der Waffen- und aussenpolitischen Hilfe Englands.“<sup>190</sup>

Über außereuropäische Länder wurde zwar seltener berichtet. So gab es z.B. in der Ausgabe vom 28. April 1936 eine Meldung über Zusammenstöße zwischen Juden und Araber in Palästina und eine Meldung aus dem asiatischen Raum:

„Im fernen Osten ziehen sich die Kriegswolken von Monat zu Monat mehr zusammen. Die japanischen und die russischen Truppenbestände werden ununterbrochen verstärkt. Japan versucht die Interessen des englischen Imperialismus in der Mongolei und Mandschurei auszunützen, um England in den ostasiatischen Fragen von Russland zu entfremden. Zweifellos rechnet Japan vor allem auch auf eine Festlegung der Sowjetunion durch einen europäischen Konflikt, um gleich die Gelegenheit auszunützen.“<sup>191</sup>

Ab Ende 1936 erscheint nicht mehr in jeder Ausgabe eine „Aussenpolitische Rundschau“. Auch wenn nach wie vor Meldungen über das Ausland veröffentlicht wurden fand dies nicht mehr in der beschriebenen Struktur statt.

### 5.2.2 „Internationale Arbeiterbewegung“

„In Spanien spielt sich innerhalb der Sozialistischen Partei eine heftige Auseinandersetzung zwischen dem reformistischen Flügel um Prieto und Besteiro und dem revolutionären Flügel um Largo Caballero ab; um eine Austragung des Konfliktes zu

---

<sup>190</sup> „Informationsdienst der RS“ vom 14. April 1936.

<sup>191</sup> „Informationsdienst der RS“ vom 19. Mai 1936.

vermeiden, hat die Parteileitung eine Verschiebung des Parteitages auf den Herbst durchgesetzt, wogegen sich Caballero wehrte.“<sup>192</sup>

Meldungen wie diese wurden im Rahmen der Überschrift „Internationale Arbeiterbewegung“ zusammengefasst. Ebenso wie bei der bisher beschriebenen Gliederung, wie z.B. der „Aussenpolitischen Rundschau“, gab es kein von 1934 bis 1937 durchgehendes Erscheinen dieser Kategorie. Dennoch wurde die internationale Arbeiterbewegung regelmäßig, wenn dies die Tagesaktualität gebot, thematisiert.

„Eine internationale Konferenz über die in Belgien und anderen westlichen Ländern ausgearbeiteten ‘Pläne der Arbeit‘ ist in Genf abgehalten worden.“<sup>193</sup>

In manchen Nummern kommt es thematisch zu einer Verwischung der Grenzen zwischen der „Aussenpolitischen Rundschau“ und der „Internationalen Arbeiterbewegung“, wobei in diesen Fällen das zweitgenannte Kapitel fehlte.

### 5.2.3 „Wirtschaftliche Rundschau“

Die „Wirtschaftliche Rundschau“ ist jene Untergliederung, die am häufigsten in den 102 Ausgaben vorkommt. Sie beinhaltet Meldungen, die dem Wirtschaftsressort zuzuordnen sind. Besonders häufig wird von Ausgaben bzw. Investitionen der Regierung berichtet, die an dieser Stelle dann auch kommentiert werden.

„Die Rüstungsausgaben steigen. Wie der Wiener Zeitung von privater Seite mitgeteilt wird, werden in der nächsten Zeit 10 Millionen Schilling Aufträge für militärische Zwecke an die Industrie ausgegeben werden. Man rühmt sich, dadurch die Privatwirtschaft zu beleben. Wir würden den Herren raten, lieber in der Weise für die Belebung der Wirtschaft etwas zu tun, dass sie die Ausgaben für produktive

---

<sup>192</sup> „Informationsdienst der RS“ vom 2. Juni 1936 DÖW 4020/1.

<sup>193</sup> „Informationsdienst der RS“ vom 28. April 1936.

Arbeitslosenfürsorge erhöhen bzw. durch Abbau der Sicherheitssteuer die Steuerlasten der Industrie senken.“<sup>194</sup>

Neben solchen kommentierenden Berichten kommen aber vermehrt sachlich und neutral verfasste Meldungen mit wirtschaftlicher Thematik vor.

„Die Profite der Schwerindustrie steigen. Wie verlautet sollen die Veitscher Magnesitwerke für das Jahr 1936 nicht weniger als 100 Schilling pro Aktie ausschütten, für das Jahr 1935 hat die Dividende 65 Schilling und für das Jahr 1934 40 Schilling betragen.“<sup>195</sup>

Die „Wirtschaftliche Rundschau“ hatte einerseits zum Ziel die Rezipienten über die Misswirtschaft der Regierung aufzuklären bzw. auf Fehler der Regierung aufmerksam zu machen. Andererseits berichtete sie auch sehr neutral über die wirtschaftliche Lage im Land.

### **5.3 „II. Propagandadienst und Nachrichten“**

Der zweite große Teil vom „Informationsdienst der RS“ trug den Titel „Propagandadienst und Nachrichten“. Vor allem in den Nummern aus dem Jahr 1935 ist dieser klar als solcher gekennzeichnet. Genauso wie beim ersten Teil stand die Überschrift zentriert auf dem Blatt. Er beinhaltete kurze Meldungen über gelungene Widerstandsaktionen, wie zum Beispiel Streuzettelverteilungen oder Skandale von Regierungsmitgliedern. Auch über Verhaftungen und ungerechtfertigt hohe Strafen für kleine Vergehen wurde berichtet.

„Prozess am laufenden Band. Am 8. April wurden im beschleunigten Verfahren die ehemaligen Schutzbündler Franz Vogel zu 13 Monaten, Georg Dobrohuska zu 12 Monaten, Emmerich Hoffer zu 6 Monaten, Josef Gradl und Anton Kubelle zu je 12

---

<sup>194</sup> „Informationsdienst der RS“ vom 19. Mai 1936.

<sup>195</sup> „Informationsdienst der RS“ vom 23. Februar 1937.

Monaten schweren Kerker verurteilt. Man konnte den Angeklagten nichts anderes als die Herstellung einiger abgezogener Zeitungen ‘Der Sprecher‘ nachweisen.“<sup>196</sup>

Es waren kurze Meldungen, die von Mitgliedern der RS mit geringem Aufwand für Streuzettel, Flugblätter oder schlicht für Mundpropaganda weiterverwendet werden konnten. Es sollte ja, wie im Kapitel 3 bereits beschrieben, eine große Dichte an Propagandamaterial in Umlauf sein, um so die Bevölkerung unter ständigem sozialistischen Einfluss zu halten. Schließlich mussten die RS auch gegen die große Reichweite der nationalsozialistischen Propaganda ankämpfen.

Auch die großen Themen, wie z. B. der Phönixskandal, die an anderer Stelle schon im „Informationsdienst der RS“ behandelt wurde, meistens in kommentierenden Artikeln, lieferte ebenfalls Stoff für den Propagandadienst.

„Der Phönixskandal. Ein leitender Beamter der Phönix hat ein Schreiben an Schuschnigg gerichtet, indem er nachweist, dass Schuschnigg selber seit mehreren Jahren das Fehlen der Prämienreserve beim Phönix gekannt haben muss. Vaugoin hat eine Vorladung zu Gericht erhalten, ihr aber nicht Folge geleistet. Er ist vielmehr unter einem Vorwand ins Ausland gereist.“<sup>197</sup>

Im Laufe des Jahres 1936 bis hin zum Ende des Jahres 1937 gibt es diesen Teil nicht mehr in so formal getrennter Form. Allerdings gibt es nach wie vor kurze Meldungen, die wie im beschriebenen Teil „Propagandadienst und Nachrichten“ aneinander gereiht wurden. Sie behandeln ähnliche Themen und sind im selben Stil verfasst. Hier tritt genau die selbe Veränderung auf wie schon vorhin erwähnt. Die klare formale Struktur verliert sich hingehend zu den Ausgaben des Jahres 1936 bis 1937 bleibt aber inhaltlich bestehen.

---

<sup>196</sup> „Informationsdienst der RS“ vom 14. April 1936.

<sup>197</sup> „Informationsdienst der RS“ vom 21. April 1936.

## 5.4 Beilagen des „Informationsdienstes“

Im DÖW sind elf Beilagen zu verschiedenen Ausgaben vom „Informationsdienst der RS“ vorhanden, was aber keinen Aufschluss darüber gibt, wie häufig solche Beilagen veröffentlicht wurden. Es reicht aber aus, um sich ein Bild von den verschiedenen Beilagen machen zu können.

13. Oktober 1936	„Wirtschaftsbeilage“
3. November 1936	„Wirtschaftsbeilage“
22. Dezember 1936	„Militärpolitische Beilage“
2. März 1937:	„Wirtschaftsbeilage“
30. März 1937:	„Aussenpolitische Beilage“
20. April 1937:	„Aussenpolitische Beilage“
18. Mai 1937:	„Wirtschaftsbeilage“
25. Mai 1937:	Beilage
20. Juli 1937:	„Aussenpolitische Beilage“
3. August 1937:	„Aussenpolitische Beilage“
10. August 1937:	Beilage

Die Beilagen erschienen zusätzlich zu einer gewöhnlichen Ausgabe vom „Informationsdienst der RS“, trugen den entsprechenden Titel und die Seiten waren unabhängig vom „Informationsdienst der RS“ nummeriert. Es ist also nicht erkennbar, ob die Beilage gemeinsam mit dem „Informationsdienst der RS“ verteilt wurde oder nicht.

In der Auflistung erkennt man in den meisten Fällen den Themenschwerpunkt einer Beilage am Titel. Bei den Beilagen vom 25. März und vom 10. August 1937 werden allgemeine Themen behandelt, weshalb sie nicht eindeutig zuzuordnen sind. Bei Ausgaben des „Informationsdienstes“ der eine Beilage, z.B. mit Schwerpunkt auf Wirtschaft, besaß, fehlte diese Kategorie im „Informationsdienst der RS“.<sup>198</sup>

Die „Militärpolitische Beilage“ hebt sich von den anderen deshalb ab, da sie als einzige spezifische Themen behandelt. Diese Beilage beinhaltet einen längeren Artikel über die

---

<sup>198</sup> „Informationsdienst der RS“ vom 3. November 1936 + Wirtschaftsbeilage.

Kämpfe in Madrid und mehrere kürzere Meldungen mit Titeln wie „Vormilitärische Erziehung in der SU<sup>199</sup>“, „Auch der Nahkampf muss geübt werden“, „Andrang zu den Offiziersschulen in der SU“, „die italienische Kolonial-Armee“, „die neue Schweizer Truppenordnung“ sowie ein kurzer Bericht über eine Vortragsreihe über Staatsverteidigung in einem tschechischen Seminar und eine Buchempfehlung. Ebenso handelt es sich hierbei nicht wie bei den anderen Beilagen um eine Auslagerung von Artikeln, die in vorangegangenen Nummern durchaus innerhalb vom „Informationsdienst der RS“ einen Platz gefunden hätten.

„Der totale Krieg, das viel zitierte Buch Ludendorffs ist im Ludendorff Verlag G.m.b.H. München erschienen und kostet RM 1,50. Führende Vertrauensmänner müssen dieses Buch gelesen haben. Seine Gedanken leben in den Köpfen politisierender Generäle.“<sup>200</sup>

Wie oft diese „Militärpolitische Beilage“ erschienen ist konnte leider nicht herausgefunden werden, da es keine Auflistungen über alle produzierten Ausgaben gibt.

---

<sup>199</sup> SU steht für Sowjet Union.

<sup>200</sup> „Informationsdienst der RS“ vom 22. Dezember 1936 + Militärpolitischer Informationsdienst.

## 6. Resümee

Die politischen Veränderungen in Österreich anfangs der 1930er Jahre hatten zur Folge, dass die SDAPÖ, wie auch die anderen Oppositionsparteien ihre publizistische Arbeit, zumindest die bisher legale Form dieser Tätigkeiten, einstellen mussten und von nun an nur mehr aus dem Untergrund agieren konnten. Die Sozialdemokraten, die ein großes Netzwerk an Vereinen und Hilfswerken aufgebaut hatten, besaßen einen über mehrere Jahre aufgebauten großen Presseapparat, dessen wichtigste Zeitung sicherlich die „Arbeiter Zeitung“ war.

Das Verbot der Sozialdemokratischen Partei nach den Ereignissen der Februartage 1934, zwang diese zum Gang in die Illegalität und stellte sie vor gänzlich neue Anforderungen. Der Presseapparat fiel Beschlagnahmungen durch die Regierung zum Opfer und gesetzliche Bestimmungen sowie scharfe Kontrollen erschwerten die publizistische Arbeit der Organisation. Die Arbeitsweise der neu gegründeten Revolutionären Sozialisten musste sich an diese Umstände anpassen, um erfolgreich zu sein.

Die Produktion der nach wie vor wichtigen „Arbeiter Zeitung“ verlagerte sich nach Brünn, in der benachbarten Tschechoslowakei. Durch riskante Schmuggelaktionen wurden beinahe regelmäßig Ausgaben der „Arbeiter Zeitung“ nach Österreich geschmuggelt. Da aber die Exekutive ihre Kontrollen verschärfte und so Lücken in der Versorgung entstanden, wurde es immer wichtiger die Dichte der sozialistischen Propaganda mit anderen Druckschriften zu erhöhen. In verschiedensten Verfahren konnte beinahe jeder ein Flugblatt oder Streuzettel herstellen und verteilen, dies jedoch unter hohem persönlichen Risiko.

Der „Informationsdienst der RS“ war in diesem Zusammenhang von sehr großer Bedeutung. Er diente als Nachrichtenquelle für jene Mitglieder der RS, die es auf sich nahmen und Flugzettel herstellten. Über die Autoren des „Informationsdienstes“ ist wenig bekannt, da diese anonym arbeiten mussten um so eine Enttarnung der Organisation zu vermeiden. Die Sicherheitsmaßnahmen waren so rigoros, dass sogar

engste Mitarbeiter keine Kenntnis über die echten Namen von Kollegen hatten. Das Risiko von einem Spitzel belauscht oder verraten zu werden war zu hoch.

Die Analyse des „Informationsdienstes“ liefert eine formale Struktur dieser Flugschrift und verdeutlicht ihre Funktion zu jener Zeit. Er bestand aus zwei Teilen die zu unterscheiden sind. Der erste Teil trägt in einigen Nummern den Titel „Mitteilungen“, nimmt zu aktuellen Ereignissen Stellung und kommentiert diese. Weiters finden sich in diesem Teil des „Informationsdienstes“ auch Berichte über die Entwicklung der Organisation, z.B. Berichte über Verhandlungen mit der KPÖ zum Thema Einheitsfront. Vereinzelt finden sich auch Aufrufe an die Mitglieder oder die Arbeiterschaft in diesem Teil, die dann für die Produktion von Flugblättern verwendet werden konnten. In der „Aussenpolitischen Rundschau“ und der „Wirtschaftlichen Rundschau“, die ebenfalls in diesem Teil enthalten waren, wurden die Rezipienten mit den wichtigsten politischen Nachrichten versorgt. Auf Grund der starken Fokussierung der Berichterstattung auf die Arbeiterbewegung und den Widerstand, scheint dieser Abschnitt eindeutig für Mitglieder bzw. Sympathisanten der RS bestimmt gewesen zu sein.

Im zweiten Teil des „Informationsdienstes“ mit dem Titel „Propagandadienst und Nachrichten“ finden sich kurze Meldungen, die eindeutig für die weiterführende Verbreitung, sei das nun durch die Produktion von Flugblättern und Streuzettel oder lediglich durch Mundpropaganda, gedacht waren.

Im Großen und Ganzen ist der „Informationsdienst der RS“ als Nachrichtenquelle für Mitglieder zu verstehen. Zahlreiche Formulierungen im „Informationsdienst der RS“, wie auch seine formale Struktur, weisen darauf hin.

Diese Arbeit kann als Grundlage weiterer Untersuchungen des „Informationsdienstes der RS“ betrachtet werden. Die Untersuchung seiner Bedeutung lässt noch viel Raum für weiterführende Untersuchungen zu. Eine Analyse sozialistischer Flugblätter aus dem Raum Wien, bei welcher die Inhalte mit denen des Informationsdienstes verglichen werden, könnte weiter Aufschluss über seine Bedeutung aber auch Informationen über seine Verwendung geben.

# 7. Anhang

## 7.1 Beispiel: „Informationsdienst der RS“ vom 14. April 1936

INFORMATIONSDIENST der R. S. 47 2481/36  
# 15  
Zur 10. Nr. 1037/36

14. April 1936  
I. MITTEILUNG

Das Ergebnis unserer Verhandlungen mit der KPÖ

Nach mühevollen Verhandlungen ist es nun gelungen, zu einem Übereinkommen mit der KP zu gelangen. Der Text dieses Übereinkommens ist in der Aprilnummer der "Revolution" abgedruckt. Er gliedert sich in fünf Abschnitte. Der erste behandelt das gemeinsame politische Aktionsprogramm, der zweite die Stellung der illegalen politischen Bewegung zu den faschistischen Organisationen, insbesondere zur E.G., der dritte regelt die gemeinsamen Aktionen. Die zwei letzten Abschnitte behandeln die Schaffung eines gemeinsamen zentralen Komitees und dessen Aufgabe und einige allgemeine Fragen wie z.B. den weiteren Ausbau der Aktionsgemeinschaft.

**Abschnitt I: Aktionsprogramm.** Es entspricht im Umfang ungefähr dem Vorschlag der K.P. Die Kommunisten liessen sich zu einem so weitgehenden Aktionsprogramm, wie wir es im "Bündnisantrag" vorgelegt hatten, nicht herbei. Bekanntlich ist die Haltung der kommunistischen Parteien in Frankreich, Spanien oder Deutschland ganz gleich, wenn es sich um die Aufstellung der sogenannten Volksfrontprogramme handelt. Wir hatten zwar kein Volksfrontprogramm, sondern ein Aktionsprogramm für zwei revolutionäre sozialistische Parteien zu entwerfen, trotzdem verhielten sich die Kommunisten genau so, wie sie sich in anderen Ländern aus Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien der Volksfront verhalten. Inhaltlich ist gegen das Aktionsprogramm, das in seinen engen Rahmen die wesentlichsten Forderungen unseres Entwurfes enthält, im grossen und ganzen nichts einzuwenden. Es stellt an die Spitze die Forderung nach Freiheitsrechte für die Arbeiter und behandelt in fünf Punkten die wirtschaftlichen und sozialen Arbeiterforderungen, Forderungen der Bauern und städtischen Mittelschichten und die ausserpolitischen Forderungen der österreichischen Arbeiterbewegung.

**Abschnitt II: Stellung zu den faschistischen Organisationen und zur Gewerkschaftsfrage.** Hier gab es mehrere Gegensätze, die in den Verhandlungen mit Mühe überbrückt werden konnten. Es gelang uns schliesslich, die Stellung gegenüber der E.G. ungefähr auf die Linie unserer "Gewerkschaftsrichtlinien" vom Vorjahr für beide Parteien im "Übereinkommen" durchzusetzen. Da die illegalen freien Gewerkschaften ungefähr auf denselben Standpunkt stehen, ist das ein besonders grosser Erfolg. Wenn in diesem wichtigen Punkt nun endlich die Taktik der gesamten illegalen Arbeiterbewegung einheitlich wird, so ist das ein grosser Fortschritt.

**Abschnitt III: Gemeinsame Aktionen.** In drei Punkten wird kurz eine Einschränkung der "Terminaktionen" festgesetzt, die Durchführung gemeinsamer Aktionen unabhängig von Terminen je nach der politischen Notwendigkeit, wobei bestimmt wird, dass für solche Zwecke keine sogenannte überparteiliche Aktionskomitees gebildet werden. Es steht fest, dass es in Österreich kein einziges solches Komitee mehr gibt. Die K.P. vermochte bisher auch nicht nachzuweisen, welchen praktischen Erfordernissen im Kampf diese Komitees heute noch zu dienen hätten. Wir haben im "Bündnisantrag" vorgeschlagen, dass bei gemeinsamen Aktionen die Verbindung der unteren Organisationsleitungen von je einem Mann hergestellt wird. Dieser Vorschlag ist schliesslich auch durchgedrungen, weil jedes andere Verfahren den heutigen Bedingungen der illegalen Arbeit nicht entspricht.

**Abschnitt IV: Zentrales Komitee.** Unter den Aufgaben des gemeinsamen zentralen Komitees wird auch aufgezählt, dass es die Erfahrungen der Zusammenarbeit für den weiteren Ausbau der Aktionsgemeinschaft zu verwerten hat. Dieses Komitee wird in Zukunft die einzige Instanz sein, die Einheitsfront-Verhandlungen der beiden Parteien führen wird. Im übrigen sind die Aufgaben dieses Komitees genau festgesetzt. Es ist keine gemeinsame Leitungsinstanz für beide Parteien. Gegenüber dem bisherigen Zustand bedeutet es jedoch einen Fortschritt.

**Abschnitt V: Dieser Abschnitt enthält als ersten Punkt eine Art Nichtangriffsklausel.** Demnach soll jede unkameradschaftliche und gehässige Kritik aufhören, was nicht verhindern soll, dass politische Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Diskussion ausgetragen werden. Wichtig ist ferner die Feststellung, dass der weitere Ausbau der Aktionsgemeinschaft in zentral geführten Verhandlungen erfolgen soll. Ein Hinweis auf die noch strittigen Fragen (Schutzbund, Unterstützungsorganisation) beschliesst das Übereinkommen.

Es wird nun notwendig, das "Übereinkommen" überall gründlich zu besprechen. Das soll in der nächsten Zeit in allen Organisationsleitungen, Arbeitsausschüssen und Zirkeln erfolgen. Dabei sollen die Vorschläge unseres "Bündnisantrages" mit dem "Übereinkommen" verglichen werden. Alles Material über den Verlauf der Verhandlungen und die Entwicklung der Beziehungen zwischen RS und KP seit Februar 1935 sowie eine ausführliche Darstellung unserer Einheitsfrontpolitik enthält die "Plattform".

Solidarität für die kämpfenden Versicherungsangestellten

RS und KP haben folgende gemeinsame Erklärung beschlossen: Der Zusammenbruch der Lebensversicherungsgesellschaft Phönix wurde von der Regierung in Einverständnis mit den Unternehmern zum Anlass genommen, den bestehenden Kollektivvertrag der Versicherungsangestellten zu zerschlagen, die Angestellten ihrer gewährleisteten Rechte zu berauben. Es handelt sich um 5.500 Angestellte aller österreichischen Versicherungsgesellschaften, die nach dem Gesetz der Willkür der Unternehmer ausgeliefert werden sollen. Einige tausend Angestellte will man ohne Abfertigung aufs Pflaster werfen, dem Rest soll ein Grossteil der Gehälter geraubt werden. Dieser Streich gegen die Rechte der Angestellten wurde von derselben Regierung geführt, deren Mitglieder nicht müde werden die Heiligkeit der Kollektivverträge und die Unantastbarkeit der Rechte der Arbeiter und Angestellten zu verkünden.

Die Krise des Phönix ist eine Folge der unter dem autoritären Regime ins masslose gesteigerten Korruptionswirtschaft dieser Gesellschaft. Der politische Kliquenkampf der herrschenden Korruptionisten hat die Krise ausgelöst. Die ersten Opfer sollen die Angestellten sein.

Der Schlag gegen die Angestelltenschaft wurde geführt ohne die eigene faschistische Gewerkschaft auch nur zu verständigen. Die Angestellten haben den Kampf selbst begonnen und in den meisten Betrieben Protestversammlungen veranstaltet. Unter ihrem Druck sah sich die E.G. genötigt, eine Massenversammlung ihrer Mitglieder einzuberufen; mit einigen radikalen Phrasen und Anklagen wollte sie sich die Führung der Protestbewegung der Angestellten sichern. Aber selbst das war ihr verwehrt. Ihre Versammlung wurde verboten, ihr Mitteilungsblatt beschlagnahmt, ihr Lokal zwei Stunden lang von der Polizei besetzt. So enthüllt jeder ernste Konflikt das wahre Antlitz des Regimes und seiner Gewerkschaften.

Die Freie Angestelltengewerkschaft hat für diesen Kampf folgende Parolen ausgegeben:

- Zurückziehung der Gesetze gegen die Angestellten!
- Freie Wahl der Vertrauensmänner in den Betrieben!
- Bildung eines aus den freigewählten Betriebsvertrauensmännern beschickten Zentralausschusses aller Versicherungsbetriebe Österreichs als Kampfleitung und Kontrollorgan über die E.G.!

Die gesamte gesamte Arbeiterschaft steht hinter den kämpfenden Versicherungsangestellten. Sie lässt sich von dem demagogischen Geschwätz der Unternehmer- und Regierungspresse über die angeblich hohen Gehälter der Versicherungsangestellten nicht irreführen. Von den 50 Millionen der Jahresgehaltssumme aller österreichischen Versicherungsgesellschaften entfallen 35 Millionen auf 800 Direktoren, Prokuristen und Vorstände, die ganze übrige Masse der Angestellten erhält nur 15 Millionen.

Arbeiter, Angestellte! Verlangt in allen Betriebsversammlungen und Konferenzen, bei allen Gelegenheiten Aufklärung über die Vorgänge bei den Versicherungsangestellten, macht die Forderungen der Versicherungsangestellten zu euren eigenen.

Der Skandal der Lebensversicherungsgesellschaft Phönix bedeutet eine schwere wirtschaftliche Erschütterung des Regimes. Für die dort aufgedeckte Korruption ist der Faschismus verantwortlich. Das muss den Widerstand aller werktätigen Volksschichten gegen die faschistische Herrschaft verdoppeln. Diesen Widerstand zum aktiven Kampf, zum Sturz des Regimes zu steigern, ist Aufgabe der Arbeiterklasse.

Die Revolutionären Sozialisten Österreichs Die Kommunistische Partei Österreichs

Das Ende der L.V.G. Phönix

Jeder Tag der letzten Woche hat die Phönixkrise verschärft. Alle Massnahmen der Regierung erwiesen sich als wirkungslos. Die Gesellschaft wurde schliesslich liquidiert. Wir berichten darüber ausführlich weiter unten.

Der politische Skandal wächst sich inzwischen weiter aus. Die Rolle der E.G. wird jeden Tag kläglicher. Sie darf keine Versammlungen der Versicherungsangestellten mehr veranstalten. Ihre Zeitung wurde konfisziert; ihr Sekretariat von der Polizei besetzt. Weinberger und Staud wurden zwar von Schuschnigg empfangen, aber dort abgekanzelt und grob zurechtgewiesen. Die E.G. sei nicht dazu da, die unerfüllbaren Ansprüche der Arbeiter und Angestellten zu vertreten. Österreich könne sich das nicht leisten. Schuschnigg wisse, dass hinter dem Regime nur 10 - 15% der Bevölkerung stehen und dass die Arbeiter feindselig eingestellt seien, und das sei ja gerade der Grund, weshalb man eine Diktatur brauche. - Weinberger und Staud gebebe sich darauf zu Innizer, um dort zu erfahren, dass die ganze Sache eine Angelegenheit der Politik sei, in die sich die Kirche nicht einmischen könne.

Jeder Schrank, der in der Phönix aufgemacht wird, enthüllt eine neue Korruptionsaffäre. Straffella ist bereits gefallen. Hauptsächlich um zu zeigen, dass die Regierung "Sühne" verlangt, und um abzulenken von den Dieben auf der Regierungsbank und im Regierungslager, wurden drei Direktoren der Phönix verhaftet. Wer aber soll die Forderung erfüllen, die der "Österreichische Volkswirt" aufstellt, dass alle Politiker im Haupt- und Nebenberuf, die an dem Skandal beteiligt sind, aus dem öffentlichen Leben verschwinden müssen? Zu den bereits mitgeteilten Namen der von Phönix subventionierten Personen und Organisationen werden noch bekannt Frau Herma Schuschnigg, Buresch, Dobretsberger, die israelitische Kultusgemeinde. Geradezu phantastisch sind die Summen, die der Heimschutz von Berliner bezogen hat. Es sollen insgesamt 35 Millionen Schilling sein. Das Mindeste war eine monatliche Subvention von 50.000 Schilling. Auch Reininghaus, der Nachfolger Berliners, der sich in die Positur des Korruptionstötters setzen wollte, hat Geld genommen. Auch er ist bereits gefallen. In jedem demokratisch regierten Land wäre eine Regierung von der solche Schweinereien aufgedeckt werden, in 24 Stunden weggefegt. In Österreich ereignet sich der in der Weltgeschichte wahrscheinlich einzigartige Fall, dass ein Minister gezwungen ist, zu bleiben, weil er an einer Korruption beteiligt ist. Dobretsberger musste seine Demission zurücknehmen; ihn wurde von seinen Ministerkollegen gedroht, dass im Fall seines Rücktrittes, der politisch unerwünscht war, die Öffentlichkeit erfahren würde, dass er sich von Berliner eine schöne Wohnung einrichten liess. Man fragt sich nach Kenntnis aller Details über die Geldspenden Berliners, wie die verschiedenen vaterländischen Führer und Organisationen in Zukunft existieren sollen, wenn es keinen Phönix mehr gibt.

Das Anwachsen der illegalen Propaganda im Zusammenhang mit dem Phönixskandal, die wachsende Erbitterung der Bevölkerung gegen die autoritäre Sozialwirtschaft hat die Regierung bereits sehr unruhig gemacht. Eine amtliche Mitteilung spricht von abenteuerlichen Gerüchten in der Gestalt öffentlicher Verleumdungen; die von unverantwortlicher Seite verbreitet werden. Es wird aufgefordert, jeden Verbreiter solcher Behauptung, auch wenn die Verbreitung nur fahrlässig erfolgt, sofort zur Anzeige zu bringen. Niemand wird es wagen, angesichts der Empörung im ganzen Land gegen jene Anzeigen zu erstatten, die mitteilen, was von allen Volksschichten gierig erwartet wird: Die Wahrheit über die Schuld der faschistischen Korruptionisten an dem Phönixskandal. Es ist unsere Aufgabe, die Schuldigen zu entlarven, die politischen Hintergründe aufzuzeigen und das Regime zu hindern, mit Ablenkungsmanövern seinem Schicksal zu entkommen. Eines dieser Ablenkungsmanöver, auf das wir in unserer Propaganda unter den Massen besonders achten müssen, ist die in letzter Zeit und im Zusammenhang mit der Phönixkrise besonders hervorgetretenen antisemitischen Propaganda. Es ist das eine Auffrischung des christlichsozial - klerikalen Antisemitismus, für den Innitzer selbst das Stichwort gegeben hat. Der gerissene Kunschak benutzt dieses Mittel wieder von sich reden zu machen. Vizebürgermeister Kresse, Adam und die ganze klerikale Presse bemühen sich auf dieselbe Weise. Damit will man offenbar auch Nazistimmungen für das Regime ausnützen. Der Phönixskandal und die Bestechungsliste mit den Namen der prominenten vaterländischen Führer zeigen, dass diese Antisemiten die besten Freunde Berliners waren, mit dessen Hilfe ihre Herrschaft in Österreich aufgerichtet wurde.

Es ist sehr bemerkenswert, dass die Erregung über den Phönixskandal auf dem Lande, unter der bäuerlichen Bevölkerung, besonders gross ist. Unsere Provinzorganisationen müssen trachten, indem sie unsere Aufklärungs- und Enthüllungspropaganda auch in die Bauern tragen, diese Stimmung gegen das Regime zu verstärken und für unsere Kampfparole gegen das Faschismus auszunützen.

Wirtschaftliche Rundschau

Der Phönixskandal.

Als die Regierung vor 14 Tagen die Schwierigkeiten, die infolge eines Mangels der Prärienreserve beim Phönix eingetreten waren, der Öffentlichkeit bekannt machte, ahnte sie nicht, ahnte sie nicht, in welches Wespennest sie dabei gestochen hatte. Nicht weniger als drei Mitglieder der Regierung haben im grössten Ausmass Bestechungsgelder angenommen und eine grosse Zahl anderer prominenter Leute des heutigen Regimes ist schwer kompromittiert. Im autoritären Staat ist aber keine Rede von einem Abtreten der Regierung. Die Zeche müssen die Versicherten und die Angestellten allein zahlen: Mit einer Verordnung der Regierung wird die Lebensversicherungsanstalt "Phönix", die bis vor kurzer Zeit die grösste Versicherungsgesellschaft Österreichs und die drittgrösste Lebensversicherungsgesellschaft des Kontinents war, aufgelöst. Wenn auch in keiner amtlichen Vorlautbarung das Wort Konkurs steht, so handelt es sich doch einfach um einen Konkurs der grössten österreichischen Versicherungsgesellschaft. Was mit den Angestellten geschehen soll, ist noch nicht bekannt, aber aller Voraussicht nach wird der grösste Teil der Angestellten, die Zahl in Wien allein beträgt 1800 und der Agenten, die mindestens 3000 Personen ausmachen, aufs Pflaster geworfen werden. Nach dem Gesetz steht den Angestellten des Phönix nicht einmal das Recht auf volle Befriedigung ihrer Abfertigungsansprüche zu; alle Ansprüche, die den Betrag von 2400 Schilling übersteigen, werden nur als Konkurrenzforderungen behandelt. Aber auch die Versicherungsnehmer des Phönix werden schwer geschädigt. Die Versicherungsgesellschaft, die neu gegründet wurde und die den inländischen Versicherungsstock des Phönix übernehmen soll, hat das Recht, bei Lebensversicherungsverträgen, bei denen höhere als dem aufsichtsbehördlich genehmigten Versicherungsplan entsprechende Leistungen zugesagt sind, diese Leistungen zu reduzieren. Während in der ersten Vorlautbarung der Regierung nur die Rede davon war, dass die Versicherungsgesellschaften eine Umlage in den Versicherungsfonds zu zahlen haben werden, stellt sich jetzt heraus, dass alle Versicherten an den Versicherungsfonds eine Umlage zu entrichten haben und zwar müssen die gegen Hagel- und Viehschaden Versicherten eine Umlage von 1%, bei den übrigen Versicherungsweigen von 6% zahlen. Das heisst, dass jeder kleine Beamte und Gewerbetreibende, der sich gegen Ableben versichert hat, jeder Geschäftsmann der gegen Feuer und Einbruch versichert ist, plötzlich eine um 4% höhere Prämie zu leisten hat.

Die neu gegründete Gesellschaft "Österreichische Versicherungs A.G." übernimmt das gesamte inländische Lebensversicherungsgeschäft des Phönix. Das Aktienkapital der neuen Gesellschaft beträgt 10 Millionen Schilling, das von der Assicurazione Generali, der Creditanstalt - Wiener Bankverein, der Städtischen Versicherung und dem Kreditinstitut für öffentliche Unternehmungen eingezahlt wird. Wie sich die Einzahlungen verteilen ist noch nicht bekannt. Da aber die Städtische Versicherung der Gemeinde Wien gehört, das Kreditinstitut ein staatliches Unternehmen ist, stellt sich heraus, dass ein grosser Teil des Aktienkapitals durch öffentliche Mittel vorgestreckt wird. Das Versprechen, dass keine öffentliche Mittel zur Sanierung des Phönix herangezogen werden, stellt sich als eine Lüge heraus. Den kleinen Angestellten und den kleinen Agenten ist einstweilen die Auszahlung ihrer Provisionen gesperrt worden. Alle Versprechungen der Regierung haben sich als hohle Phrase erwiesen. Nie ist in so schamloser Weise die Öffentlichkeit an der Nase herumgeführt worden. Der einzige Gewinner in dieser Angelegenheit ist Mussolini. Die Assicurazione Generali übernimmt das ungarische Geschäft des Phönix, sie beteiligt sich mit 35% an der Allgemeinen Versicherungsgesellschaft Phönix, die Schadenversicherungsgeschäfte betrieben hat und deren Aktien sich zum grossen Teil in Händen des Lebensphönix befunden haben, ausserdem ist die Assicurazione Generali an der neuen Versicherungsgesellschaft beteiligt. Gegenwärtig ist der grösste Teil des österreichischen Versicherungsgeschäftes in Händen italienischer Gesellschaften. Was nicht in Besitz der Assicurazione ist, gehört der Rünione Adriatica. Nur einige kleinere Gesellschaften wie der Anker, Donau etc. gehören einem Schweizer Konzern an.

## Aussenpolitische Rundschau

Der französische Plan, der den deutschen entgegengestellt wurde, ist stark von agitatorischen Absichten gegen den Hitlerplan beherrscht. In Wirklichkeit ist sein politischer Sinn einfach der, das hitlerfeindliche Bündnis in die Form eines europäischen Abkommens zu kleiden. Klar ist jetzt geworden, dass jede der beiden Westmächte gegen einen Vertragsbrecher vorgehen will: Frankreich gegen Deutschland, England gegen Italien. Dabei wären sie bei einheitlicher Politik stark genug gewesen, um beiden standzuhalten. So drohen Paris und London mit Sonderaktionen: Paris mit Besetzung des Saargebietes, London mit Massnahmen im Mittelmeer und Afrika. Man darf aber diese Differenzen nicht überschätzen; im entscheidenden Augenblick wird der englische und der französische Imperialismus die gemeinsamen Interessen voranstellen.

Die kleine Entente hat formell gegen die österreichische Aufrüstung protestiert und Berger-Waldenegg hat darauf geantwortet - dass er gar nicht antworten werde. Italien hat ihn wieder einmal den Nacken gesteuft. Aber die österreichische Wehrpflicht hat die Konfliktstoffe im Donauraum wieder verstärkt. Das muss sogar der Wiener Blätterwald zugeben, der zuerst nur erzählte, wie begeistert ganz Europa von unserem Schritt sei. In übrigen hat das Ausland bisher nur deshalb energische Massnahmen unterlassen, weil es sich sagt, dass wir ja ohnehin kein Geld haben, um die Wehrpflicht ernstlich durchzuführen und es sich bloss um ein Ablenkungsmanöver vom Phönixskandal gehandelt habe.

Abessinien ist militärisch zurückgeworfen, wenn auch zweifellos nicht im Ausmass der italienischen Meldungen. Dieses Ergebnis ist erzielt worden einerseits mit dem zivilisatorischen Mittel des Giftgases, andererseits durch ein Aussetzen der Waffen- und aussenpolitischen Hilfe Englands. Aber Italien hat heute schon wenig Anlass zu Triumphschreien; seine Finanzlage, die durch ein Aufgebot von Kampfkraft, das etwa gleich dem des Weltkrieges ist, noch angespannt wurde, wird im Westen als katastrophal beurteilt. Deshalb dürfte es nicht ganz so unachgiebig sein, wie die Mussolini-reden klingen.

In Spanien wurden die für Ostersonntag angesetzten Gemeindevahlen verschoben. Die Linke antwortete mit der Absetzung des Staatspräsidenten Zamora, der unter Le-roux demokratisch, in den letzten Monaten aber ausgesprochen reaktionär gewirkt hat. Noch wichtiger ist, dass die revolutionäre Bewegung immer noch wächst und auf dem Lande die Aufteilung des Grossgrundbesitzes fortschreitet. Largo Caballero hat eine grosse Rede für eine marxistische Einheitspartei und eine Sowjetrepublik Spanien gehalten. Die sozialistischen und kommunistischen Jugendorganisationen haben sich unter dem Namen "Vereinigte Sozialistische Jugend Spaniens" zusammengeschlossen; der neue Verband zählt über 100.000 Mitglieder.

In Frankreich beherrscht im Wahlkampf bisher die Volksfront das Feld. Gerade im richtigen Augenblick hat sich herausgestellt, dass ganz nach dem deutschen Minister der Weimarer Republik auch hier die Armeewaffen bei den Feuerkreuzlern "dopeniert" hat. Auch die Krise der Francswährung ist ein Wahlmanöver für Reaktion, die Inflationsfurcht erzeugen will.

## Internationale Arbeiterbewegung

Aus Spanien berichtet Schevenels, der Generalsekretär des I.G.B., Reiseindrücke in Pariser "Peuple". Er fand in Asturien alle politischen Gefangenen betroffen und mit Feuereifer am Wiederaufbau der Organisation tätig. Die sozialistischen Gemeindefunktionäre sind überall wieder eingesetzt. Dabei sind aber die Spuren der barbarischen Verwüstungen der "Ordnungstruppen" vielfach noch sichtbar. Nach dem Wahlsieg wurden die Unterdrückungsgruppen sofort abgezogen. Der Wiederaufbau der Gewerkschaften geht rapid vor sich; heute schon sind weit mehr Bergarbeiter organisiert als vor dem Oktoberaufstand. Der spanische Gewerkschaftsbund hat bereits eine Mitgliederzahl von einer Million überschritten. Der Linksdruck auf die Regierung Azana wächst. Die Reaktion hat aber ihr Spiel noch nicht aufgegeben und kämpft u.a. mit einer Reihe individueller Terrorakte gegen Arbeiterführer. Kein Wunder, dass die Arbeiterschaft mit Gewalt antwortet.

In Belgien hat der Wahlkampf bereits mit aller Wucht eingesetzt. Die Arbeiterpartei bestreitet ihn vor allem mit der Propaganda für den "Plan der Arbeit", in dem wenigstens einige Sozialisierungsforderungen enthalten sind. Das Wahlmanifest fordert eine Arbeiterregierung, die "Strukturreformen" der Wirtschaft (z.B. staatliche Kreditkontrolle), öffentliche Arbeiten, sozialpolitische Verbesserungen u.s.w. durchführt. Der Abschnitt "Für den Frieden" bringt wieder einmal die Forderung nach kollektiver Sicherheit im Rahmen des Völkerbundes, aber auch ein Bekenntnis zu einer "anders organisierten" Landesverteidigung (Nationalisierung der Kriegsindustrie u.s.w.).

In Indien hat bei den jüngsten Wahlen zum Kongress die sozialistische Bewegung einige bemerkenswerte Erfolge erzielt. So wurden z.B. in Bombay alle fünf aufgestellten Kandidaten gewählt.

## Eine verschnittene Angelegenheit

Am 7. April hielt Herr Schmitz, Bürgermeister der Stadt Wien, im Rundfunk eine Rede, in der er, ausgehend von den mehr als 1000 Zuschriften die er auf seine letzte Radiorede bekam, auf die "zwei grossen Sorgen" der Wiener Bevölkerung einging: Stellenlosigkeit und Wohnungsnot. Was die Stadt Wien an Arbeitsmöglichkeit schafft ist herzlich wenig, wenn der Herr Bürgermeister auch versichert "die Stadt Wien tut was sie kann und das ist nicht wenig". Wenn er 90,4 Millionen, die in den drei Jahren 1934 - 1936 für Arbeitsbeschaffung vorgesehen wurden in noch so viele Teilbeträge zerlegt, ist das doch nur soviel als die rote Gemeinde in einem Jahr nur allein für Wohnhausbauten ausgegeben hat. Auch dann, wenn dazu noch der Hausreparatur- und der Assanierungsfonds kommen, der in den beiden letzten Jahren 7 Millionen Schilling zu vergeben hatte.

Der Hausreparaturfonds spielte auch in jenem Teil der Rede, die das Kapitel Wohnungsnot behandelte, eine hervorragende Rolle. Die Leistungen aus diesem Fonds sind nämlich so ziemlich das einzig Positive das der Herr Bürgermeister in diesem Zusammenhang aufzählen kann, wengleich auch da nur von alten Hauskanälen, altertümlichen Klosettanlagen und Neubauten von Aufzügen die Rede war. Ein Fonds also, der keineswegs dazu dient den nutzbaren Wohnraum zu vermehren, sondern den Hausherrn dazu verhelfen soll mit billigen Geld veraltete Hauseinrichtungen umzubauen. Über die Errichtung von neuen Wohnungen liess sich der Herr Bürgermeister also vernahmen: "So einfach geht das Bauen nicht. Wir müssen auch wissen, ob wir bei der fortwährend abnehmenden Bevölkerung nicht etwa in einigen Jahren das Malheur erleben könnten, dass Häuser der Gemeinde ganz oder teilweise leerstehen". Einem solcher Malheur kann selbstverständlich eine vorsorgliche Gemeindeverwaltung weder sich noch die Hausherrn aussetzen. Darum baut sie - die Familie ist heilig - noch ein Familienasyl und leistet für jeden Kirchenbau einen entsprechenden Zuschuss.

Die Senkung der Lebenskosten zeitigte ein "immerhin erfreuliches Ergebnis". Einige Lebensmittel sind nämlich um wenige Groschen billiger geworden, was auf die Lebensführung der Arbeitslosen bestimmt einen entscheidenden Einfluss üben wird. Das umso mehr, als Herr Schmitz eine Absicht, die er schon zwei Jahre verfolgte, nun endlich der Erfüllung nahebringen konnte: "Es handelt sich darum dass auch die Stadt Wien ... nicht nur inner von der Bevölkerung (sfer verlange, sondern auch zu Gunsten der Bevölkerung Opfer bringe". Es handelt sich um den Gaspreis, der, nach einer späteren Verlautbarung der Rathauskorrespondenz "von 23 Groschen (unter Entfall der sinnwidrigen Berechnung (!) der ersten 10 Kubikmeter mit 20 Groschen pro Kubikmeter) auf 21,5 Groschen pro Kubikmeter herabgesetzt wird". Das bedeutet, dass für die Ärmsten, die kleinsten Verbraucher, durch diese "Verbilligung" eine Verteuerung des Gaspreises um 1 1/2 Groschen pro Kubikmeter eingetipst ist. Wer sich dagegen eine Raum- und Badezimmerheizung mit Gas leisten kann, für der wurde der Gaspreis sogar um 4 Groschen pro Kubikmeter ermässigt. Die "Preisherabsetzung" verursacht der Gemeinde angeblich einen Einnahmefehl von 3 Millionen Schilling. Es ist aber, durch den Entfall jener "sinnwidrigen Berechnung" der früheren Gemeinde, dafür gesorgt, dass durch die Groschen der Armen der sich aus der Verbilligung für die Reichen ergebende Verlust nicht zu gross wird.

## II. PROPAGANDDIENST UND NACHRICHTEN

So schaut die Milde der österreichischen Gerichte aus. Am 16. April fand nach einer Untersuchungshaft von nicht weniger als einem Jahr die Verhandlung gegen den Kommunisten Rudolf Auerhahn, gegen Franz Bösch und Malvine Steiner statt. Auerhahn wurde zu 2 1/2 Jahren schweren Kerker, Malvine Steiner, die bereits in einem anderen Verfahren 15 Monate erhalten hatte, bekam eine Zusatzstrafe von 3 Monaten, Bösch musste infolge Mangel jegliche Beweise freigesprochen werden. Auerhahn war, wie wir bereits berichteten, beim Überschreiten der Grenze verhaftet worden; man fand bei ihm einen Mai aufruf der tschechischen kommunistischen Partei. Weiters wurde in einem Büro der kommunistischen Partei, das von der Polizei ausgehoben wurde, Belege gefunden, die nach Aussage eines Schriftsachverständigen, die Unterschrift Auerhahns tragen. Auerhahn bekannte sich in der Verhandlung zu seiner kommunistischen Jesinnung und gab auch zu, illegal gearbeitet zu haben. Malvine Steiner, die schwer lungenleidend ist, wurde noch einmal angeklagt, in dem Büro der kommunistischen Partei gearbeitet zu haben, obwohl sie bereits wegen desselben Deliktes in einem anderen Prozess verurteilt worden war.

Prozess am laufenden Band. Am 8. April wurden im beschleunigten Verfahren die ehemaligen Schutzbündler Franz Vogel zu 13 Monaten, Georg Dobrotzka zu 12 Monaten, Emmerich Hofer zu 6 Monaten, Josef Gradl und Anton Kubelle zu je 12 Monaten schweren Kerker verurteilt. Man konnte den Angeklagten nichts anderes als die Herstellung einiger abgezogener Zeitungen, "Der Sprecher", nachweisen. Mit diesen Strafen ist es aber nicht abgetan, die Angeklagten, die noch mit einer Reihe anderer ehemaliger Ottakringer Schutzbündler verhaftet wurden, sollen in nächster Zeit noch einmal vor Gericht gestellt, und wegen einer Anzahl anderer Delikte angeklagt werden.

Von der nationalsozialistischen Propaganda. Ein Bericht aus Tirol: ... Es sind aus Deutschland einige Einkaufskommissionen gekommen, die Vieh, Holz und Käse zusammenkaufen. Bisher hatten sich die Käufe auf Zuchtvieh beschränkt. Jetzt war aber nicht mehr die Qualität ausschlaggebend, sondern die Quantität. Die Viehpreise haben daraufhin um S 50 pro Stück angezogen. Das machte die Bauern für eine starke Pro-Deutschland-Stimmung empfänglich. Aber auch beim Holz stieg der Preis von S 11 bis S 13 pro Kubikmeter auf S 22 (Papierholz). Der dritte stark begehrte Artikel, Käse und Butter, wurde in solchen Mengen gekauft, dass Tirol nahezu ausverkauft war. So hat z.B. die Landwirtschaftsschule Rotholz den gesamten fertigen aber auch den noch nicht fertigen Käse verkauft, ein Umstand, den die dortigen Arbeiter noch nicht erlebt haben. Die Händler vergaßen nicht, mit den Ankäufen eine geschickte politische Propaganda zu verbinden, die die Segnungen des Dritten Reiches herausstrich. Die Nationalsozialisten selbst verbreiteten in den Dörfern ihre Zeitung "Der rote Adler". Darin wird dem angeblichen Wirtschaftsaufschwung in Deutschland der wirtschaftliche Ruin Österreichs gegenüber gestellt.

Sorgen der Legitimisten. Legitimistische Führer schrieben einander folgende Sachen: "... wurde die Frage aufgeworfen, ob etwa bei einer Rückkehr des Kaisers die Erzherzöge und Erzherzoginnen vom österreichischen Staat erhalten werden müssten. Um bei der nächsten Versammlung über diese Angelegenheit sprechen zu können, von dir zu erfahren, wie man sich in massgebenden Kreisen hierzu stellt. Jedenfalls wird es gut sein, die Gegner unserer Bewegung auch über diese finanzielle Frage zu beruhigen ...". Ein anderer: "... Wenn ich gefragt wurde, was mit dem Kaiser ist, wann er kommt, dann sage ich in den Versammlungen: Er kommt schon, und vielleicht bald, vielleicht früher als Viele glauben; Unser tüchtiger Ritter von Wiasner wird schon wissen, wann der richtige Zeitpunkt da ist..." - Es scheint, dass die Monarchisten es nicht mehr erwarten können und ihre Führer schon hart bedrängen.

Rebellische Heimwehr. Eine Abteilung Linzer Heimwehr hat am 30. März dem Heimwehr-Vizebürgermeister Danner im Amt einen Besuch abgestattet. Die Kameraden kamen mit ihren Einstellscheinen und verlangten Arbeit. Danner versuchte sie abzuwimmeln, sie aber schlugen Krach und schrieen: "Du Schuft, du Gauer, du sitzt im Irkoben und uns lässt du verrecken du besoffenes Schwein" und ähnliches. In grösster Verlegenheit ersuchte der Heimwehbranze den schwarzen Bürgermeister Beck, er möge die Polizei rufen, worauf der schmunzelnd die fandalierenden Bänder beruhigte und durch gütliches Zurufen zum Heingehen veranlasste. - Auch im Wiener Neustädter Rathaus demonstrierten vor Kurzem uniformierte Heimwehler, verlangten den Bürgermeister Zsch zu sprechen und riefen: "Hunger! Hunger!" Sie forderten von ihrem Parteigenossen Zsch, dass sie irgendwo in Arbeit gestellt werden, was dieser jedoch ablehnte. Als die Demonstranten nicht abzogen, wurden sie von der Polizei, die der Herr Bürgermeister zu Hilfe rief, abgedrängt.

Die Kleinen Diebe. In Graz hat der Kassier der E.G. in der Vereinsdruckerei Kanietzschek, 4500 Schilling Gewerkschaftsgelder unterschlagen. Da seine Familie was hat, wird sie zur Schadensgutmachung herangezogen. - Bei der Stadlung der Heimwehr in Linz fehlen 52.000 Schilling; zwei hervorragende Erneuerer Österreichs sind damit ins Ausland abgedampft. Der frühere oberösterreichische Nationalrat Bauer, Besitzer einer Grossgastwirtschaft, der seinerzeit den "Katholischen Flügel" der Christlichsozialen angehörte, hat seinen Sohn in einem Amt untergeordnet, weil er nicht die Mittel hat, ihn auszuhalten. Er hat nämlich nur drei Einkommen: Als Verwaltungsrat S 400, als Vicepräsident der Gastwirtengemeinschaft S 300 und als Präsident der Zentralstelle S 400. - Der Gemeindefunktionär Bergmann in Bruck a.d. Mur, Hauptmann und Kommandant der Sturmabteilung, übernahm 270 Schilling zur Zahlung an einen Schneidermeister. Es handelte sich um Geld das zur Bezahlung von Uniformen gesammelt worden war. Erst als der Schneider bei der Gemeinde vorschickte und Bezahlung verlangte, gestand Bergmann. Nun wurde vereinbart, dass 150 Schilling die Gemeinde zahlen werde und Bergmann soll sich 100 Schilling abziehen lassen. Statt die 150 Schilling den Schneidermeister zu bringen versoff Bergmann wieder 30 Schilling und überbrachte nur 120. Trotzdem macht er in der Gemeinde Bruck Dienst, als ob nichts geschehen wäre. (Die Gemeinde Bruck hat auch auch einen gewissen Pollatschek angestellt, obwohl er eine Gärtnerei hat, in der familienfremde Hilfskräfte arbeiten; vermutlich aus Zorn gegen die Doppelverdiener!)

Vaterländische Konkurrenzrevier. In Perg, Oberösterreich, hat der Gemeindefunktionär und Ortsstellenleiter der VF eine Verordnung erlassen, die beinhaltet, dass die vaterländische Bevölkerung nur bei vaterländischen Geschäftsleuten einkaufen dürfe. Da es deren aber nur einen oder zwei gibt, war die ganze Kaufmannschaft beleidigt; etwa 20 Kaufleute brachten gegen den Ortsstellenleiter eine Kollektivklage auf Grund des Antierrennengesetzes ein. Die Klage wurde vom Rechtsanwalt Dr. Prauer vertreten. Der Bezirksrichter von Perg gab der Klage statt und verurteilte die VF die rechtswidrige Verordnung zurückzurufen. Der Zorn der Vaterländischen durchzitterte ganz Oberösterreich und nun wurde von Otan eingegriffen: Der Bezirksrichter wurde versetzt, der Rechtsanwalt Dr. Prauer zu 4000 Schilling Geldstrafe und zu 4 Monaten Wöllersdorf verurteilt. - In Perg selbst aber hat die Verordnung der VF folgende Wirkung ausgelöst: Ein Gastwirt hängte eine Tafel aus, auf der bescheiden stand, dass er nicht Mitglied der VF sei, mit dem besten Erfolg, dass er das beste Geschäft unter allen Winkeln macht!

Aufrüstung. Die österreichische Heeresverwaltung hat bei der Firma Julius Pintsch A.G. zwei Jagdflugzeuge, Type Tigerschwalbe (mit einer ausserordentlichen Leistungsfähigkeit nach Gutachten der Fachleute) in Auftrag gegeben. - Auch in Hirtenberg arbeitet man derzeit an der Erzeugung eines zwei motorigen Kampflugzeuges, das mit drei Maschinengewehren ausgerüstet ist. Ausserdem baut man an fünf Apparaten leichter Type, die auch von der Polizei in Verwendung genommen werden soll. Es wird auch an grossen Munitionsbestellungen aus Italien gearbeitet, hauptsächlich Gewehrmunition. - Die Polizei hat der Auftrag erhalten, Listen über Privatpferde anzulegen, die für militärische Zwecke verwendbar sind.

Die vormilitärische Jugendziehung. Den Besuchern des Wienerwaldes bietet sich jetzt zu den Wochenenden das seltsame Bild von Heimwehrjugend, die militärische Übungen u.s.w. abhält. Die Jungen sind mit Gewehren, Stahlhelmen (manchesmal Atrappen) mitunter sogar mit Maschinengewehrattrappen ausgerüstet und die Natur wird den Kindern von ihren militärischen "Erziehern" von strategischen Standpunkt näher gebracht gebracht. Sehr häufig hört man von den Besuchern der Ausflugsorte, die solchen Gruppen begegnen, überaus abfällige Bemerkungen über derlei "Erziehungsmethoden".

Achtung!  
Stafti Glöga u Wien XII., wirkt als Spitzel. Ebenso Alois Nowotny Wien XIV., Denglergasse 6, derzeit in Haft. Aktenmässig nachgewiesen.

## 7.2 Tabelle

Datum	Beilagen	Rundschau	Themen
20.11.1934	-		+Einigung der Sozialistischen Arbeiterinternationalen +Beschluss der Internationale und Erklärung der Linken +Die Bedeutung des Beschlusses +Weitere Beschlüsse der Internationale +Lügen der bürgerlichen Presse
22.01.1935	-		+Die Gewerkschaften und die Februarereignisse +Schwierigkeiten im Znaimer Emigrantenlager
04.04.1935	-		+Der Hungerstreik im Polizeigefangenenhaus +Gerüchte über Verhandlungen mit der Regierung +Der Arbeitersonntag geht endgültig ein +Unstimmigkeiten und Missverständnisse bei den Wehrverbänden in N.Ö. +Die Sozialisten in der belgischen Regierung +Die Habsburgerfrage -aktuell- +Zwischen den Internationalen +Norwegen +Schweiz +Ungarische Wahlen
17.04.1935	-		+Die Information +Ausbau der Propaganda +Jugendarbeiten in den Bundesländern +Betriebsberichte +Keine überflüssigen Gefährdungen +Vom Schutzbundprozess +Dr. Otto Leichter kommt ins Landesgericht +Neue Heimwehrunruhen +Wehrpflicht
18.06.1935	-		+Zur politischen Lage +Die Vorgänge in Frankreich +Der Fall des Genossen Szydzina +Herr Staud verlangt das Ehrenwort +Wie man im heutigen Österreich lebt +Die Galeerensklaven des Sportführers +Der Herr Vizekanzler ärgert sich +Eine Heimwehr-Pressekonferenz in Klosterneuburg +Lohnkürzungen +Das Gewerkschaftshaus +Korruption +Die Gewerkschaft wird noch nicht gefragt
02.07.1935			+Eine Kampfwoche für die politischen Gefangenen +Die Metallarbeiter vereinigen sich +Versöhnungsbankrott und zunehmender Heimwehrterror +Ein christliches Schanddokument +Wie die Vaterländische Front Mitglieder wirbt +Redeverbot für den Gewerkschaftsobmann der Lebensmittelarbeiter +Schlechte Vaterländische Konjunktur +Stosstrupps gegen Illegale +Herr und Knecht an einem Tisch bei einer Schüssel +Sein größter Stolz +Bundesbahnlotterie-Ziehung in Klosterneuburg mit Fiasko und Aufregung +Wie die Wiener Bezirksvertretungen jetzt ausschauen +Genossin Vandervelde bei den politischen Gefangenen

Datum	Beilagen	Rundschau	Themen
23.07.1935 -			<ul style="list-style-type: none"> <li>+Organisationsmitteilungen</li> <li>+Politische Betriebsarbeit</li> <li>+Dollfuss und die Göc</li> <li>+Statt Einheitsfront Einheitsfrontdemagogie</li> <li>+Amtliche Ziffern über den Wirtschaftsaufschwung</li> <li>+Die Dividenden Steigen</li> <li>+Unfälle bei der Arbeiterschlacht</li> <li>+Siegreicher Streik gegen Unternehmerübermut</li> <li>+Polizeibestialitäten während des Hungerstreiks</li> <li>+Überraschende Wendung im Kärntner Prozess</li> <li>+Wie sie den Februar liquidieren</li> <li>+Streuaktionen</li> <li>+Das Gardebattillon nach Wöllersdorf</li> <li>+Volkstrauer-wenn der Wachmann nachhilft</li> <li>+Wieder 69 neue Mitglieder bei der Einheitsgewerkschaft</li> <li>+Neues von der Erpressergewerkschaft</li> <li>+Der Skandal mit der Reichsbrücke</li> <li>+Frau Schuschnigg ein Opfer der gestoppten „Arbeiterschlacht“</li> <li>+Ein Verbrechen, das ungesühnt bleiben soll</li> <li>+Noch immer Rache für den Feber 1934</li> <li>+Ein feiner Priester</li> <li>+Das Schülerpreisausschreiben über Österreich</li> <li>+Der Mandl ist unzufrieden</li> <li>+Frass und Völlerei als „Arbeiterschlacht“</li> </ul>
07.01.1936 -		<ul style="list-style-type: none"> <li>+Aussenpolitische Rundschau</li> <li>+Internationale Arbeiterbewegung</li> <li>+Wirtschaftliche Rundschau</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+Zur politischen Lage</li> <li>+Aussenpolitische Rundschau</li> <li>+Internationale Arbeiterbewegung</li> <li>+Wirtschaftliche Rundschau</li> <li>+Ein autoritärer Bürgermeister</li> <li>+Ein illegaler Weihnachtsbaum</li> <li>+Aus Niederösterreichischen Betrieben</li> <li>+Einer, der zu lang bei Starhemberg in die Schule ging!</li> <li>+Kriegswirtschaft im Dritten Reich</li> <li>+Zinserhöhungen in Innsbruck</li> <li>+Sympathie auf Befehl</li> <li>+Aussen hui, innen pfui!</li> <li>+Auch eine Winterhilfe!</li> <li>+Ein neuer Skandal Starhembergs</li> <li>+Strick und Kreuzifix</li> </ul>
14.01.1936 -			<ul style="list-style-type: none"> <li>+Zum zweiten Jahrestag der Februarkämpfe</li> <li>+Prozess der Wiener Strassenbahner</li> <li>+Hochverratsanklage gegen 22 Arbeiter</li> <li>+Februarkämpfer in Wöllersdorf</li> <li>+Wer nicht begnadigt wird</li> <li>+Untersuchungsrichter Baschiera überlastet</li> <li>+Terror gegen Krankenkassenangestellte</li> <li>+Sammelmethoden für die Winterhilfe</li> <li>+Vaterländische Korruption</li> <li>+Herr Mandel geht es gut</li> <li>+Noch eine Bürgermeisterliche Korruption</li> <li>+Es wird ihm rot vor den Augen</li> <li>+Die letzte Sitzung der Wiener Rechtsanwaltskammer am 19. Dezember 1935</li> <li>+Den Wiener Schulkindern...</li> </ul>

Datum	Beilagen	Rundschau	Themen
25.02.1936	-	+Aussenpolitische Rundschau +Wirtschaftliche Rundschau	+Der große RS-Prozess +Spanien und Österreich +Polizeiphantasien +Die VF im Dienste des Kampfes gegen die Februaraktionen +Der Lohnkampf in der Automobilindustrie +Aussenpolitische Rundschau +Wirtschaftliche Rundschau +Wie sie stehlen +Verhaftungen von Amnestierten
17.03.1936	-	+Aussenpolitische Rundschau +Internationale Arbeiterbewegung +Wirtschaftliche Rundschau	+Der Monsterprozess gegen die RS +Rheinlandbesetzung und Völkerbund-Diplomatie +Lohn und Dividende +Wirtschaftliche Rundschau +Aussenpolitische Rundschau +Internationale Arbeiterbewegung +Es ist nicht alles so wie es sein soll +Arbeitsschlacht der VF in Mistelbach +Beitragsstreik bei der Polizei
24.03.1936	-	+Aussenpolitische Rundschau +Internationale Arbeiterbewegung +Wirtschaftliche Rundschau	+Der Monsterprozess gegen die RS +Aussenpolitische Rundschau +Internationale Arbeiterbewegung +Wirtschaftliche Rundschau +Zweierlei Mass +Die Arbeiter bekennen sich zum Februar +Die Bonzen haben kein Vertrauen +Was der lernenden Jugend vorgesetzt wird +Der Monsterprozess gegen die RS (Fortsetzung) +Konfessionslose Eltern
31.03.1936	-	+Aussenpolitische Rundschau +Internationale Arbeiterbewegung +Wirtschaftliche Rundschau	+An die politischen Funktionäre +Eine zusammengebrochene politische Aktion des Regimes +Aussenpolitische Rundschau +Internationale Arbeiterbewegung +Wirtschaftliche Rundschau +Eine überwältigende Streuaktion im Stadion +Spitzel gegen Straßenbahner +Vertrotteltung- oder tiefere Bedeutung? +Die Verpfaffung der Schule +Die Zustände in der Wäscherei der Stadt Wien +Die beliebte Wochenschau +Arbeitsbeschaffung +Eine Diebsbande ausgehoben +So wirtschaften sie mit gestohlenem Arbeitergut +Treue Hände +Delogierung eines entlassenen Werkarbeiters +Und bist du nicht willig... +Der Dank eines Schutzkorpsmannes
07.04.1936	-		+Schmutzige Vögel +Die Dienstpflicht +Arbeitsbeschaffung

Datum	Beilagen	Rundschau	Themen
14.04.1936 -		+Aussenpolitische Rundschau +Internationale Arbeiterbewegung +Wirtschaftliche Rundschau	+Das Ergebnis unserer Verhandlungen mit der KPÖ +Solidarität für die kämpfenden Versicherungsangestellten (RS + KPÖ) +Das Ende der L.V.G. Phönix +Wirtschaftliche Rundschau +Aussenpolitische Rundschau +Internationale Arbeiterbewegung +Eine verschmitzte Angelegenheit +So schaut die Milde der österreichischen Gerichte aus +Prozess am laufenden Band +Von der nationalsozialistischen Propaganda +Sorgen der Legitimisten +Rebellische Heimwehr +Die kleinen Diebe +Vaterländische Konkurrenzmanöver +Aufrüstung +Die vormilitärische Jugenderziehung +Achtung!(Warnung vor Spitzel)
21.04.1936 -		+Aussenpolitische Rundschau +Internationale Arbeiterbewegung	+Zur politischen Lage +Von den Sicherheitsbehörden +Das Zentralkomitee für Arbeitersport +Aussenpolitische Rundschau +Internationale Arbeiterbewegung +Wie sie das Volk ausplündern +Der Phönixskandal +Regierungsumbildung +Neue Kürzungen der Beamtengehälter +Einführung der allgemeinen Wehrpflicht
28.04.1936 -		+Aussenpolitische Rundschau +Internationale Arbeiterbewegung +Wirtschaftliche Rundschau	+Gemeinsamer Aufruf der RS und KPÖ +Aussenpolitische Rundschau +Internationale Arbeiterbewegung +Wirtschaftliche Rundschau
05.05.1936 -		+Aussenpolitische Rundschau +Wirtschaftliche Rundschau	+Alarm um Österreich +Die französischen Wahlen +Der Gegenangriff der Korruptionisten +Wirtschaftliche Rundschau +Aussenpolitische Rundschau
12.05.1936 -		+Aussenpolitische Rundschau +Wirtschaftliche Rundschau	+Die Unsicherheit wächst +Starhemberg und Zelenka +Der Kampf der Versicherungsangestellten +Aussenpolitische Rundschau +Wirtschaftliche Rundschau
19.05.1936 -		+Aussenpolitische Rundschau +Internationale Arbeiterbewegung +Wirtschaftliche Rundschau	+Ein neuer Abschnitt +Wirtschaftliche Rundschau +Aussenpolitische Rundschau +Internationale Arbeiterbewegung
02.06.1936 -		+Aussenpolitische Rundschau +Internationale Arbeiterbewegung +Wirtschaftliche Rundschau	+Das Verhältnis zur Kommunistischen Partei +Aussenpolitische Rundschau +Internationale Arbeiterbewegung +Wirtschaftliche Rundschau
12.06.1936 -			+Zur Aktionsgemeinschaft +Zur politischen Lage +Um die Gewerkschaftseinheit +Die Regierung Leon Blum
16.06.1936 -		+Wirtschaftliche Rundschau	+Schuschnigg muss warten +Die Regierung Leon Blum an der Arbeit +Wirtschaftliche Rundschau
23.06.1936 -		+Wirtschaftliche Rundschau	+Die Restauration der Habsburger +Die Leitung der Kommunistischen Partei Österreichs gegen das Übereinkommen +Wirtschaftliche Rundschau

Datum	Beilagen	Rundschau	Themen
30.06.1936	-		+Die Arbeiterschaft kämpft +Erkennen und erfüllen wir unsere Aufgabe? +Die Lage der Aktionsgemeinschaft
07.07.1936	-	+Wirtschaftliche Rundschau	+Schuschnigg pfeift auf den Völkerbund +Von den zentralen Verhandlungen mit der K.P. +Freiheitsrechte für die Arbeiter oder Demokratie? +Richtigstellung von Schreibfehlern +Wirtschaftliche Rundschau
14.07.1936	-		+Nieder mit Schuschnigg +Protest gegen die Haltung der Vertreter der Genossenschaftsinternationale auf dem Verbandstag der österreichischen Konsumgesellschaften +Frankreichs Außenpolitik
21.07.1936	-		+Nach dem Friedensschluss zwischen Wien-Berlin +Das Gestammel der österreichischen Nazi +Der I.G.B. Kongress
28.07.1936	-	+Wirtschaftliche Rundschau	+Die RSÖ an das Spanische Proletariat +Zur politischen Lage +Die Kirche und das Übereinkommen Wien-Berlin +Mussolini, Hitler und Schuschnigg haben sich geeinigt +Die Amnestie +Wirtschaftliche Rundschau
04.08.1936	-		+Das Übereinkommen mit Hitler in der Praxis +Wer hat den Nazi Artikel der Reichspost vom 24. Juli geschrieben? +Das Übereinkommen Wien -Berlin und die Aufgaben der österreichischen Arbeiterbewegung +Das Staatsschutzgesetz +Die Internationale und Spanien +Die belgische Arbeiterpartei und der belgische Außenminister
11.08.1936	-		+Arbeiter und Angestellte! Männer und Frauen Österreichs! +Richtigstellung +Politischer Katholizismus, Kirche und Faschismus +Kampfbündnis +Die Wirtschaftliche Lage
18.08.1936	-		+Die internationale Arbeiterbewegung und der Bürgerkrieg in Spanien +Der Vorsitzende der SAD über die französische Neutralitätspolitik +Zur politischen Lage +Die wirtschaftliche Auswirkungen des österreichisch-deutschen Übereinkommens
25.08.1936	-		+Solidarität für Spanien +Zur politischen Lage +Ein Brief an die K.P. +Bestimmungen über die Bestellung neuer Mitglieder des Zentralkomitees, über die Neuwahl des Zentralkomitees und über das Ausschneiden eines Mitgliedes aus dem ZK
01.09.1936	-		+Die Volksfrontpolitik der KPÖ in der Praxis +Zu den Bestimmungen über die Wahl von Zentralkomiteemitgliedern +Die Aufhebung der 1000 Mark-Sperre

Datum	Beilagen	Rundschau	Themen
08.09.1936	-		+Zum moskauer Prozess +Zur politischen Lage +Die neue Spanische Regierung +Die Wahlen und die Werksgemeinschaften
15.09.1936	-		+Zur politischen Lage +Um die Taktik der sozialistischen Bewegung in Österreich +Zum Konflikt zwischen Blum und den französischen Kommunisten +Verschlechterung der Wirtschaftslage in Österreich +Das neue Budget für das Jahr 1937
22.09.1936	-		+Die Stellung der RS zu den Wahlen in den Betrieben +Zur politischen Lage
29.09.1936	-	+Wirtschaftliche Rundschau	+Solidarität für unsere Spanischen Genossen +Die Vertrauensmännerwahlen in den Betrieben +Der Schwindel mit der Aufhebung der Völkerbundkontrolle +Die Taktik der österreichischen Nationalsozialisten +Politische Dämmerung +Die Sowjet und Italien +Wirtschaftliche Rundschau
06.10.1936	-		+Die Tätigkeit der illegalen österreichischen Nationalsozialisten +Der Krieg in der Heimwehr +Die Taktik der RS zu den Wahlen in die Werksgemeinschaften +Zur Aktionsgemeinschaft +Mannschaftssold und Offiziersgehälter im Ständestaat
13.10.1936	Wirtschaftsbeilage: +Österreich um die Abwertung +Die Abwertung in Frankreich	+Wirtschaftliche Rundschau	+Das Ende des Heimatschutzes +Aufruf Einsatz aller Kräfte gegen die nationalsozialistische Lügenpropaganda +Wirtschaftliche Rundschau
20.10.1936	-	+Wirtschaftliche Rundschau	+Monarchie und Arbeiterschaft +Der 18. Oktober +Millionen Dreipfeile in den Strassen Wiens +Wirtschaftliche Rundschau
27.10.1936	-		+Einige Bemerkungen zum 18. Oktober +Die Verabschiedung E.K. Winters +Österreich und die Abwertung +Russland und Spanien +Die Notwendigkeit erhöhter Konspirativität +Belgiens Schritt und die Krise der Bündnissysteme +Der Parteitag der englischen Arbeiterpartei
03.11.1936	Wirtschaftsbeilage: +Wirtschaftliche Rundschau +Deutschlands Nah-rungssorgen +Frankreich +England		+Schuschniggs Weg und die Taktik der österr Arbeiterbewegung +Die Internationale über Spanien
10.11.1936	-		+Die Bedeutung der letzten Regierungsumbildung im Entwicklungsprozess des autoritären Regimes +Die Konzentration im Lager des Austrofaschismus +Das neue Gesicht des autoritären Regimes +Schuschniggs Kampf um die Massenbasis +Roosevelts Triumph

Datum	Beilagen	Rundschau	Themen
16.11.1936	-		+Die Rompaktkonferenz +Das Wunder von Madrid +Der Bundesvoranschlag +Die Lage in Deutschland
22.11.1936	-		+Der Kampf der Regierung gegen die Arbeiter-Zeitung +Die Frontmiliz +Eine Erklärung zu den gegenwärtigen Aufgaben der Aktionsgemeinschaft +Die neue faschistisch-imperialistische Generaloffensive
01.12.1936	-		+Erklärung über die gegenwärtigen Aufgaben der Aktionsgemeinschaft +Worin bestehen die Aufgaben der Stossbrigaden +Abwertungssorgen und Preissenkung
08.12.1936	-		+Der Krieg hat bereits begonnen +Die Löhne der Arbeiter in Wien und Niederösterreich
15.12.1936	-		+Schwarz-braunes Geplänkel +Die neue Wendung im Spanienkonflikt +Die Vaterländischen über die A.Z. und die Brüner +Die Aufhebung der Golcklausel
22.12.1936	Militärpolitischer Informationsdienst: +Der Kampf um Madrid +Vormilitärische Erziehung in der SU +Der Nahkampf muss geübt werden +Andrang zu den Offiziersschulen in der SU +Die italienische Kolonial-Armee +Die neue Schweizer Truppenordnung +Totale Militarisierung +Der totale Krieg		+Die Staatspolizei hat uns überrascht +Die monarchistische Propaganda unter der Arbeiterschaft +Kein Konsumzwang +Aktionsgemeinschaft und Überparteilichkeit +Eine falsche Auslegung
05.01.1937	-		+Zwei Monate Zögern und Schwanken +Eine gemeinsame Weisung von RS und KP zur Aktionsgemeinschaft +Ausbau der Aktionsgemeinschaft +Zur Frage von Sanktionen gegen unkonspiratives Verhalten
12.01.1937	-		+Neues Aufflackern der alten Gruppenkämpfe +Zur dritten Wiederkehr des Jahrestages der Februarkämpfe +Falsche Berichterstattung der Roten Fahne über die Einstellung der Wochenausgabe der Arbeiter Zeitung +Politische Arbeit und Schulungsarbeit +Zur Frage der Betriebsmilizen
19.01.1937	-		+Nach der Schaffung der Gewerkschaftseinheit +Lässt sich dem Faschismus der Krieg abkaufen?
26.01.1937	-		+Die politische Bedeutung der Vertrauensmännerwahlen +Der politische Alltag +Ein erfreulicher Fortschritt

Datum	Beilagen	Rundschau	Themen
01.02.1937 -			+Konzessionen an die Nazi-Versöhnungsmanöver nach links +Der zweite Moskauer Prozess +Der Krieg in Spanien
09.02.1937 -			+Drei Jahre Austrofaschismus und drei Jahre illegale Arbeiterbewegung in Österreich +Der zweite Moskauer Prozess +Die wirtschaftliche Lage zu Beginn des Jahres 1937
16.02.1937 -			+Malaga und die Nichteinmischung +Vorläufige Bilanz des Ausrottungskampfes gegen die Oppositionen in der bolschewistischen Partei der SU +Das Versteckenspiel der Diplomaten +Die neue Arbeitsanleihe +Die deutsche Wirtschaft und die Lage der Arbeiterklasse zum Jahreswechsel
23.02.1937 -		+Wirtschaftliche Rundschau	+Der Deutschsoziale Volksbund darf nicht gegründet werden +Die Auseinandersetzung mit dem Trotzkiismus +Aussenhandel, Staatsfinanzen und Aussenpolitik +Wirtschaftliche Rundschau
02.03.1937	Wirtschaftsbeilage		+Vom 11. Juli bis zum Neurath-Besuch +Der Kampf ums Mittelmeer
09.03.1937 -			+Schuschnigg in schwerer Bedrängnis +Eine Aussprache mit der SU +Eine Schulungskonferenz der RSJ +Vandervalde und Spaak +Preissenkung
16.03.1937 -			+die Sozialistische Arbeiter-Internationale und Spanien +Blum kapituliert +Beschäftigtenstand und Konsumententwicklung 1936
23.03.1937 -			+Die Opposition gegen Schuschnigg im Regierungslager +Die RS und die Frage der Internationale
30.03.1937	Aussenpolitische Beilage		+Die beiden päpstlichen Rundschreiben +Zur politischen Lage +Das erste Gebot für den Kampf auf legalem Boden +Wettrüsten und Rohstoffpreise
06.04.1937 -			+Zur politischen Lage +Sammlung der nazifeindlichen Heimatschützer unter monarchischer Flagge +Der Sieg der Spanischen Regierungstruppen an der Guadalajara Front
13.04.1937 -			+Verschiedene Illusionen +Zur Diskussion über die Tagung der SAI +Parteiarbeit und Jugendarbeit +Rüstungskonjunktur in Österreich
20.04.1937	Aussenpolitische Beilage		+Staatsform und Staatsbestand +Schuschnigg und Schmitz +Van Zeelands Sieg +Hinter den Kulissen der österreichischen Verwaltung
27.04.1937 -			+Mussolini Diktat +die Aktivität der österreichischen Nazi +Preissenkungskomödie dritter Akt +Die amtliche Statistik im Lichte der bürgerlichen Fachpresse +Der Streit um die Alpine

Datum	Beilagen	Rundschau	Themen
04.05.1937	-		+Die neue Lage +Eine Entschliessung des ZK der KPÖ gegen den Trotzismus +Die neuen Schwierigkeiten der Regierung Blum +Die neue Preissenkungsaktion der Regierung
11.05.1937	-		+Das Wachsende Chaos +Geist und Orientierung der Partei in der neuen Lage +Die Entwicklung in Frankreich
18.05.1937	Wirtschaftsbeilage		+Die Beurlaubung Znidaric +In welcher Richtung muss sich unsere Arbeit in der nächsten Zeit entwickeln +Nach einem Jahr Volksfront-Regierung in Frankreich
25.05.1937	Beilage		+Die Grenzen für Schuschniggs Manöver +Zur Frage der optischen Aktionen +Die Rechtsentwicklung der Volksfront in Spanien
31.05.1937	-		+Nieder mit dem Versöhnertum +Die Vaterländischen zur Frage der Ausnützung der legalen Möglichkeiten +Arm und reich im Ständestaat
08.06.1937	-		+Fäusteballen im Hosensack +Aus der Kommunistischen Partei +Der gelungene Streich +Der Bericht des Bundes österreichischer Industrieller für das Jahr 1936
15.06.1937	-		+Schuschniggs Linie +Angebliche Milderung des Staatsschutzgesetzes +Preise, Löhne Betriebskämpfe
22.06.1937	-		+Die Plattform der Spitzel und Lumpen +Das Volkspolitische Referat in der VF +Die politische Bedeutung der SAH
29.06.1937	-		+Die Sitzung der SAI +Der Kampf der österr. Regierung gegen das ALÖS +Beschlüsse der Bundesleitung der IFG +Der Rücktritt der Regierung Blum
06.07.1937	-		+Die Initiative der unteren Leitungen +Die Veränderung in der internationalen Lage +Ein wichtiger Beschluss der S.A.I und I.G.B. +Die Lösung der Krise in der SAI
13.07.1937	-		+Ein Jahr nach dem 11. Juli +Die Lücke in der Einheitsfront +Die neue Finanzkrise
20.07.1937	Aussenpolitische Beilage		+Der gegenwärtige Stand und die Besonderheiten der Konjunktorentwicklung in Österreich
27.07.1937	-		+Für eine einheitliche Abwehr der Versöhnungsaktionen des Regimes +Die Stellung der illegalen Arbeiterbewegung zu den Sozialen Arbeitergemeinschaften +Eine Mahnung für alle +Zu unseren Auseinandersetzungen mit den Kommunisten

Datum	Beilagen	Rundschau	Themen
03.08.1937	Aussenpolitische Beilage		+Der Widerstand der Arbeiter im Gewerkschaftsbund +Der Imperialismus treibt zum Krieg +Nachrichten aus Italien
10.08.1937	Beilage		+Illegaler und legaler Kampf +Englands Friedenspolitik
17.08.1937	-		+Versöhnlerium und Versöhnlerfiasko +Die „sinnlose“ Illegalität +Die Manöver des Vatikan
24.08.1937			+Das Ordnungsschutzgesetz +Neue Zeichen des wachsenden Widerstandes
02.09.1937	-		+Die politische Plattform der Reformisten +Die Senkung der Löhne und Gehälter
09.09.1937	-		+Vor grossen Erschütterungen +Aus der Internationale +Parteitag der KPÖ
16.09.1937	-		+Die Partei ist gerüstet +Zehntausend Eisenbahner folgen den Parolen unserer Partei +die Reichskonferenz der KPÖ und die Frage der Einheit
23.09.1937	-		+Ein Beschluss der Freien Gewerkschaften über die Arbeit in den legalen Organisationen +Beschluss der BL der IFG +Hitler und Mussolini, der „Friede“ und die „Unabhängigkeit“ +Warum der Zucker nicht billiger wird
30.09.1937	-		+“Die Revolution“ +Die Angriffe der KP gegen die RS +Die kommunistische Reichskonferenz über die organisierte Lage der KP +Japans Finanzsorgen +Deutschland und der Chinakrieg
07.10.1937	-		+Der Terror der VF +Veränderungen der Lasten und Kosten in der Krise +Kapital und Volksfront in Frankreich
14.10.1937	-		+Arbeiter und Angestellte! Männer und Frauen Österreichs! +Der Kampf der sozialistischen Opposition in der Genossenschaftsbewegung +SAI und IGB zur letzten Völkerbundtagung +Kontrolllose Budgetwirtschaft
21.10.1937	-		+Die Roosevelt Rede und der Roosevelt Rummel +Das Ende der Römischen Protokolle +Schwarz und Braun im Bauernlager
28.10.1937	-		+Die Neuauflage des Schwindels +die „Sozialo Monarchio“ wird liquidiert +Schwarz und Braun im Bauernlager (Fortsetzung)
04.11.1937	-		+Neuwahl des ZK - eine Konferenz der Partei +Bundesvoranschlag 1938 +Die Wein-Wirtschaft des autoritären Regimes +Beschluss einer Reichskonferenz der österreich Arbeitersportler
11.11.1937	-		+Arbeit nach der Konferenz +Können wir so etwas mitmachen? +Die Wirtschaftspolitik der Regierung ist Schuld an den hohen Lebenshaltungskosten

Datum	Beilagen	Rundschau	Themen
19.11.1937 -			<ul style="list-style-type: none"> <li>+Die neue Versöhnerfirmen „Muckermann und Riefler“</li> <li>+Ein neuer Fischzug der RAVAG</li> <li>+Die Luderwirtschaft der Krankenkassen</li> <li>+Die ÖVAG vor dem Bankrott</li> <li>+Sperrung auch beim Jungvolk</li> <li>+Wofür noch immer Geld da ist</li> <li>+Die Herrlichkeiten des christlichen Ständestaates</li> <li>+Lohnerhöhung mit Pferdefuss</li> <li>+Kresse gedeiht</li> <li>+Markenkontrolle beim Gottesdienst</li> <li>+Das kleine Österreich muss dem deutschen Reich Kredit gewähren</li> <li>+Kartoffelbeimischungszwang</li> <li>+Der Lebensmittelkonsum geht weiter zurück</li> <li>+Die österreichische Bevölkerung kauft immer weniger Kleider</li> <li>+Der Milchkonsum in Wien gesunken</li> <li>+Immer weniger Wiener fahren mit der Strassenbahn</li> <li>+Steigende Arbeitslosigkeit</li> </ul>
24.11.1937 -			<ul style="list-style-type: none"> <li>+Ein Unfall und seine politischen Folgen</li> <li>+Dokumente des Terrors</li> <li>+Die Finanzkünste des Ständestaates</li> </ul>
15.12.1937 -			<ul style="list-style-type: none"> <li>+Die englische Taktik</li> <li>+Kampf um freie Wahlen oder Versöhnerei</li> <li>+Der Fall Dr. Franzl</li> </ul>
o.D. 1937 -			<ul style="list-style-type: none"> <li>+Der zweite Moskauer-Prozess</li> <li>+Ein viertel aller Staatsausgaben für den Gewaltapparat</li> <li>+Die Deutsch-Österreichischen Wirtschaftsverhandlungen ein großer Misserfolg</li> <li>+Delikte nach dem Staatsschutzgesetz-kriminell</li> <li>+Die Preisverbilligung und die Wirklichkeit</li> </ul>

### 7.3 Literaturverzeichnis

Burkart, Roland: Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. Böhlau Verlag, Wien - Köln 2002.

Buttinger, Joseph: Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung. Verlag für Politik u. Wirtschaft, Köln 1953.

Csoklich, Fritz: Presse und Rundfunk. In: Weinzierl, Erika/Skalknik, Kurt: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Band 2, Styria Verlag, Graz 1983.

Depkat, Volker: Kommunikationsgeschichte zwischen Mediengeschichte und der Geschichte sozialer Kommunikation. Versuch einer konzeptionellen Klärung. In: Spiess, Karl-Heinz (Hg): Medien der Kommunikation im Mittelalter. Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2003.

Exenberger, Herbert: Sozialistische Flugschriften 1934 - 1938. Flugblätter, Bücher, Broschüren, Tarnbroschüren, Streu- und Klebezettel. Wien 1979.

Friedrichs, Jürgen: Methoden empirischer Sozialforschung. Rohwolt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1973.

Früh, Werner: Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. UVK Verlag, Konstanz 2007.

Gittig, Heinz: Illegale antifaschistische Tarnschriften 1933 - 1945. Bibliografisches Institut, Leipzig 1972.

Gulick, Charles: Österreich von Habsburg zu Hitler. Forum Verlag, Wien 1976.

Hausjell, Fritz: Die undeutschen und zersetzenden Elemente in Österreichs Presse werden in kürzester Zeit restlos ausgemerzt sein. In: Rathkolb, Oliver/Duckowitsch, Wolfgang/Hausjell, Fritz (Hg): Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreich. Müller Verlag, Salzburg 1988.

Hübner, Karl L.: Illegale österreichische Presse 1933-1938. Univ. Diss., Wien 1969.

Jagschitz, Gerhard: Die Presse in Österreich von 1918-1945. In: Bobrowsky, Manfred/Duckowitsch, Wolfgang/Haas, Hannes (Hg): Medien- und Kommunikationsgeschichte. Ein Textbuch zur Einführung. Braumüller Verlag, Wien 1987.

Kluge, Ulrich: Der österreichische Ständestaat 1934-1938. Entstehung und Scheitern. Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1984.

Leichter, Otto: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs revolutionäre Sozialisten 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1968.

Mayring Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2007.

Paupie, Kurt: Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1848-1959. Band 1, Braumüller, Wien 1960.

Pelinka, Peter: Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934 - 1938. Europa-Verlag, Wien 1981.

Raisp, Egon: Die Wiener Tagespresse 1848-1950. Univ. Diss., Wien 1952.

Ross, Dieter: Hitler und Dollfuß. Die deutsche Österreich-Politik 1933–1934. Leibniz Verlag, Hamburg 1966.

Schoof, Karl: Das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933. Ein Beitrag zur Erforschung des NS-Pressewesens. Univ. Diss., Wien 1968.

Schwitalla, Johannes: Flugschrift. NiemeyerVerlag, Tübingen 1999.

Suppan, Franz: Der publizistische Kampf der Revolutionären Sozialisten gegen das „austrofaschistische“ System. Die Funktionalität der illegalen Medien für die verbotene Partei. Univ. Diss., Wien 1989.

Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung: Illegale Flugschriften im Ständestaat 1934-1938. Wien 2002.

Wisshaupt, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch. Univ. Diss., Wien 1950.

Wisshaupt, Walter: Wir kommen wieder! Eine Geschichte der Revolutionären Sozialisten Österreichs 1934 - 1938. Verlag d. Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1967.

## Abstract

Der „Informationsdienst der Revolutionären Sozialisten“ diente der seit dem Jahr 1934 verbotenen Sozialdemokratischen Partei als Nachrichtenlieferant in Form einer Flugschrift. Auf Grund der strengen Kontrollen und strengen Strafen war mit dem Herstellen, Verbreiten und Lesen ein hohes persönliches Risiko verbunden. Die Revolutionären Sozialisten versuchten mit Hilfe von diversen Sicherheitsmaßnahmen und speziellen Produktionsstrategien dies so gering wie möglich zu halten. Die Flugschrift selbst bestand im Durchschnitt aus drei bis vier Blättern, die Aufrufe der Organisation an die Mitglieder und Meldungen über innenpolitische, außenpolitische und wirtschaftliche Themen und Ereignisse enthielten. Bei der Untersuchung der im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes aufliegenden Exemplare vom „Informationsdienst der Revolutionären Sozialisten“ ist eine inhaltliche wie auch formale Struktur erkennbar. Die „Aussenpolitische Rundschau“ und die „Wirtschaftliche Rundschau“ sind der Kern der Flugschrift. In ihnen werden regelmäßig nationale und internationale Meldungen gebracht. Ein weiteres Charakteristikum sind die Beilagen, die mit verschiedenen Themenschwerpunkten zusätzlich zum „Informationsdienst der Revolutionären Sozialisten“ verbreitet wurden. Die Bedeutung dieser Flugschrift für die sozialdemokratische Bewegung ist besonders hoch einzustufen. Sie verdichtete und verbreitete wichtige Nachrichten, die im Austrofaschismus kaum verfügbar waren und sicherte so eine konstante Versorgung der Genossen mit Information.

# Lebenslauf

**Name:**

**Mathias Schuster**

geb. 05.05.1984 in Wiener Neustadt

**Wohnadresse:**

Alfred Pischofgasse 11

2700 Wiener Neustadt

0699/17106601

Email: schustermathias@gmx.net

**Ausbildung:**

1990 – 1994 Volksschule in Wiener Neustadt

1994 – 1998 Bundesrealgymnasium Babenbergerring

1998 – 2002 BORG Wiener Neustadt

2003 – 2005 Diplomstudium der Politikwissenschaften  
an der Universität Wien

2005 – 2008 Bakkelaureatsstudium der Publizistik und  
Kommunikationswissenschaften an der  
Universität Wien

2008 – 2010 Magisterstudium der Publizistik und  
Kommunikationswissenschaften an der  
Universität Wien